G 2382

Nordrhein-Westfalen
# Landtag intern 18

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 25.11.1997

## WORT UND WIDERWORT

# Müssen Mieten für Sozialwohnungen deutlich angehoben werden ?

*Es sei aus Sicht der SPD weiterhin erforderlich, den Neubau von Wohnungen im ersten Förderweg oder zu vergleichbaren Konditionen, was die Höhe der Mehrbelastung für berechtigte Personenkreise angehe, zu fördern. Die vom Bundesbauminister behauptete sehr hohe Quote von fehlbelegten Sozialwohnungen sei in NRW nicht feststellbar. Eine „deutliche Anhebung der Mieten für Sozialwohnungen" wäre bezüglich des wohnungspolitischen Ziels der SPD, der Versorgung der berechtigten Personenkreise mit preiswertem, erschwinglichem Wohnraum, in jedem Falle kontraproduktiv. Das erklärt der SPD-Abgeordnete* ***Gerd-Peter Wolf.*** *Der CDU-Abgeordnete* ***Siegfried Zellnig*** *betont, Landesbauminister Vesper sei in den letzten zweieinhalb Jahren dafür verantwortlich zu machen, daß die Mieten für Sozialwohnungen teilweise massiv angehoben worden seien. In vielen Fällen liege die Belastung der „sozialen Mieten" bereits in der Nähe ortsüblicher Vergleichsmieten des freifinanzierten Wohnungsbaus. Eine weitere Erhöhung der Mieten für Sozialwohnungen könne daher nicht in Betracht kommen. Die GRÜNE-Abgeordnete* ***Hedwig Tarner*** *unterstreicht, die Rahmenbedingungen für den Neubau von Sozialwohnungen mit niedrigen Mieten seien schlechter geworden. Die Förderung des Wohnungsbaus sei aber nur die eine Seite. Mit dem Wohngeld, das zur Hälfte von Bund und Land finanziert werde, werde der einzelne Mieter gefördert. Seit sieben Jahren verschiebe die Bundesregierung die überfällige Anpassung des Wohngeldes an die reale Miet- und Einkommensentwicklung.* *(Seite 2)*

## Minister: Versäumnis der Polizei nach Geiselnahme

# Nicht auf Notarztverbleib reagiert

*Auch die Polizei müsse sich unabhängig vom Ergebnis der weiteren Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Notarzteinsatz ein Versäumnis vorhalten lassen.*

Diese Feststellung traf Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann. Unter der Überschrift „Geiseldrama von Bocholt — Aufklärung des Todesfalls" hatte Hegemann wissen wollen, ob nicht von vornherein der Einsatz eines weiteren Notarztes hätte angeordnet werden müssen, nachdem wohl bekanntermaßen zwei — mutmaßlich schwerverletzte — Opfer betreut werden mußten?
Der Minister betonte, allen Polizeibeamten und -beamtinnen werde im Rahmen ihrer Ausbildung vermittelt, daß sie den Notarzt und Rettungsdienst anfordern müßten, wenn Menschen schwerverletzt seien. Dies sei hier geschehen. Das stehe zweifelsfrei fest. Nachdem man aber aufgrund eigener Beobachtungen zu der Überzeugung gelangt sei, daß der Tod eingetreten sei, habe man nicht mehr auf das Ausbleiben des Notarztes reagiert und nicht nachgefragt oder gar insistiert, wo er denn bleibe. Auf den Einsatz des Notarztes dürfe nur dann verzichtet werden, wenn absolut eindeutige Anzeichen für den Eintritt des Todes vorhanden seien. An dieser Sicherheit habe es hier gefehlt.

**Ein deutsches Derby** Zeichnung: Bernd Bruns (NRZ)

## Die Woche im Landtag

### Flughafenverkauf
Die CDU strebt keinen Untersuchungsausschuß mehr an, die SPD sieht die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Verkauf des Landesanteils entkräftet. (Seite 4)

### Ruhrkultur
Die Fraktionen haben sich erneut zu regionaler Kulturpolitik u. a. im Ruhrgebiet bekannt. Im Revier sollen auch Highlights stattfinden. (Seite 9)

### Wahlalter
Das Wahlalter bei Kommunalwahlen soll nach dem Willen der Koalition auf 16 Jahre gesenkt werden. Die CDU-Opposition ist dagegen. (Seite 11)

### Garzweiler II
In öffentlicher Sitzung erörtern Umweltausschuß und Wirtschaftsausschuß die Gedankenskizze des Wuppertal-Instituts. (Seite 14)

### Hochschulen
Der Wissenschaftsausschuß hat die Anstrengungen der Hochschulen zur Ausbildung junger Menschen gewürdigt. (Seite 18)

### Steinhoff
Ein Arbeiterkind, Sohn eines Bergmanns, wurde 1956 Ministerpräsident des Landes. Vor hundert Jahren wurde Fritz Steinhoff geboren. (Seite 24)

# WORT UND WIDERWORT

# Stabile Sozialmieten sind keine Selbstverständlichkeit

Von
Gerd-Peter Wolf

In Nordrhein-Westfalen wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt es trotz aller feststellbaren Entspannungstendenzen in bestimmten Segmenten des Wohnungsmarktes nach wie vor ein erhebliches Defizit an preisgünstigen Wohnungen. Nach wie vor gibt es für Familien mit niedrigeren Einkommen, für kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Arbeitslose teilweise erhebliche Probleme, eine für sie erschwingliche, preisgünstige Wohnung zu finden.

Es ist daher aus unserer Sicht weiterhin erforderlich, den Neubau von Wohnungen im ersten Förderweg oder zu vergleichbaren Konditionen, was die Höhe der Mietbelastung für berechtigte Personenkreise angeht, zu fördern.
Die vom Noch-Bundesbauminister behauptete sehr hohe Quote von fehlbelegten Sozialwohnungen ist in Nordrhein-Westfalen nicht feststellbar.

In den (wenigen) Fällen, in denen Sozialwohnungen von Personen/Familien bewohnt werden, die hierzu eigentlich aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht berechtigt sind, wird in Nordrhein-Westfalen dieser Subventionsvorteil durch die Erhebung einer ausgewogenen Fehlbelegungsabgabe abgeschöpft.

## SPD: Eine Mieterhöhung wäre kontraproduktiv

Da einerseits der Sozialwohnungsbestand weiter schrumpft und damit das Angebot an preis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen weiter verringert wird, da aber andererseits die Zahl der Haushalte, die auf solche Wohnungen angewiesen und zum Bezug von Sozialwohnungen berechtigt sind, nicht abnehmen, sondern angesichts der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung eher noch zunehmen wird, gibt es für eine langfristige Versorgung derjenigen gesellschaftlichen Gruppen mit preiswertem Wohnraum, die auf solche Unterstützung angewiesen sind, zwei Möglichkeiten: Entweder man sorgt durch eine Mietpreisbindung (wie im ersten Förderweg) dafür, daß die Mieten bezahlbar bleiben, oder man „reformiert" die Wohnungsbauförderung durch Abschaffung der Mietpreisbindung und stärkere direkte Einkommensorientierung der Mieten bei gleichzeitiger verstärkter Subjektförderung, sprich Unterstützung der berechtigten Personenkreise durch Zahlung adäquaten Wohngeldes oder vergleichbarer Leistungen.

Da insbesondere letzteres im Rahmen der sog. Wohnungsbaureform der jetzigen Bundesregierung nicht in Sicht ist, gingen sämtliche Maßnahmen, die auf eine Veränderung des Fördersystems zielen, einerseits zu Lasten der berechtigten Sozialmieter (höhere Mieten ohne entsprechenden Ausgleich durch höheres Wohngeld oder ähnliche Leistungen) und andererseits zu Lasten der Länder und Gemeinden, die sich mit weiteren, höheren Ansprüchen auf Leistung von Wohngeld, Sozialhilfe u. ä. konfrontiert sähen. Eine „deutliche Anhebung der Mieten für Sozialwohnungen" wäre bezüglich unseres wohnungspolitischen Ziels (Versorgung der berechtigten Personenkreise mit preiswertem, erschwinglichem Wohnraum) in jedem Falle kontraproduktiv.

Von
Siegfried Zellnig

Landesbauminister Vesper ist in den letzten zweieinhalb Jahren dafür verantwortlich zu machen, daß die Mieten für Sozialwohnungen teilweise massiv angehoben wurden. Durch den Beschluß der Landesregierung, die Zinsen von Wohnungsbaudarlehen bei rund 650 000 Wohnungen bis zu 6 Prozent zu erhöhen, wurden Mieterhöhungen von bis zu 1,50 Mark/qm/Monat erzwungen. Die Fehlbelegerabgabe setzt in NW bereits bei einer Einkommsüberschreitung von 10 Prozent ein; in Bayern erst bei 55 Prozent. Damit nicht genug: Besonders finanzschwache Haushalte bekamen bis zum 1.7.1997 einen Härteausgleich, der diesen Familien eine sozialverträgliche Miete garantierte. Dieser Härteausgleich wurde ersatzlos gestrichen. 1996 wurden noch bis zu 1,20 Mark/qm vom Land gewährt. Ein Antrag der CDU-Fraktion gegen diese Mehrbelastung von Sozialmietern wurde von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. In vielen Fällen liegt damit die Belastung der „sozialen Mieten" bereits in der Nähe ortsüblicher Vergleichsmieten des freifinanzierten Wohnungsbaus.

## CDU: Vesper treibt Mieten weiter in die Höhe

Damit aber nicht genug. Der Landesbauminister Vesper plant noch weitere kostentreibende Regelungen im Wohnungsbau, die auch Auswirkungen auf die Mieten haben werden: Rot-GRÜN prüft die Einführung einer Wärmeabgabe, einer neuen Wassersteuer und einer Abfallabgabe. Dies bedeutet eine deutliche Erhöhung der Mietnebenkosten. Altbauten sollen mit Wasserzählern und wassersparenden Armaturen nachgerüstet werden; Mehrkosten pro Wohnung ca. 10 000 Mark. Umlage auf die Miete.
Von einer Entlastung der Mieter will Vesper offensichtlich nichts wissen. Er verschließt sich nun bereits seit einem Jahr der dringend notwendigen Wohngeldnovelle. Ein Antrag im Bundesrat ist trotz Anmahnung durch die CDU nicht erfolgt. Dadurch fallen immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen aus dem Tabellenwohngeld heraus. Auf dem Rücken dieser Menschen versucht Vesper den „Schwarzen Peter" nach Bonn zu schieben, ohne eigenverantwortlich zu handeln.

Von „sozialen" Mieten in NW kann weitgehend nicht mehr gesprochen werden. Eine weitere Erhöhung der Mieten für Sozialwohnungen kann daher nicht in Betracht kommen; denn Rot-GRÜN betreibt schon jetzt in NW eine Politik der sozialen Kälte gegenüber Mietern.

Von
Hedwig Tarner

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Mieten für Sozialwohnungen müssen nicht zwangsweise steigen. Aber: Stabile Sozialmieten sind auch keine Selbstverständlichkeit, sie sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig.
Die Mittel für den Neubau von Sozialwohnungen kommen zu gleichen Teilen von Bund und Land. Doch der Bund hat sich in den letzten Jahren immer weiter von dieser Verpflichtung verabschiedet, in Zahlen ausgedrückt: Statt 750 Mio. Mark (1990) aus der Bundeskasse kommen 1997 nur noch 350 Mio. Mark im Land NRW an. Die Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus wurde klammheimlich vollkommen eingestellt. Und das angesichts der Tatsache, daß die Zahl derer, die nur mit staatlicher Hilfe mit angemessenem Wohnraum versorgt werden können, immer weiter ansteigt.
Die Frage ist nun, wie kann man diese Finanzierungslücke überbrücken? Und da gibt es im wesentlichen nur zwei Möglichkeiten: Entweder es wird weniger gebaut, oder aber es erfolgt eine geringere Förderung je Wohneinheit, was im Umkehrschluß bedeutet, daß die höheren Kosten durch die Mieteinnahmen beglichen werden müssen. Denn angesichts eigener knapper Landesfinanzen kann NRW nicht zum Ausfallbürgen für all die Versäumnisse aus Bonn werden.
Hinzu kommt, daß zwar die reinen Baukosten auf Grund vielfacher Aktivitäten im Bereich des kostensparenden Bauens stark gesunken sind, die Bodenpreise aber, die mittlerweile schon oft ein Viertel der Baukosten ausmachen, weiter im Steigen begriffen sind. Um dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten, haben wir einen Antrag zum Planwertausgleich, mit dem die Spekulationsgewinne unterbunden werden sollten, eingereicht, der jedoch auf Bundesebene gescheitert ist.
Es wird also deutlich: Die Rahmenbedingungen für den Neubau von Sozialwohnungen mit niedrigen Mieten sind schlechter geworden.
Die Förderung des Wohnungsbaues ist aber nur die eine Seite der Wohnraumförderung. Mit dem Wohngeld, das auch zur Hälfte von Bund und Land finanziert wird, wird der einzelne Mieter gefördert. Seit sieben Jahren verschiebt diese Bundesregierung immer wieder die längst überfällige Anpassung des Wohngeldes an die reale Miet- und Einkommensentwicklung. Statt einer Erhöhung der Mittel gehen die aktuellen Überlegungen des Bundes derzeit sogar in die entgegengesetzte Richtung.
Die Verantwortungslosigkeit des Bundes zeigt sich auch bei der derzeitigen Diskussion über das Wohngeld. Notwendig wäre eine Aufstockung, statt dessen findet einer Umverteilung zu Lasten der Kommunen statt.

## GRÜNE: Umverteilung zu Lasten der Kommunen

# Aktuelle Stunde zum Quotenurteil des Europäischen Gerichtshofs

# Freude und Genugtuung bei Frauen und der SPD

*Das europäische Urteil hätte nicht besser sein können, meinte NRW-Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD, r.), und ebenso äußerten sich Brigitte Speth (SPD) und Marianne Hürten (GRÜNE, 2. v. r.), während Regina van Dinther (CDU, 2. v. l.) für flexible Ziele bei der Frauenförderung eintrat.* *Foto: Schälte*

*In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 20. November über das Thema „Nordrhein-westfälische Frauenpolitik ist auf dem richtigen Weg — EuGH-Urteil bestätigt Quotenregelung".*

**Brigitte Speth** (SPD), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, gratulierte der Frauenministerin und ihrer eigenen Fraktion, die das Gesetz durchgekämpft habe. Es sei eine historische Stunde für Frauen und für Europa. Frauenpolitikerinnen aller Fraktionen hätten das Urteil begrüßt. Vor acht Jahren sei das Gesetz, das die Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Dienst bekämpfen sollte, gegen die Stimmen der CDU und der FDP verabschiedet worden. Der Europäische Gerichtshof habe die Tendenz bestätigt, bei gleicher Qualifikation männliche Bewerber zu bevorzugen und deshalb gleiche Chancen verlangt. Die Wirkung der SPD-Frauenpolitik gehe auch tief in die CDU hinein. Ihren Vorwürfen habe die SPD standgehalten.

**Regina van Dinther** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erinnerte an einen Antrag ihrer Fraktion, der sehr viel weiter gegangen sei als die Quote, und begrüßte das europäische Urteil als Klarstellung zulässiger Frauenförderungsgesetze. Sehr differenziert werde die Einzelfallprüfung gefordert, bevor die Quote ziehe. Das Gezerre sei nun endlich zu Ende. Die CDU schlage einen anderen Weg ein. Trotz Gesetz hätten sich die Zustände im öffentlichen Dienst nur bei Neueinstellungen positiv entwickelt. Die Umgehung der Quote sei mittlerweile bei den Männern zu einem Massensport für Juristen geworden. Anforderungsprofile würden geändert. Die CDU sei für flexible Zielvorgabe kontra Quote. Die CDU habe bereits in der vorigen Wahlperiode einen umfassenden Vorschlag für ein Gleichstellungsgesetz vorgelegt. Teilzeit dürfe auch bei Führungsaufgaben nicht ausgeschlossen werden. Berufsrückkehrerinnen sollten gefördert und Weiterbildung zu frauenfreundlichen Zeiten geboten werden. Auch in Gremien müßten Frauen mehr Einfluß bekommen. Verschärften Geschlechterkampf mache die CDU nicht mit, wohl aber sich für Wege aus den Nachteilen einsetzen.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) beglückwünschte die Ministerin, den Gesetzgeber und die Frauen in NRW. Das Urteil hätte nicht besser ausfallen können. Auf der Basis der 20 Jahre alten Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit könne das als voller Erfolg betrachtet werden. Sie zitierte Befürchtungen aus dem Urteilsspruch, Frauen unterbrächen ihre Laufbahn häufiger und fielen in der Arbeit häufiger aus, als Vorurteile. Der Männerclub von Luxemburg sei meilenweit von der NRW-CDU entfernt, die das Problem nicht erkenne, daß Männer überall schon seien, wo Frauen erst hin wollten. Höherem Dienstalter und dem Status des Familienernährers werde nun der Riegel vorgeschoben. Solche Hilfskriterien müßten in einem neuen effektiven Gesetz nun ausgeschlossen werden. Besonders gering sei der Frauenanteil in den Kommunen und in den Hochschulen.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, äußerte Genugtuung und Freude über die hundertprozentige Bestätigung des NRW-Gesetzes. Mit der Frauenförderung sei NRW auf dem richtigen Weg. Das sei eine späte, eindrucksvolle Anerkennung für den mutigen Weg von 1989 als erstes Land. Als Väter seien auch Dr. Benda und Dr. Schnoor zu nennen. Gerade die als halbherzig gescholtene Öffnungsklausel habe die Vereinbarkeit mit europäischem Recht ermöglicht. Das Gericht habe darüber hinaus die Notwendigkeit der Quote begründet. Das sei hoch einzuschätzen. In den Führungspositionen seien noch viel zu viele Männer. Spitzenpositionen seien nicht zu teilen. Die CDU-Sprecherin solle ihre Position noch einmal überlegen. Das Leistungsprinzip als Argument der Gegner heiße, Öl in deren Feuer zu gießen. Jetzt gebe es Rechtssicherheit durch den obersten europäischen Gerichtshof. Das Urteil sei ein wichtiges Signal an Einsicht und Bereitschaft von Männern. Ein Landesgleichstellungsgesetz werde sie in Kürze vorlegen.

**Jutta Appelt** (CDU) merkte an, die Zukunft werde zeigen, ob dieser Tag wirklich der Tag gewesen sei, der den Frauen zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung verhelfe. Das Urteil habe gezeigt, was alle wüßten: „Es gibt eine strukturelle Benachteiligung von Frauen." Dagegen hätte die Landesregierung schon lange etwas tun können, etwa bei der Laufbahnverordnung und bei den Beurteilungsrichtlinien. Die Vereinbarung von Familie und Beruf sei immer noch nahezu ausschließlich Frauensache und die Zahl der Männer im Erziehungsberuf sei immer noch geringer als die Zahl der Männer, die Erziehungsurlaub nehmen. Es gebe immer noch zu wenig Horte und Ganztagsschulen und von den Kürzungen in der Altenpflege seien in erster Linie Frauen betroffen. Kurz: Frauen seien in schlechtbezahlten Berufen, zur Aushilfe da, Frauen werden gepuscht, wenn Arbeitskräfte gesucht werden, wenn es wirtschaftlich schlechtgeht, werden sie verdrängt. Frauenarbeit werde eben immer noch nicht anerkannt.

**Jürgen Jentsch** (SPD) entgegnete, während die CDU nicht müde werde, ihr konservatives Frauenbild hervorzukramen, habe die SPD im Lande gehandelt. Sie sei angetreten, Frauen auch die Gleichberechtigung im Beruf zu garantieren und nun sei man stolz, „daß uns hier der Europäische Gerichtshof gefolgt ist". Jentsch: „Wir haben großen Grund zur Freude. Aber wir wollen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern weiter daran arbeiten, daß Frauen selbstbewußt und selbstbestimmt in unserer Gesellschaft ihren gleichberechtigten Platz einnehmen."

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) urteilte, beides sei nötig, Frauenförderungspläne und Quotierungsregelungen. Förderpläne seien das A und O für konsequent betriebene Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Weil Aufstellung und Umsetzung zwei Dinge seien, müsse das Problem bei der Neufassung landesgesetzlicher Vorgaben von vornherein strukturell geregelt werden, „indem Aufstellung und Umsetzung von Frauenförderplänen Teil der Personalentwicklungsplanung ist und damit in der Verantwortung der Leitung einer Einrichtung im Einvernehmen mit der Frauenbeauftragten liegt". Bei der Ausdünnung öffentlicher Stellenpläne sei darauf zu achten, daß nicht in erster Linie Frauenarbeitsplätze abgebaut würden.

**Ministerin Ilse Ridder-Melchers** (SPD) regte an, die CDU sollte sich nach ihren jahrelangen Attacken gegen das Gleichstellungsministerium entschuldigen. Es gebe im Lande längst umfassende Frauenförderungskonzepte, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie niedergelegt sei; in der Laufbahnverordnung würden Erziehungszeiten anerkannt, auch die Beurteilungsrichtlinien seien angepaßt worden. Und wenn die CDU mit „Krokodilstränen" die mangelnde Ganztagsbetreuung im Kindergarten beklage, dann sei sie daran zu erinnern, daß die CDU es in der Vergangenheit gewesen sei, die eben dies verhindert habe.

# „Den Flughafen aus dem Gerede bringen“

*Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Landtag am 19. November im Rahmen einer Aktuellen Stunde über den Verkauf des Landesanteils am Düsseldorfer Flughafen an die Bietergemeinschaft Hochtief/AIR Rianta debattiert.*

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, urteilte, es sei dem Druck seiner Fraktion und der Drohung mit einem Untersuchungsausschuß zuzuschreiben, daß es nun endlich zu einer Offenlegung der Tatsachen gekommen sei. Linssen rechnete dazu den Umstand, daß mit dem Kaufpreis von 253 Millionen Bedingungen verbunden seien, deren Nichterfüllung im schlechtesten Fall bedeuten würden, daß lediglich 135 Millionen in die Landeskasse flössen. Unter Hinweis auf die unterschiedlichen Erklärungen der Koalitionspartner in der Angelegenheit meinte der Sprecher, die Turbulenzen und Irritationen, die es bei diesem Verfahren gegeben habe, seien von der Landesregierung selbst verursacht worden. Das habe sogar dazu geführt, daß der amerikanische Generalkonsul sich mit kritischen Bemerkungen zu Wort gemeldet habe. Der Oppositionsführer: „Es bleibt ein unangenehmer Nachgeschmack. Die Landesregierung wäre besser beraten gewesen, wenn sie das Verfahren nicht von vornherein durch den Ausschluß des Landtags mit dem Odium der Mauschelei belastet hätte.“ Ob alles mit rechten Dingen zugegangen sei, werde im nächsten Jahr zu sehen sein, „wenn die wasserrechtlichen Genehmigungen für Garzweiler II kommen — oder auch nicht, und wenn das Verhalten des Unternehmens RWE/Rheinbraun im Falle einer Verzögerung die noch verbliebenen Zweifel an einem ordnungsgemäßen Flughafengeschäft ausräumt oder nicht“.

**Klaus Matthiesen**, SPD-Fraktionsvorsitzender, wandte sich an den Oppositionsführer: „Sie haben in den letzten Tagen wiederholt mit Verdächtigungen gearbeitet, ohne Roß und Reiter zu nennen, und heute dokumentieren Sie, daß Sie politisch gesehen mittlerweile den Schwanz eingezogen haben.“ Von der Drohung mit einem Untersuchungsausschuß sei jetzt nur noch ein Nachgeschmack übrig geblieben — „das ist alles andere als kämpferische, durchdachte Oppositionsarbeit, das ist einfach schlechtes oppositionelles Handwerk“. Die SPD-Fraktion begrüße das von der Landesregierung bei den Verhandlungen über den Verkauf des Landesanteils am Rhein-Ruhr Flughafen erzielte Ergebnis; sie sei Minister Clement für „diese ordnungspolitische Pilotarbeit“ dankbar. Sie unterstütze weiterhin die Bemühungen der Landesregierung um eine leistungsfähige Flughafenstruktur für den Wirtschaftsstandort NRW, für den ein moderner, leistungs- und funktionsfähiger Verkehrsflughafen Düsseldorf unverzichtbar sei. „Wir haben nicht den geringsten Zweifel, daß das Verfahren des Verkaufs ordnungsgemäß gelaufen ist“, betonte Matthiesen, jetzt sei es wichtig, daß der Flughafen aus dem Gerede gebracht werde.

**Gisela Nacken**, Sprecherin der GRÜNEN, erklärte, letztendlich trage ihre Fraktion das Ergebnis mit, vor allem deswegen, weil es einen guten Kaufpreis gebe. Es habe auf Seiten der GRÜNEN in dem Prozeß erhebliche Irritationen gegeben, fuhr sie fort, die Privatisierung von Flughäfen sei schließlich ein Novum. Diese Irritationen seien durch Gespräche mit dem Koalitionspartner ausgeräumt worden, die gezeigt hätten, daß der Wettbewerb der Bieter zu keiner Zeit ausgehebelt worden sei. Im übrigen, erklärte sie, stehe der Verkauf des Flughafens in einer Beziehung zu den grundsätzlich anderen Positionen der GRÜNEN in der Flughafenpolitik. Jetzt werde ihre Fraktion darauf achten, ob die gefaßten Beschlüsse zur Lärmkontingentierung zugunsten der Anwohnerinnen und Anwohner tatsächlich umgesetzt werden.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) erinnerte daran, daß man einen guten Kaufpreis erreicht habe, der zudem noch mit der Perspektive eines Anstiegs auf 353 Millionen Mark verbunden sei. Das sei nur durch ein „klares, hartes, aber faires Wettbewerbsverfahren“ erzielt worden. Der Landesregierung könne man nicht vorhalten, was man keinem Unternehmen vorwerfen würde, wenn dies versucht, den bestmöglichen Preis zu erzielen (was im übrigen auch Aufgabe des Landes sein werde, wenn es um den Verkauf des Landesanteils an Köln-Bonn gehe). Die Äußerung des amerikanischen Generalkonsuls finde er, Clement, „ungewöhnlich, ungewöhnlich undiplomatisch und ungebührlich“, das habe die Landesregierung ihm gegenüber auch deutlich gemacht. Wenn der Oppositionsführer den Eindruck habe, es gebe den Hauch eines Zweifels, dann biete er ihm an, „Auskunft über jeden Schritt dieses Verfahrens zu geben, soweit das nur irgend möglich ist“. Der Minister: „Wir haben dieses Verfahren in absoluter Korrektheit geführt.“ Jeder Schritt sei gutachtlich begleitet. Auch in Sachen Genehmigungsverfahren Garzweiler II nehme er Linssen beim Wort, „auch da werde ich Ihnen alles offenlegen“. Es gebe nicht den Hauch eines Grundes, eine Verbindung zwischen der Veräußerung des Flughafens und dem Genehmigungsverfahren herzustellen. Er nehme den Vorwurf, in dem ja der Verdacht der Rechtsbeugung stecke, außerordentlich ernst.

*Fragen und Antworten, Irritationen und Klärungen (v. l.): Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD).*
*Fotos: Schälte*

**Michael Thomas Breuer** (CDU) bestand darauf, daß es dem Verfahren an Transparenz und Offenheit gefehlt habe, das habe dem Standort NRW nicht gutgetan. Die Regierung solle es beim Verkauf der Köln-Bonn-Anteile besser machen.

**Heinz Hunger** (SPD) meinte, um an der Blamage vorbeizukommen, hätte die CDU nach der Kabinettsentscheidung über den Verkauf ihren Antrag für die Aktuelle Stunde zurückziehen sollen. Da sie es nicht getan habe, stecke sie jetzt „mitten im Schlamassel“.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) unterstrich das Ziel, daß der Verkauf nicht zu Lasten Dritter gehen dürfe, etwa in Form einer Schlechterstellung der Anliegergemeinden und Anwohner. Zentral sei der Angerland-Vergleich aus dem Jahr 1965.

**Heinz Hardt** (CDU) erhob den Vorwurf, die Koalition täusche die Öffentlichkeit: Einerseits bekräftige sie den Angerland-Vergleich, zum anderen behaupte sie, durch den Verkauf sei die Entwicklung des Flughafens gewahrt, einschließlich einer Verlängerung der Hauptstart- und Landebahn. Er verlangte, daß die Regierung mehr vom Kaufpreis für die Bürger in den lärmbelasteten Gebieten zur Verfügung stelle als jene vorgesehenen acht Promille.

**Brigitte Speth** (SPD) fand gut, daß der Flughafen Frankfurt nicht im Konsortium vertreten ist, denn dann wäre Düsseldorf in der Tat zu einem Provinzflughafen oder Zulieferflughafen reduziert worden.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) erklärte, die in Rede stehenden drei Millionen würden zusätzlich bereitgestellt, um in der Lärmzone 2 Ankaufsmaßnahmen vornehmen zu können, „damit mobilisieren wir möglicherweise ein Ankaufsvolumen von bis zu 60 Millionen Mark“. Angerland-Vergleich und Startbahnverlängerung seien nicht betroffen.

**Heinz Hardt** (CDU) stellte klar, die Zustimmung der Stadt Düsseldorf zum Verkauf hänge damit zusammen, „was für die Bürgerschaft in der Ankaufzone herauskommt“. Hardt: „Ist das nicht klar, gibt es keine Zustimmung zu dem Vertrag.“ Man stehe in Düsseldorf für den Flughafen, gleichzeitig aber auch für die Interessen der Bürgerschaft.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) unterstrich das „absolut kooperative und vernünftige Verhältnis“ zur Stadt Düsseldorf. Was die Startbahnverlängerung angehe, so stehe die Entscheidung darüber erst am Ende eines langen, mehrere Jahre umfassenden luftrechtlichen Prüfungsverfahrens, in dem alle Anwohner und Anliegergemeinden Gelegenheit zur Stellungnahme bekämen.

**Klaus Matthiesen** (SPD) schloß die Debatte mit der Feststellung, die Aktuelle Stunde habe sich gelohnt, wenn die Debatte durch sachliche Informationen in ein ruhiges Fahrwasser gebracht werde. Von den Vorwürfen sei jedenfalls nichts übrig geblieben.

# Mehr Handlungsfreiheit für Kommunen

# Auch Einsparungen werden erwartet

*Den Gesetzentwurf zur „Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in NRW" der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE (Drs. 12/2340 und 12/2445) verabschiedete der Landtag gegen die Stimmen der Opposition. Die von der CDU beantragte dritte Lesung fand am 20. November statt. Eine ebenfalls von der CDU beantragte Rücküberweisung an den Kommunalausschuß wurde dagegen mehrheitlich abgelehnt.*

**Walter Grevener** (SPD) berichtete, nach dreitägigen Anhörungen und sehr sachlichen Ausschußberatungen sei der Gesetzentwurf, auch durch Vorschläge der Opposition, verbessert worden. Weiteren Beratungsbedarf gebe es nicht. In eigener Zuständigkeit könnten Kommunen jetzt gesetzliche Aufgaben nach eigenen Regelungen und vielleicht besser erfüllen, etwa bei Kindertagesstätten oder bei Lernmitteln. Auch die Vergnügungssteuer könnten die Erprobungskommunen jetzt selbst festsetzen. Das Gesetz verändere die Welt. Er setze auf die kommunale Selbstverwaltung und den Erfolg. Neu eingeführt sei das Landesgeld für Gehörlose.

**Albert Leifert** (CDU) lobte das Unterfangen, die Kommunen zu stärken. Das Gesetz genüge diesen Ansprüchen jedoch nicht. Die katastrophale Finanzlage sei absehbar von den Einnahmen her nicht zu bereinigen. Also müßten die Ausgaben zurückgeschraubt werden. An Entlastung würden höchstens 70 bis 100 Millionen Mark herauskommen, bestätigten die Spitzenverbände. Gebührenerhöhungen seien abzulehnen. Positive Änderungen weise der Modellversuch auf: die ersatzlose Aufhebung des Sammlungsgesetzes, autonome Gebührengestaltung bei Straßenreinigung. Ein grober Fehler sei, daß nicht alle Kreise und Kommunen an dem Modellversuch teilnehmen könnten. Die 25-Prozent-Grenze sei rein willkürlich. Im Kindergartenbereich sei Chaos im Lande. Die Proteste gegen Pro-Kind-Förderung hätten genützt, aber Unsicherheit bei allen sei geblieben. Es gebe dringenden Handlungsbedarf. Der neu geregelte Gesundheitsdienst werde rund 30 Millionen Mark mehr kosten. Es sei in das Stärkungsgesetz hineingepackt worden, um nicht neue Landesmittel aufwenden zu müssen. Leifert stellte 70 Millionen Mark Entlastung 1730 Millionen Mark zusätzlichen finanziellen Lasten für die Kommunen gegenüber, vor allem durch verweigerte Landesleistungen für Asylbewerber und Bosnienflüchtlinge sowie durch die Steuerausfälle.

**Ewald Groth** (GRÜNE) antwortete, diese Rechnung stimmte hinten und vorn nicht, und weitere Änderungen seien aussichtslos. Je sieben Verordnungen würden aufgehoben oder geändert, acht Gesetze geändert, zwei aufgehoben und zwei neue Gesetze erlassen. Beim Gesundheitsdienst rechne er eher mit Einsparungen. Die Wende zu kommunalen Freiheiten und einem Lernprozeß von unten nach oben sei einmalig und werde von anderen Ländern genau beobachtet. Nur langsam setze sich der Gedanke an unterschiedliche Lösungen für die 396 Gemeinden durch. Lokales Engagement fördere die Gemeinschaft, aber nur, wenn es auch Spielräume für Entscheidungen gebe. Damit nichts aus dem Ruder laufe, gebe es verschiedene Rahmenbedingungen. Positive Ergebnisse sollten für alle umgesetzt, schlechte abgebrochen werden. Mit dem Aufruf „ran an die Modelle" schloß Ewald Groth.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) bezeichnete das Kommunalisierungsmodell als Kernstück, wonach kommunale Aufgaben effizienter und kostengünstiger ohne Qualitätseinbuße ermöglicht würden. In der Anhörung seien verfassungsrechtliche Bedenken abgebaut worden. Anschließend seien Klarstellungen vorgenommen worden. Mit Beteiligung des Kommunalausschusses werde die kommunale Handlungs- und Organisationsfreiheit deutlich gestärkt. Die Nachfrage nach Beteiligung sei groß. Das Gesundheitsdienstgesetz entspreche noch nicht allen Wünschen. Aber auch die Spitzenverbände müßten Verbesserungen anerkennen. Beim Blinden- und Gehörlosengeld würden Leistungen maßvoll angepaßt bzw. neu geregelt. Die entscheidende finanzielle Mehrbelastung resultiere aus Mindereinnahmen durch Bundessteuern.

**Wolfram Kuschke** (SPD) erinnerte daran, daß das Gesetz über öffentliche Gesundheit von 1934 nicht mehr dem Bürgerbewußtsein und den Versorgungsanforderungen entsprochen habe. Gesundheitskonferenz und -berichterstattung seien für gesundheitspolitisches Management und öffentliche Steuerungskompetenz notwendig. Ein größer werdender Teil der Bevölkerung falle durch das Netz der Regelversorgung und brauche Hilfe. Medizinische Dienste sollten weiter von Ärzten, Gesundheitsämter könnten auch von anderen Fachleuten geleitet werden.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) stimmte dem neuen Miteinander von Kommunal- und Fachpolitikern zu. In der CDU gebe es kein solches Einvernehmen. Pauschal angehobene Gruppenstärken oder gesenkte Personalschlüssel bei Kindertagesstätten kämen nicht in Frage. Sie sei mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Die Kommunen würden beweisen, daß sie es gut könnten.

*In der dritten Lesung ging es am 20. November um Bedenken der CDU bei Experimenten mit Betriebskosten bei Kindergärten und bei der Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Ihr Änderungsantrag wurde abgelehnt.*

**Antonius Rüsenberg** (CDU) machte auf die Protestveranstaltung mit 5 000 Frauen, Männern und Kindern an diesem Morgen vor dem Landtag aufmerksam, bei der es um die Herausnahme der Kindertagesstätten aus dem Kommunalisierungsmodell gehe. Die CDU lege Wert auf den eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag des Kindergartens. Träger, Personal, Eltern und die Landesjugendämter seien in die Modellphase einzubeziehen, nicht nur die Minister. Die Kommunalpolitiker dürften nicht nur Kostenreduzierung anstreben. Entwicklungen negativer Art könnten nach fünf Jahren schwer oder gar nicht mehr zurückgeholt werden.

**Walter Grevener** (SPD) stellte klar, das Kommunalisierungsmodell könne von den Regelungen der Betriebskostenverordnung freigestellt werden.

**Ewald Groth** (GRÜNE) erwiderte, die Landesjugendämter seien als Fachaufsicht ohnehin beteiligt.

**Ilse Brusis** (SPD), Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, bemerkte, das gesamte Artikel-Gesetz entlaste die Kommunen und erweitere den kommunalen Spielraum.

**Rudolf Henke** (CDU) begründete den Änderungsantrag zum öffentlichen Gesundheitsdienst mit stärkeren Kostenbelastungen. Betriebsmedizinische Versorgung für Kindergärten und Schulen, Sozialpsychiatrischer Dienst und Umweltmedizin seien unkalkulierbare neue Aufgaben für die Ämter. Zwangsweise Gesundheitskonferenzen seien abzulehnen. Die Koalition suche den Einstieg in kommunale Gesundheitsplanung und gebe das Gesundheitsamt als verfaßtes Amt auf. Das sei gegen die Kommunen, gegen die Ärzteschaft, gegen die gesetzliche Krankenversicherung, gegen die Gesundheitsämter und gegen allen Sachverstand. Dem Schutz der Gesundheit werde ein schlechter Dienst erwiesen.

*Große Hoffnungen bei Kommunalpolitikern der Koalitionsfraktionen auf den Modellversuch mit mehr kommunaler Freiheit, Skepsis bei der Opposition; v. l. Walter Grevener (SPD), Albert Leifert (CDU), Ewald Groth (GRÜNE), Minister Franz-Josef Kniola (SPD).* *Fotos: Schälte*

# Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum durch Investitionen

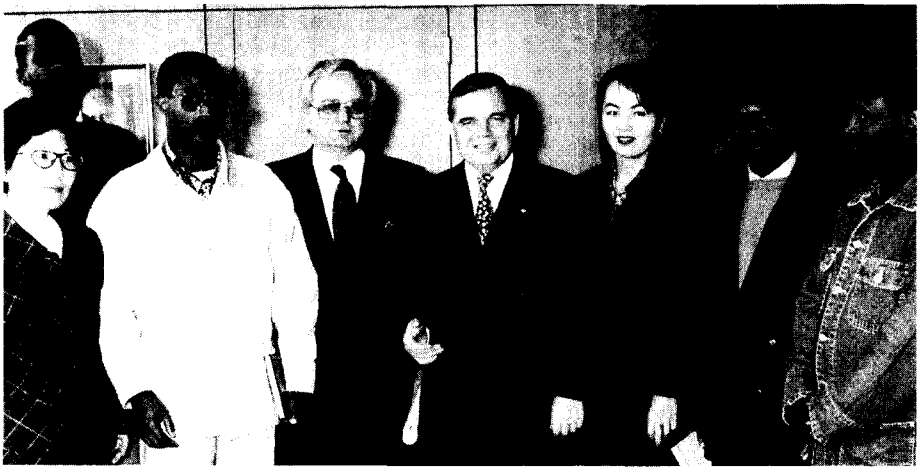
*Die CDU-Opposition hat sich für eine Verstärkung der Investitionen des Landes ausgesprochen. Bei der Debatte über den CDU-Antrag „Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen" hielt die Koalition der Opposition dagegen vor, sie wolle eine Milliarde Einnahmen nicht dazu nutzen, um die Schulden zu senken, sondern um mehr auszugeben. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) erinnerte daran, NRW habe in den 70er Jahren bei den Investitionen eine Vorreiterrolle gespielt. Heute habe man die Folgekosten zu finanzieren, die überwiegend aus Personalkosten für Lehrer und Hochschullehrer bestünden (Drs. 12/2556).*

*Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (l.) hat ihren 40. Geburtstag begangen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) bat aus diesem Anlaß zu einem Empfang in den Landtag. In seiner Ansprache bezeichnete der Präsident den Geburtstag von Frau Dr. Grüber als „einmalig", denn man habe im Landtag noch nie Gelegenheit gehabt, den vierzigsten Geburtstag einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten zu feiern. Schmidt erinnerte daran, daß Katrin Grüber seit dem 1. Juni 1995 in das Amt der 2. Vizepräsidentin des Landtags gewählt worden sei, nicht nur als die bis dahin jüngste Vizepräsidentin, sondern auch als die erste Amtsinhaberin aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie habe sich ein wichtiges Ziel gesteckt: mehr Bürgernähe des Parlamentes. „Ein Ziel, das auch ich mir vorgenommen habe, als ich das Amt des Landtagspräsidenten übernommen habe", sagte der Präsident und wünschte der Vizepräsidentin Glück und Erfolg bei ihrer politischen Arbeit.* *Foto: Schälte*

**Helmut Diegel** (CDU), finanzpolitischer Sprecher, sagte, NRW brauche diese Investitionsoffensive. Die Stärkung des Investitionshaushaltes in Zeiten knapper Kassen sei eine schwierige Aufgabe, aber nichtsdestotrotz notwendig. Er fragte die Abgeordneten der Koalition, ob sie wollten, daß der Schulunterricht in Zukunft in verrotteten Schulgebäuden gegeben oder daß die Gesundheitsvorsorge im Krankenhauswesen gefährdet werde. Der Abbau des Investitionsstaus sei eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben des Landes. NRW verfüge über gigantische Vermögenswerte, zum Beispiel bei den Liegenschaften in Höhe von 42 Milliarden Mark, die irgendwo brachlägen.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hielt der CDU vor, sie mache keine konkreten Vorschläge zum Schuldenabbau, sondern eher Vorschläge, die wie dieser langfristig zur Verschärfung der Finanzlage des Landes beitrage. Investitionen von heute seien Folgekosten von morgen. Wenn man die Investitionen der Opposition in Höhe von einer Milliarde Mark hochrechne, werde man spätestens ab dem zehnten Jahr Folgekosten im Landeshaushalt in einer Größenordnung von 25 Millionen Mark haben. Walsken räumte ein, natürlich sei man dafür, Investitionen, die im Landeshaushalt stünden, so einzusetzen, daß dadurch auf Dauer Folgekosten reduziert würden.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, sagte zu dem CDU-Antrag, die Schwerpunktsetzung sei falsch. Dieser Antrag sei gegenüber dem Investitionsbegriff unkritisch, überschätze die Arbeitsmarkteffekte, die durch Investitionen ausgelöst würden, unterschätze aber die Arbeitsmarkteffekte, die durch sonstiges staatliches Handeln bewirkt würden. Darüber hinaus sei er auch noch unseriös finanziert, weil er Vermögensabbau bedeute. Die CDU wolle über eine Milliarde Mark für neue Straßen ausgeben. Da fasse er sich doch an den Kopf.



*Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) hat im Beisein von Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender (4. v. l.) sechs Hospitantinnen und Hospitanten empfangen. Die jungen Frauen und Männer kommen aus der Mongolei, aus Angola und aus Äthiopien und sind dort in den jungen Parlamenten tätig. Ihr Aufenthalt im Landtag Nordrhein-Westfalen unterstreicht die Bemühungen der Düsseldorfer Landtagsverwaltung, junge Demokratien bei den Bemühungen zu unterstützen, eigene Parlamentsverwaltungen aufzubauen. Die sechs werden gut betreut, damit sie Anregungen für die eigene Arbeit mit nach Hause nehmen können. Das habe bisher immer gut funktioniert, stellte Große-Sender dazu fest.* *Foto: Schälte*

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) betonte in Vertretung des erkrankten Finanzministers: „Für Investitionen sind wir alle, für die Zukunft auch, aber das, was die CDU vor hat, scheint mir doch erheblich unausgewogen." Er fuhr fort: „Wir bleiben im Rahmen der Verfassungsgrenze. Wir werden eine solche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für uns nicht in Anspruch nehmen." Zu den Finanzierungsvorschlägen der Opposition sagte der Minister, die Landesregierung habe sich mit Kabinettsbeschluß vom Mai 1994 dafür ausgesprochen, diejenigen Landesbeteiligungen von einer Veräußerung auszunehmen, die für die strukturpolitische Handlungsfähigkeit des Landes unverzichtbar seien. Hierzu gehöre ganz wesentlich die Beteiligung des Landes an der WestLB.

**Leo Dautzenberg** (CDU), Vorsitzender des Haushalts-und Finanzausschusses, sagte, der CDU-Antrag sei in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Man habe im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 1997 einen umfangreichen Entschließungsantrag gestellt, in dem alle Bereiche der Vitalisierung von Zukunftsinvestitionen enthalten seien.

**Reinhold Trinius** (SPD), finanzpolitischer Sprecher, erläuterte, die CDU verspreche sich von einem modernen Immobilienmanagement eine Einnahme von 2,5 Milliarden Mark, verteilt über fünf Jahre. Das hieße aber, daß die CDU auf der Einnahmenseite 500 Millionen Mark für das Haushaltsjahr 1998 zur Disposition stelle, um sie für Investitionen auszugeben, ohne daß jemand diese Summe verbindlich für 1998 zusagen könnte. Auf diese Einnahme werde spekuliert. So etwas habe die SPD zurückgewiesen, weil das nicht gehe.

## Fraktionen einig:

# Erfolgsstory der Meisterprämie 1998 fortsetzen

*Der CDU-Antrag „Die Meistergründungsprämie als effektivstes Förderinstrument des Landes muß über das Jahr 1998 hinaus erhalten und ausgebaut werden!" (Drs. 12/2485) wurde nach der Aussprache vom Plenum am 29. Oktober an den Wirtschaftsausschuß überwiesen. Die antragstellende Fraktion begründet ihr Anliegen mit 2 200 ausgezahlten Prämien seit 1995 und 7 500 neuen oder gesicherten Arbeitsplätzen, ferner mit einer Handwerkerlücke in NRW von rund 20 000 Betrieben.*

**Hannelore Brüning** (CDU) bezeichnete die Meistergründungsprämie als derzeit effektivstes Instrument der Arbeitsplatzsicherung. Der Landtag sei sich 1995 einig wie selten gewesen, daß der Mittelstand das Rückgrat der NRW-Wirtschaft sei. Die Meistergründungsprämie müsse über das Jahr 1998 hinaus erhalten werden, denn der Strukturwandel sei noch längst nicht abgeschlossen. Eine ergiebige Meisterreserve stehe auf der Warteliste. Bis zum Jahr 2002 erwarteten die Handwerkskammern rund 37 500 erfolgreiche Prüfungsabsolventen. Diese Kraft zu nutzen, sei NRW verpflichtet. Außerdem müsse für 13 500 Handwerksbetriebe ein Nachfolger gefunden werden. Die im Etat 1998 geplante Kürzung sei ein Schlag ins Gesicht der jungen Handwerker und fast unvorstellbar bei der Ausbildungsoffensive des Landes. Durchschnittlich habe es drei neue Arbeitsplätze pro gefördertem Betrieb gegeben sowie weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Gartenbau müsse in die Förderung aufgenommen werden. Und die Gründungsfrist müsse auch für Männer verlängert werden.

**Wilfried Bergerhoff** (SPD) bestätigte die „Erfolgsstory" des Förderinstruments und die sehr positive Bilanz, die auch der Handwerkstag ziehe. Insgesamt gebe es wieder mehr Mut zur Selbständigkeit und zu unternehmerischem Handeln, was 158 000 Gewerbeanmeldungen 1996 belegten. Bis zum September 1997 seien 45,5 Millionen Mark gezahlt worden. 5 995 Mark Förderung pro geschaffenen Arbeitsplatz sei eigentlich ein geringer Betrag. 20 Millionen Mark pro Jahr reichten aus. Des CDU-Antrags habe es nicht bedurft. Die Zweijahresfrist nach Abschluß der Meisterprüfung auf drei Jahre auszudehnen, greife der SPD-Arbeitskreis auf, auch wenn fünf Millionen Mark mehr nötig würden. NRW habe große Betriebe, ein Elektromeister zum Beispiel über 100 Beschäftigte.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) begrüßte die konstruktive Diskussion und die Beteiligung der CDU. Die Meistergründungsprämie funktioniere bestechend einfach. Junge Meister hätten oft ihre Ersparnisse in die Prüfung investiert und erhielten durch die Prämie einen Teil des Startkapitals. Die GRÜNEN wollten den Haushaltsansatz 1998 für alle Anträge ausreichend auslegen. Vor lauter Steinkohlenproblemen habe der mittelständische Besatz in NRW in zweiter Reihe gestanden. Eine auch ökologisch wichtige Branche mit Energiespartechniken, Reparieren, Recyceln müsse weiter an Bedeutung gewinnen. NRW sei das einzige Land mit positivem Gründungssaldo. Seit der USA-Reise des Wirtschaftsausschusses sei klar, daß die Wagniskapitalagentur für Betriebsnachfolge nicht das Gelbe vom Ei sei. Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft Neuss solle mehr Kapital vom Land erhalten. Die Frist für Frauen müsse auch wegen Familiengründung höher bleiben als die für Männer. Über Ausweitung auf weitere Bereiche solle nachgedacht werden.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) hielt die Übereinstimmung für außerordentlich erfreulich und sprach sich gegen ein Ende der Gründungsoffensive aus. Die Meistergründungsprämie müsse fortgesetzt werden, die Gründungsoffensive noch an Kraft gewinnen. Ungleiche Sachverhalte dürften ungleich geregelt werden. Die längere Frist für Frauen sei verfassungsfest. Zwei Jahre für junge Meister seien allerdings arg kurz. Auch bei den Ausbildungsplätzen sei NRW auf einem guten Pfad, in Kürze sei ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage erreicht.

*Eine Journalistendelegation aus Nazareth-Illit hat den Landtag besucht. Die Journalisten folgten damit einer Einladung der Leverkusener SPD-Abgeordneten Irmgard Mierbach (l.). Beteiligt waren an dem Besuch der Sprecher der Stadtverwaltung Nazareth-Illit, Elizer Gross, der Sportorganisator Arie Akermann, als Profi-Fußballer einst mit Schalke 04 in Verhandlungen, der Zeitungsreporter Moni Ben-Yakir, der Kabel-TV-Redakteur Zeev Goltstein, die Lokalradio-Redakteurin Merav Mawal sowie der Journalist und Autor Emanuel Ben Sabo (vorne), der als einer der wenigen zugelassenen Journalisten die Verteilungszeremonie des Friedensnobelpreises für Yitzhak Rabin und Yasser Arafat begleitet hat. Ben Sabo leitet außerdem ein Heim für 70 Waisen aus Äthiopien. „Landtag intern"-Chefredakteur Eckhard Hohlwein (2. v. l.) erläuterte den Israelis aus Leverkusens Partnerstadt die Aufgaben der Parlamentszeitschrift. (Foto: Schälte)*

## Perfekte Profile der Fachhochschule Rhein-Sieg

# Studium soll zum Unternehmer befähigen

*Den CDU-Antrag „Unternehmergeist fördern, Gründungsmanagement entwickeln — eine neue Kultur der Selbständigkeit an den Hochschulen unseres Landes schaffen!" (Drs. 12/2487) überwies der Landtag nach der Aussprache am 29. Oktober in die Ausschußberatung.*

**Manfred Kuhmichel** (CDU) verwies auf Ergebnisse einer Studie des Bundesbildungsministers Rüttgers (CDU), die Hochschulausbildung sei zu sehr auf abhängige Beschäftigung ausgerichtet und unzureichend für selbständige, eigenverantwortliche Tätigkeit. Gemeinsamkeiten mit der Landesregierung, dringend etwas zu verändern, seien erfreulich. Bei Lehrern und Hochschullehrern fehlten das Bewußtsein und der Wille, ein differenziertes Unternehmerbild zu vermitteln. In USA gebe es 176 Lehrstühle dafür, auch europäische Staaten seien voraus. Die Selbständigenquote in NRW betrage nur 8,6 Prozent. Alle Hochschulen sollten einen Gründertag pro Jahr durchführen. Bei konkreten Hilfsangeboten sollten auch Praktiker zu Wort kommen.

**Donata Reinecke** (SPD) stimmte der Feststellung von fehlender Kultur der Selbständigkeit zu. Über Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft werde seit Jahren diskutiert. Außer dem Forum der NRW-Gründungsoffensive gebe es das Sonderprogramm PFAU zur finanziellen Absicherung von Unternehmensgründern aus Hochschulen, ferner das Programm SAFE zur Förderung von Schutzrechtsanmeldungen. „Uns fehlt die Kultur zum Geschäftemachen", zitierte sie eine Schlagzeile. Die von der Fachhochschule Rhein-Sieg vorgestellten Profilelemente seien perfekte Voraussetzungen für eine weit gefaßte Kultur der Selbständigkeit.

**Ingrid Fitzek** (GRÜNE) bejahte die Berufsperspektive von Selbständigkeit, hielt aber große Euphorie für unangebracht. Sie sei kein Schlüssel zur Lösung der Massenerwerbslosigkeit, für sicheren Erfolg und nicht der goldene Weg für Akademiker. Bundesweit scheitere jede zweite Neugründung schon im dritten Jahr. Bei kompetenter Be-

(Fortsetzung nächste Seite)

## 30 Stellen für Eine-Welt-Promotoren

# CDU sieht Mißbrauch und Mitnahme-Effekte, SPD/GRÜNE loben wunderbare Projekte

*Der CDU-Antrag „Entwicklungspolitik NRW: Direktmaßnahmen statt Personalausgaben!" (Drs. 12/2491) wurde nach der Aussprache am 30. Oktober an den Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik überwiesen.*

**Ilka Keller** (CDU) äußerte sich nicht einverstanden mit 30 Planstellen für ein Promotorennetz für zwei Millionen Mark als NRW-Beitrag zur Eine-Welt-Politik. Die Aufblähung zu Lasten direkter Zuwendungen ins Ausland, wo um zwei Millionen gekürzt werde, sei nicht akzeptabel. Hilfe zur Selbsthilfe sei effektiv und effizient. Private Gruppen reagierten flexibel und verursachten viel weniger Kosten. Gelder an Nichtregierungsorganisationen seien sehr gut investiert. Mit dem Gießkannenprinzip müsse aber Schluß sein. Die finanziellen Kräfte sollten gebündelt werden. Bisher seien Gelder auch in dubiosen Kanälen versickert. 50 Pfennige pro Einwohner schienen eine gute Idee. Das neutrale Landesgeld dürfe aber nicht von Parteien zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Über Mitnahme-Effekte von Kämmerern müsse nachgedacht werden.

**Karin Jung** (SPD) berichtigte, nicht bei Eine-Welt-Politik, sondern bei internationaler Zusammenarbeit sei gekürzt worden, und zwar bei der Aufbauarbeit in Osteuropa. NRW werde in einer Diplomarbeit anständige und wohlabgewogene Entwicklungspolitik bescheinigt. Es gebe jetzt wunderbare Dritte-Welt-Wochen mit sehr guten Veranstaltungen. In Düsseldorf bemühe sich der Promotor besonders um Schulen und habe ein gutes Projekt für Straßenkinder in Brasilien angestoßen. Kleine Projekte erzielten eine ganz große Trefferquote.

**Ute Koczy** (GRÜNE) warf der CDU vor, nicht zu begreifen, daß in NRW lokal und vor der eigenen Haustür Entwicklungspolitik beginnen müsse. Ob denn die gesamte Diskussion der Wachstumsfrage und Zukunftsfähigkeit spurlos an ihr vorbeigegangen sei, fragte die Rednerin und zitierte, die Erneuerung der Industriegesellschaft müsse von der Bevölkerung ausgehen. Heftige Einschnitte bei Zuwendungen für das Ausland sehe sie auch als problematisch an. NRW habe als reiches Land eine Verpflichtung zu helfen. Der Umsetzung der lokalen Agenda 21 müßten wir uns stellen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) meinte, NRW werde um die Ausgewogenheit seiner Eine-Welt-Politik beneidet. Die CDU habe zu wenige Wirkungsmöglichkeiten seines Nord-Süd-Beauftragten beklagt. Mit den Promotoren müßten Erfahrungen gesammelt werden. Er sei sehr froh, daß es sie gebe. Es sei auch für die Menschen hier gut mitzuhelfen, daß andernorts besser gelebt werden könne.

# CDU für gebührenfreien PC-Empfang

# Bis Ende 2003 bleibt Internet frei

*Den CDU-Antrag „Die PC-Nutzung muß für Unternehmen gebührenfrei bleiben!" (Drs. 12/2490) überwies der Landtag nach der Aussprache am 29. Oktober in die Ausschußberatung.*

**Lothar Hegemann** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erinnerte, vor wenigen Jahren hätten Sozialdemokraten das Internet als Antwort auf Fragen bezeichnet, die niemand stelle. Mittlerweile wetteiferten alle Parteien im Internet, das auch eine große Chance für die Wirtschaft sei. Fernsehgebühren für Programme im Internet entsprächen nicht der Nutzung von Chancen. PC und Internet seien gebührenfrei und sollten es bleiben. Die gewerbliche Nutzung solle regelungsfrei bleiben. Über Kassieren von Entgelten werde auch beim WDR nachgedacht. „Wehret den Anfängen!" sagte der Redner.

**Marc Jan Eumann** (SPD) begrüßte eine breite Debatte über Trends in den Medien. Nur wenn viele über die Chancen informiert seien, würden größtmögliche Potentiale ausgeschöpft. Eine mediale Zweiklassengesellschaft dürfe es nicht geben. Vieles sei noch virtuell. Ein langer Atem sei auch für „Infocity" nötig. Die NRW-Medienpolitik sei eine Erfolgsstory. Bei der Berliner Funkausstellung habe fast jeder Multimedia-Konzern eine Kombination von Fernseher und PC aufgezeigt. Wenn ein PC Rundfunkprogramme empfangen könne, sei es eben wie ein Radio. Der Ruf nach Rundfunkgebühren sei berechtigt. Festlegungen heute seien aber unsinnig.

**Roland Appel** (GRUNE) erwähnte Haushaltsberatungen über hohe Radio- und Fernsehgebühren für Gefangene in Höhe von 40 000 Mark jährlich, die einzusparen jedoch nicht möglich gewesen sei. Hinter jedem Empfang stecke eine Leistung, die bei Privaten über Werbung bezahlt werde, bei Öffentlich-Rechtlichen bisher durch Urheberrechtsschutz. Gebühren seien auch ein Weg. Ausnahmen bei Übertragung in Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, antwortete er auf eine Frage des Abgeordneten Hegemann, müßten möglich sein. Die Zugangsschwelle zum Internet sei noch zu hoch. Zusätzliche Telefongebühren pro Verbindungsstunde müßten reduziert werden. Auch müßten Frauen gleiche Chancen haben.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) sprach die öffentliche Debatte über Gebührenpflicht für CyberSpace an, bei der Alarm geschlagen und der Untergang der deutschen Kommunikationsindustrie befürchtet worden sei. Der Tag, an dem es keine klare Trennung zwischen Fernsehgeräten und Computern mehr gebe, sei nicht fern. Wir müßten uns hüten, das Prinzip der nutzungsunabhängigen Rundfunkgebühr voreilig in Frage zu stellen. Die finanzielle Basis von ARD und ZDF geriete ins Wanken. Natürlich sei das Medienland NRW auch an unternehmerischer Nutzung neuer Kommunikationstechnologien interessiert. Es gebe keinen Entscheidungsdruck. Bis Ende 2003 sollten keine Rundfunkgebühren für Internet-PC erhoben werden. Innovative Ideen zur finanziellen Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wären besser.

## Studium ...

(Fortsetzung von Seite 7)

ratung gebe es nur zehn Prozent Insolvenzen. An den Universitäten Bochum, Dortmund, Duisburg, Wuppertal und Aachen gebe es bereits Gründer-Angebote. Eine rechtliche Regelung in diesem Bereich sei völlig unangemessen. Hochschulen brauchten Freiräume statt Gängelband. Die GRÜNEN legten auch Wert auf eine Bewertung der neuen Produkte auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit. Marktfähigkeit dürfe bei geförderten Gründungen nicht allein entscheiden.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) sagte, die inhaltliche Debatte sei weiter als der Antrag. Außer dem Forum habe es Anfang Oktober eine ganze Aktionswoche Selbständigkeit gegeben mit rund 12 000 Teilnehmern an 150 Veranstaltungen. Unternehmergeist beginne mit Forscherdrang. Forschung sei Grundlage für Innovation und auch für Geschäftsideen. Zur Zeit gebe es 30 Neugründungen von Hochschulabsolventen. Das beste Lernen sei am positiven Vorbild möglich. Betriebswirtschaftslehre müsse mit Gründungsmanagement, auch auf den Kleinbetrieb hin, verbunden werden. 1998 solle es eine Messe der Praxisinitiativen geben. Insgesamt müsse es mehr Risikobereitschaft, auch von örtlichen Akteuren, geben. Das NRW-Gründungssaldo könne verdoppelt werden, wenn die Überlebensquote neuer Unternehmen um zehn Prozent gesteigert werde.

# *Kulturförderung für das Ruhrgebiet an der Basis und mit Highlights*

*Die CDU-Opposition hat sich bei der Beratung ihres Antrages auf Neuorientierung der Kulturförderung im Ruhrgebiet zur regionalen Kulturförderung im Revier bekannt, sich aber gleichzeitig gegen die kulturpolitische Linie von KVR und IBA gewandt. Die Koalition von SPD und GRÜNEN will dagegen an der Kultur Ruhr GmbH mit den inhaltlichen Zielen, die sie vertritt, festhalten. Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) bekräftigte, daß auch die Highlights, die internationalen Bezüge zur Kulturförderung an der Ruhr gehörten (Drs. 12/2473).*

*Den italienischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Enzo Perlot (2. v. l.) hat Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (l.) im Landtag zu einem Antrittsbesuch empfangen. Der Botschafter befand sich in Begleitung seiner Ehefrau. An der Zusammenkunft nahm auch der italienische Generalkonsul Dr. Paolo Ducci (r.) teil.* *Foto: Schälte*

**Leonhard Kuckart** (CDU), Vorsitzender des Kulturausschusses, sagte, man habe mit Sorge die Entwicklung beobachtet, die insbesondere von Prof. Ganser und vom KVR-Direktor Dr. Willamowski ausgehe, die Gelder im Rahmen der regionalen Kulturpolitik nicht der Zielsetzung dieser Politik entsprechend einzusetzen, sondern sie über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren zu sammeln und nicht im Interesse des Ruhrgebiets, der dort lebenden Künstler und der dort bestehenden kulturellen Einrichtungen auszugeben. Vielmehr solle man sich nach Ansicht der Genannten darüber unterhalten, ob man nicht ein, zwei oder drei Events, also kulturelle Veranstaltungen in großem Umfang, durchführen solle, die eher unter den Begriff Wirtschaftsförderung einzuordnen seien als unter den Begriff kulturelle Förderung der im Ruhrgebiet ansässigen Künstlerinnen und Künstler sowie kulturellen Institutionen.

**Manfred Böcker** (SPD) freute sich darüber, daß die CDU zur regionalen Kulturpolitik stehe. Er machte indessen klar, die Mehrheitsfraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ständen zur Kultur Ruhr GmbH mit ihren inhaltlichen Zielen. Die SPD-Landtagsfraktion werde der Kultur Ruhr GmbH ihre volle Unterstützung gewähren. Sie erfahre auch Unterstützung, was ihre inhaltliche Arbeit angehe. Erstaunt sei man darüber gewesen, mit welchen Perspektiven und inhaltlichen Ausformungen diese Kultur Ruhr GmbH die Dinge angehen wolle. Und die CDU sollte endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß sich nämlich das Ruhrgebiet inzwischen zu einer bedeutenden europäischen Kulturlandschaft entwickelt habe. Böcker erwähnte den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), den Verein „Pro Ruhrgebiet" und die Internationale Bauausstellung Emscherpark GmbH (IBA). Mit diesen Einrichtungen habe man eine Verdichtung im Ruhrgebiet, die wirklich versuche, die ökologischen und ökonomischen Belange und die der sozialen Erneuerung zusammenzuführen, auch unter der Fragestellung: Wie bringe ich Kultur mit ein?

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) bekräftigte, es gebe keinen Sonderweg für das Ruhrgebiet. Alle Kriterien, die in der Kulturpolitik für die Regionen gelten würden, hätten auch Geltung für das Ruhrgebiet und seine regionale Entwicklung. Dies gelte auch für die finanzielle Seite. Auch die Ruhrkultur GmbH arbeite unter dem politischen Willen zum Beispiel zur Zeit an der Bestandsaufnahme unter größtmöglicher Transparenz und an Arbeitsschwerpunkten wie zum Beispiel Geschichtskultur des Ruhrgebiets und Soziokultur. Das sei gut und richtig. Alle zukünftigen Projekte sollten ausschließlich der Förderung von Kunst und Kultur als Beitrag zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Erneuerung des Ruhrgebiets dienen. Die Künstlerinnen, Künstler und Kulturinstitutionen des Ruhrgebiets seien aufgefordert, sich aktiv zu beteiligen.

**Kulturministerin Ilse Brusis** (SPD) erklärte, auch sie freue sich darüber, daß sich die CDU zur regionalen Kulturpolitik bekenne. Sie ging auf die unterschiedlichen Lösungen und auf die unterschiedlichen Antworten auf die Frage ein, wer eigentlich der Träger der Maßnahmen, Aktionen und Beratungen in den einzelnen Regionen sei. Da habe man im Ruhrgebiet die Kultur Ruhr GmbH, im Münsterland die Aktion Münsterland, ein Zusammenschluß von Wirtschaft und Kommunen. Man habe am Niederrhein die Kulturregion Niederrhein e. V. Es seien ganz unterschiedliche Trägerschaften. „Aber wir haben doch ganz bewußt gesagt: Wir wollen in der Region eine Struktur finden, die dies übernehmen kann, die die Diskussionen strukturieren kann, die auch versuchen kann zu moderieren, die Beteiligten zusammenzuführen und auch die Aktionen und Projekte zu entwickeln", stellte die Ministerin fest. In allen Regionen habe man gesagt: Es müsse beides geschehen, man brauche die Highlights, die Dinge, die auf die Region und die kulturelle Entwicklung in der Region aufmerksam machten, man brauche aber auch die Stärkung und Weiterentwicklung der endogenen Kräfte in der Region. Beides müsse die regionale Kulturförderung leisten.

**Richard Blömer** (CDU) stellte in der NRW-Kulturpolitik Defizite und Fehlentwicklungen fest, „die uns mit großer Besorgnis erfüllen". Während auf der einen Seite traditionelle Kultureinrichtungen, die zur kulturellen Grundversorgung der Menschen gehörten, langsam, aber sicher vor die Hunde gingen, würden auf der anderen Seite Millionen über Millionen in fragwürdige Projekte gesteckt, denen allenfalls eine gewisse Nähe zu kulturellen Angeboten nachgesagt werden könne. Die zunehmende Fokussierung auf profitable Kulturveranstaltungen gehe einher mit der Vernachlässigung der Breitenkultur. In einer Situation, in der Musikschulen in Ruhrgebietsstädten ihre Angebote in großem Umfang verkürzten und die Beiträge für Schülerinnen und Schüler erhöhten, in einer Zeit, in der andere Einrichtungen wie Theater, Museen oder Bibliotheken ihre finanziellen Schwierigkeiten durch kürzere Öffnungszeiten, Personalabbau oder sogar Schließung zu beheben suchten, „gründen Sie eine ‚Kultur-Ruhr GmbH', die Sie mit mindestens 20 Millionen Mark in dieser Legislaturperiode sponsern." Was fehle, sei ein Konzept. Auf Fragen nach der beabsichtigten Verwendung der Millionen weiß die sozialdemokratische Wunderwaffe aller Großprojekte im Ruhrgebiet, Professor Ganser, keine Antwort.

**Manfred Böcker** (SPD) stellte in einem zweiten Beitrag fest, er nehme es dem Kollegen Blömer nicht übel, wenn er sage, es müsse noch mehr für die Basiskultur oder Breitenkulturarbeit getan werden. Aber hier einen Keil zwischen Breitenkulturarbeit auf der einen Seite, Strukturpolitik auf der anderen Seite und die Highlights, die Kulturevents des Ruhrgebiets mit internationaler Ausstrahlung zu treiben, das könne er nun wahrlich nicht begreifen.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) betonte: „Wir haben diese regionale Kulturpolitik nicht als Ersatz für die Grundversorgung gedacht, sondern wir haben sie auch als ein Mittel gedacht, infrastrukturelle Verbesserungen durch Vernetzungen und Strukturverbesserungen zu ermöglichen." Es könne nicht sein, daß aus den regionalen Kulturförderungsmitteln nun Musikschulen finanziert würden.

**Kulturministerin Ilse Brusis** (SPD) sagte in einem weiteren Beitrag zur regionalen Kulturpolitik, es handele sich dabei um einen Prozeß. Es würde auch nicht funktionieren, würde hier in Düsseldorf für die Regionen des Landes ein Konzept zur regionalen Kulturpolitik erarbeitet. Vielmehr müsse dieses Konzept in den Regionen selber erarbeitet werden, und zwar von denjenigen, die in den Regionen für Kultur verantwortlich seien, die dort Kultur machten, und denen, die an Kultur interessiert seien.

*„Am Fenster" hieß eine Kulturveranstaltung, die am Abend des 29. Oktober vom Landtag gemeinsam mit dem Literaturbüro Nordrhein-Westfalen im Foyer durchgeführt wurde. „Sie erwarten nun wahrscheinlich zu Recht von mir, daß ich über das Fenster rede, aber sicher keine Fensterrede halte", sagte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Eröffnung. Der Blick aus dem Fenster — der Blick von innen nach außen, der betrachtende Blick auf etwas, das sich draußen abspiele, der wartende Blick, der sehnsuchtsvolle Blick in die Unendlichkeit: in der Malerei begegne einem dieses Motiv häufig, und meistens wende der oder die am Fenster Stehende den Betrachtern des Bildes den Rücken zu. In der Literatur begegne einem das Fenster immer wieder als Symbol für die Suche nach unbekannten Orten und verlorener Identität. Der Präsident fuhr fort, auch die acht Künstlerinnen, die zum ersten Mal das Projekt „Am Fenster" präsentierten, hätten sich von diesem klassischen Motiv inspirieren lassen. Vier Schriftstellerinnen hätten jeweils mit einer Künstlerin ihrer Wahl zusammengearbeitet. Herausgekommen seien vier einzigartige, auf die Architektur des Landtagsgebäudes abgestimmte Einzelprojekte — eine Improvisation am Piano, eine Text- und Kianginstallation, eine Hörcollage und eine Tanzperformance. Ulrich Schmidt dankte dem Literatur-Büro NRW-Ruhrgebiet in Person von Elisabeth Rothers-Ulrich sowie den acht Künstlerinnen Christina Günther, Elke Masino, Inge Meyer-Dietrich, Petra Weber, Barbara Köhler, Anja Wiese, Sigrid Kruse und Petra Willig. Das Bild zeigt Frau Willig, Tänzerin aus Duisburg, als „Frau am Fenster".* *Foto: Schälte*

# Vier Euregios haben schon Aktionsprogramme erstellt

*Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form der Euregios ist nach Auffassung der CDU-Opposition ein wichtiges Element im Prozeß der europäischen Integration. Sie forderte deshalb in einem Antrag, NRW müsse mehr für seine Grenzregionen tun. Von der SPD wurde dagegen betont, die Grenzregionen seien sich bei ihrer Arbeit stets der Unterstützung der Landesregierung und des Landtags sicher gewesen. Auch die GRÜNEN unterstützten die Konzepte der Euregios ausdrücklich. Der Antrag wurde an den Ausschuß für Europa-und-Eine-Welt-Politik überwiesen (Drs. 12/2492).*

**Hermann-Josef Schmitz** (CDU) betonte, regional sähen sich nahezu alle Grenzregionen nach wie vor mit einer Fülle von Hemmnissen konfrontiert, die als negative Standortfaktoren angesehen würden. So führten unter anderem die periphere Lage und eine vielfach bestehende einseitige Struktur zu einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die die Angleichung in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Kranken- und Sozialversicherung sowie im Steuer- und Finanzbereich behinderten. Überdies träten oft Schwierigkeiten im Umweltbereich auf. Bei der Überwindung dieser Defizite komme insbesondere die Vermittlungsfunktion der Euregios zum Tragen. Als von größter Bedeutung für die Euregios bezeichnete der Abgeordnete den Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur. Es müsse eine leistungsfähige neue Ost-West-Achse entstehen.

**Gabriele Sikora** (SPD) wies darauf hin, daß alle vier Euregios in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren Aktionsprogramme erstellt hätten, die neben der Situationsanalyse jeweils eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit enthielten. Auf dieser Grundlage prüften die Regios Einzelprojekte auf ihre Durchführbarkeit. Für die damit entstehenden Planungskosten erhielten die Euregios jährlich 50 000 DM. Wie ein solches Aktionsprogramm aussehe, könne sie am Beispiel Gronau/Enschede, also der Euregio Rhein-Ems, vorführen. Es beschreibe sechs Aktionsbereiche von A bis F. Das seien u. a.: Netzbildung, Informationsaustausch, Kommunikation, Verkehr, Transport, Infrastruktur, Tourismus, Erholung, Schulung, Arbeitsmarkt, Umweltschutz, Landwirtschaft, Innovation- und Technologietransfer.

**Ute Koczy** (GRÜNE) sagte: „Wir Bündnisgrünen unterstützen die Konzepte der Euregios ausdrücklich." Man unterstütze ferner die Kofinanzierung des Landes NRW, denn es sei auch eine historische Aufgabe. Denn nach wie vor gelte, daß auch das Mißtrauen gegenüber Fremden Grenzen ziehe. Dabei sei die gegenwärtige deutsch-niederländische Grenze im Gebiet zwischen Maas—Rhein ja eine künstliche. Sie sei politisch diktiert und vom Wiener Kongreß 1815 festgezurrt worden. Erst danach sei die Grenze zur Grenze, zur psychologischen Realität, ja zu einer Narbe der Geschichte geworden. Frau Koczy wies darauf hin, Grenzregionen hätten mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotzdem erwarte die Bevölkerung, daß die Probleme gelöst würden. Dafür gebe es die Euregios.

**Europaminister Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) unterstrich, wenn es darum gehe, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen, möchte er den dezenten Hinweis geben, daß das mal so, mal so diskutiert werde. Die Wirkung von Het Kaan, einer Planung in den Niederlanden, habe erhebliche Konsequenzen für alles das, was in Deutschland passiere. Eine gemeinsame Planung und möglichst viel Kooperation seien deshalb sinnvoll. Gelder support, die Neue Mitte Oberhausen oder die Häfen Rotterdam und Antwerpen hätten unzweifelhaft grenzüberschreitende Bedeutung. Diese Einflüsse würden jeweils auf der anderen Seite nicht immer mit freudigen Augen betrachtet. Aber natürlich gebe es auch viele Dinge, die unmittelbar Freude auslösten. Sie hätten unmittelbare Bedeutung im Grenzbereich selber und daher in den Euregios, weil diese eine vorzügliche Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften und auch der übrigen Gremien darstellten — der Provinzen auf der niederländischen Seite, der Regierungspräsidenten auf deutscher Seite, aber auch der Landesregierung in ihrer Gesamtheit.

## Wirtschafts- und Buchprüfer

# Staatsvertrag mit Bremen

*Der Landtag hat den Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Bremen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen in erster Lesung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen.*

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) erläuterte bei der Einbringung, das Versorgungswerk habe zum 1. Januar 1994 seinen Geschäftsbetrieb aufgenommen und zum jetzigen Zeitpunkt bereits mehr als 2 500 Mitglieder. Dabei sei zu berücksichtigen, daß knapp ein Drittel der insgesamt derzeit bestellten Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer in NRW ihren Beruf ausübten. Es sei deshalb von Anfang an klar gewesen, daß das Gesetz eine Modellfunktion gegenüber anderen Ländern haben würde. Der Haushalts- und Finanzausschuß habe in seinen Beratungen ausdrücklich bekräftigt, daß gewünschte Kooperationen beispielsweise über Staatsverträge herbeigeführt werden könnten. So sei auch bereits der erste Staatsvertrag mit Baden-Württemberg am 1. Januar 1997 in Kraft getreten. Der jetzt anstehende Staatsvertrag habe seinen Ausgangspunkt in dem Wunsch der Landesvertretung Bremen der Wirtschaftsprüferkammer, die Angehörigen des Berufsstandes dem Versorgungswerk in NRW als Pflichtmitglieder anzuschließen.

# Wahlalter soll bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt werden

*Der nordrhein-westfälische Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) hat die geplante Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gegen die Kritik der CDU-Opposition verteidigt. Es gehe der Landesregierung darum, das politische Interesse junger Menschen frühzeitig durch demokratische Mitwirkung zu stärken, sagte Kniola. Die CDU lehnte die Senkung des Wahlalters ab. Dieser Schritt sei nicht geeignet, die kommunale Demokratie fortzuentwickeln, hieß es. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde nach erster Lesung einstimmig an den federführenden Ausschuß für Kommunalpolitik sowie an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen (Drs. 12/2455).*

*Der stellvertretende Vorsitzende der vietnamesischen Nationalversammlung in Hanoi und Vorsitzende der Kommission für Wirtschaft, Technologie und Entwicklung, Professor Dr. Vu Dinh Cu (2. v. r.) hat dem Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt (l.), einen Besuch abgestattet. Der vietnamesische Politiker war Gast des Deutschen Bundestages und nahm an der Jahrestagung der osteuropäischen Fachinformationszentren der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung teil. Der Besuch im Landtag war auf Vermittlung des SPD-Abgeordneten Ernst-Martin Walsken (r.) zustande gekommen. Zweiter v. l. im Bild Dr. L. Granrath vom German National Research Center for Information Technology.* *Foto: Schälte*

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) sagte, der vorgelegte Gesetzentwurf regele zwei wesentliche Punkte. Diese beiden Kernpunkte seien die Herabsetzung des aktiven Wahlalters und die Umstellung des Sitzverteilungsverfahrens vom d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf das Verfahren der mathematischen Proportion nach Hare-Niemeyer. Außerdem sollten Vorschriften über Nachwahlen geändert und die repräsentative Wahlstatistik unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange gesetzlich geregelt werden. Im einzelnen führte Kniola aus, der Gesetzentwurf gehe davon aus, daß 16jährige die nötige Reife und Urteilsfähigkeit für eine Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene besäßen. Ergebnisse jugendsoziologischer Untersuchungen belegten, daß 16jährige junge Menschen politische und gesellschaftliche Entwicklungen durchaus substantiell beurteilen könnten. „Das veranlaßt uns, diesen jungen Menschen auch das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen zu gewähren", betonte der Minister. Dadurch werde das Kommunalwahlrecht keinesfalls zu einem Wahlrecht degradiert. Die Herabsetzung des aktiven Wahlalters um zwei Jahre könne vielmehr der angeblichen Politikverdrossenheit der jungen Generation entgegenwirken.

**Erwin Siekmann** (SPD) erklärte, der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes sei aus drei Gründen eingebracht worden. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit solle der Verlust der Wählbarkeit als Nachwahlgrund entfallen, die Briefwahl bei Nachwahlen zugelassen und die repräsentative Wahlstatistik unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange im Gesetz geregelt werden. Als weiteren Grund nannte Siekmann, weil die beiden Koalitionsfraktionen sich auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre und das Ersetzen der Sitzberechnungsverfahren nach d'Hondt durch das Verfahren nach Hare-Niemeyer verständigt hätten. Dabei sei es kein Geheimnis, daß die Herabsetzung des Wahlalters der Beschlußlage in den beiden Koalitionsfraktionen entspreche und daß die Änderung des Sitzberechnungsverfahrens „eine Forderung unseres Koalitionspartners" sei. Zum dritten führte der Abgeordnete an, der Landtag müsse eine begründete und abgewogene Stellungnahme zur Beibehaltung oder Änderung der Fünf-Prozent-Sperrklausel abgeben. Ein entsprechender Auftrag des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen liege vor.

**Albert Leifert** (CDU) bekräftigte, der vorgelegte Gesetzentwurf sei untauglich, das kommunale Wahlrecht fortzuentwickeln und eine wirksame Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die personelle Zusammensetzung der Räte zu ermöglichen. Spätestens bis zum Ende des Jahres müßten die Änderungen des Kommunalwahlrechts rechtskräftig beschlossen sein. Die Beratungszeiten des Landtages würden also wieder einmal wegen des Koalitionsstreits zu kurz sein. Die Qualität des Gesetzes werde deshalb wahrscheinlich genauso miserabel sein wie der Entwurf. Zur Wiedereinführung des Berechnungsprinzips Hare-Niemeyer meinte Leifert, dieses Zuckerle werde jeweils dem kleinsten Koalitionspartner als Beruhigungspille dargereicht. Bis 1980 habe Hare-Niemeyer wegen der F.D.P. für die Mandatsverteilung gesorgt, dann habe man wieder d'Hondt gehabt. Beide Mandatsverteilungsmethoden seien zwar verfassungsrechtlich zulässig, aber Hare-Niemeyer bevorzuge nicht nur überproportional die kleinen Parteien, sondern führe auch dazu, daß eine Partei mit 50 Prozent Stimmenanteil nicht die Mehrheit der Sitze im Rat erhalten könne. Das schade der Klarheit der Verhältnisse. Zur Absenkung des Wahlalters sagte der Abgeordnete, sie werde aus guten Gründen abgelehnt. Er bemängelte, die 16- und 17jährigen dürften nach dem Gesetzentwurf zwar wählen, aber sie dürften nicht gewählt werden. Das wichtigste Argument sei allerdings, daß bei der Absenkung des Wahlalters die Pflichten, die sich aus der Geschäftsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger mit 18 Jahren ergäben, von den Rechten — hier vom Wahlrecht — abgekoppelt würden. „Die Grenze ‚16 Jahre' ist übrigens auch rein willkürlich gezogen", stellte der Politiker fest und fragte: „Warum dann nicht das Wahlrecht für 14jährige, warum nicht das Wahlrecht für 12jährige oder für 10jährige, die auch schon berechtigt sind, zum Gymnasium zu gehen?"

**Jens Petring** (GRÜNE) nannte zwei Punkte, die das größte öffentliche Interesse an diesem Gesetzentwurf in den letzten Wochen ausgelöst hätten. Da sei zum einen die Umstellung auf das Auszählverfahren Hare-Niemeyer, zum anderen die Absenkung des aktiven Wahlrechtsalters von 18 auf 16 Jahre. Dies sei eindeutig auf Vereinbarungen zurückzuführen, die man im Koalitionsvertrag getroffen habe. Petring betonte, in der Wahlrechtsfrage seien die politischen Vorstellungen der GRÜNEN sicherlich weitergehend, als das jetzt im Entwurf enthalten sei. Die Altersgrenze 16 Jahre „ist für uns nicht das Ende der Fahnenstange", und zwar genauso wie man weiterdenke in den Fragen des passiven Wahlrechts. In dem Zusammenhang müsse natürlich gesagt werden, daß man auf den öffentlichen Vorbehalt zu reagieren habe, wieso die kommunale Ebene bei dieser Frage als erstes ins Visier genommen werde. „Unserer Auffassung nach handelt es sich nämlich um ein Privileg", stellte der Abgeordnete fest. Es sei ein Privileg, sich auf der kommunalen Ebene nunmehr aktiv und intensiv um die Interessenlagen von rund 325.000 neuen Wählerinnen und Wählern kümmern zu können.

**Regina van Dinther** (CDU) sagte, sie sei selber seit ihrem 14. Lebensjahr politisch aktiv und wisse aus Erfahrung, daß die allermeisten Jugendlichen in diesem Alter ihre Position vor allen Dingen im politischen Bereich überhaupt noch nicht gefunden hätten. Sie stehe uneingeschränkt hinter der CDU-Position, das passive und aktive Wahlalter erst mit der Volljährigkeit zu vergeben. Das Prinzip, die staatsbürgerlichen Rechte wie aktives und passives Wahlrecht oder den Erwerb des Führerscheins mit den staatsbürgerlichen Pflichten wie zum Beispiel die Ableistung des Wehrdienstes nicht voneinander zu trennen, könne nur richtig sein. Die Abgeordnete schloß, in den Bundesländern, in denen 16jährige bereits wählen dürften, seien überhaupt keine positiven Erfahrungen damit gemacht worden.

# Bildungsbegriff der Denkschrift

*Die Landesregierung soll ihren Bildungsbegriff und ihr Menschenbild klar umreißen, die sie der Bildungspolitik zugrunde legen. Keinesfalls dürfe sie das Menschenbild der Denkschrift „Zukunft der Bildung — Schule der Zukunft" zur Grundlage ihres Regierungshandelns machen. So der Tenor eines Antrags, den die CDU-Fraktion (Drs. 12/2486) vorgelegt hat. Ende Oktober hat das Plenum den Antrag einstimmig an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung zur Beratung und abschließenden Abstimmung überwiesen.*

**Dr. Hans Horn** (CDU) kennzeichnete das Menschenbild der Denkschrift als „einseitig und defizitär"; der Artikel 7 der Landesverfassung („Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung") werde negiert, statt dessen werde der gesellschaftliche Kontext zum Maßstab dessen erklärt, was verbindlich sein solle. Horn räumte ein, daß in einer offenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft „ein Wertekonsens nicht verordnet werden kann und nicht verordnet werden darf". Aber gerade angesichts des breiten Spektrums an religiösen Standpunkten, an weltanschaulichen Positionen und auseinanderstrebenden Tendenzen stelle sich um so drängender die Frage nach den gemeinsamen Grundlagen von Gesellschaft und Bildungspolitik.

**Manfred Degen** (SPD) berief sich auf eine weitere Bestimmung der Landesverfassung und sagte: „Unter Hinweis auf die eben zitierte Duldsamkeit, die auch ein Erziehungsziel ist, stimmen wir der Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung zu." Die CDU habe mit ihrer Auffassung vom rein materialistischen Weltbild der Denkschrift Schiffbruch erlitten und hätte eigentlich gut daran getan, den Antrag zurückzuziehen. Die Denkschrift sei auch nicht Grundlage konkreten Regierungshandelns, die würden im Bildungsbereich immer noch im Landtag gelegt.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) betonte den grünen Stundpunkt, die öffentliche Schule könne keine Schule mit christlich-religiösem Profil sein, denn die öffentliche Schule müsse allen Kindern und Jugendlichen verpflichtet sein und sie zu Ehrfurcht vor der Andersartigkeit des anderen, vor unterschiedlichen Weltanschauungen und religiösen Gefühlen Andersgläubiger anhalten.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) erklärte unter Hinweis auf den Empfehlungscharakter der Denkschrift: „Niemand hat die Absicht, die Vorschläge der Bildungskommission als Ganzes Schritt für Schritt von der ersten bis zur letzten Seite in die Schulrealität umzusetzen." Und weiter: „Wir werden selbstverständlich Impulse daraus aufgreifen und in den Entwicklungsprozeß integrieren." Die Kirchen hätten nicht beklagt, daß der Denkschrift ein christliches Menschenbild fehle, sondern ihnen sei es um die fehlende religiöse Dimension in der Denkschrift gegangen: „Das ist etwas anderes."

# Öffentliche Ordnung und Polizeigesetz

*Den 1990 aus dem Polizeigesetz des Landes gestrichenen Begriff der öffentlichen Ordnung will die CDU des Landes wieder aufnehmen. So sieht es ein Gesetzentwurf (Drs. 12/2484) vor, den der Landtag am 29. Oktober in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen hat.*

**Heinz Paus** (CDU) forderte, man müsse Lehren aus den Erfahrungen ziehen, die in den USA gezogen worden sind, wo die Polizei seit einiger Zeit entschieden gegen auch kleinere Gesetzesverstöße und gegen Verwahrlosung vorgehe: Das habe zu einer deutlichen Abnahme der Kriminalität geführt. Die Streichung des Begriffs sei das falsche Signal gewesen, sie habe die unmißverständliche Aufforderung an die Polizei bedeutet, „bei Ordnungsverstößen wegzuschauen, also bei aggressivem Betteln, bei öffentlichen Alkoholexzessen, bei der Belagerung von Unterführungen durch provozierende Skinheads". Dies falsche Signal sei zu korrigieren, schloß Paus.

**Hans-Peter Meinecke** (SPD) urteilte: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist billige und populistische Effekthascherei." Die Gesetze im Bereich der öffentlichen Sicherheit seien nach Auffassung der SPD ausreichend, es gebe allenfalls Vollzugsdefizite. Anstelle von „platten Sprüchen, unsinnigen Gesetzesvorlagen und des Schürens von Kriminalitätsfurcht" sei darüber zu diskutieren, warum Jugendkriminalität so hoch sei, die armutsbedingte Kriminalität steige und was gegen das wachsende Krebsgeschwür der organisierten Kriminalität zu tun sei.

**Roland Appel** (GRÜNE) hielt die CDU-Initiative nicht für den richtigen Ansatz. Das Kümmern um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung würde die Polizei mit mehr unnötigen Aufgaben belasten und sie von der Bekämpfung wirklicher Kriminalität — Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen — abhalten. Wichtiger als polizeiliche Arbeit seien soziale Faktoren.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) erklärte, die Drogenszene lasse sich nicht mit der Wiedereinführung der öffentlichen Ordnung ins Gesetz bekämpfen. Er verspreche sich mehr von Ordnungspartnerschaften der Verantwortungsträger, die mit ihrem koordinierten Vorgehen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung wirkungsvoll entgegenwirken könnten. Die Wiederaufnahme sei auch nicht nötig, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsbehörden zu gewährleisten. Das bestehende Polizei- und Ordnungsbehördengesetz habe sich als praxistauglich erwiesen.

**Heinz Paus** (CDU) beharrte darauf, daß die Polizei bei Verwahrlosung und Verstößen gegen die öffentliche Ordnung im Wege des ersten Zugriffs tätig werden müsse; das erwarte auch der Bürger, der sich belästigt fühle und sich deswegen beschwere.

# CDU will Vorziehen der Förderungsreform

*Die CDU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Krankenhausgesetzes (Drs. 12/2483) vorgelegt. Ziel ist eine Umstellung der Finanzierung, die den Krankenhausträgern eine stärkere Mitwirkung an der Umstrukturierung ermöglichen und so rechtzeitig erfolgen soll, daß die Änderung noch bei den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr berücksichtigt werden kann.*

**Rudolf Henke** (CDU) sagte, der quälende Prozeß der Umstrukturierung hätte sich vermeiden lassen, „wenn man durch eine rechtzeitige Änderung des Investitionsförderungsverfahrens der Krankenhäuser mehr Gerechtigkeit und weniger staatlichen Interventionismus ermöglicht hätte". Es habe sich aber noch immer nichts daran geändert, daß die Förderung an die Bettenzahl geknüpft sei, das belohne die, die an Betten festhielten und bestrafe jene, die Betten abbauten. Um dies zu ändern, schlage seine Fraktion vor, daß die abbauwilligen Häuser 90 Prozent der Landesförderung behalten können und nur zehn Prozent einbüßen.

**Vera Dedanwala** (SPD) erklärte, das Zuviel an Betten sei kein Ergebnis der Politik, sondern der medizinischen Entwicklung. Sie warf der CDU vor, mit ihrem Entwurf reduziere sie die Gesundheitspolitik auf reine Kosten und Pauschalenbeiträge. Die Novelle der Landesregierung habe einen weitergehenden Ansatz. Sie jedenfalls möchte nicht, daß der jetzige Zustand verlängert werde, indem die Krankenkassen jedes einzelne Krankenhaus bei den Pflegesatzverhandlungen „bis an die Grenze des Machbaren" knebele. Besser sei es, die Krankenkassen an den Planverfahren zu beteiligen und den Krankenhäusern eine sichere finanzielle Existenz zu bieten.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) erinnerte an den rot-grünen Koalitionsvertrag, nach dem eine wohnortnahe Krankenhausversorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen sei. Eine schnelle Änderung der Pauschalförderung sei unter den Beteiligten unbestritten, erklärte Kreutz, der Dissens liege in der angestrebten Krankenhausplanung.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) versicherte in Vertretung des Gesundheitsministers, die Angelegenheit sei „ordentlich auf dem Weg". Nach Ansicht der Landesregierung gehörten die Änderungen im Krankenhausplanungsverfahren mit ihren verbesserten Gestaltungsmöglichkeiten für die Beteiligten und die Einführung eines höheren Leistungsbezugs im Bemessungsverfahren für die pauschale Förderung (wobei auch die Vorhaltekosten eines Krankenhauses auch bei reduziertem Bettenbestand berücksichtigt würden) zusammen.

**Ursula Monheim** (CDU) entgegnete, die neue Form der pauschalen Investitionsförderung sei im wesentlichen unstreitig, wegen ihrer Bedeutung für die Begleitung einer schmerzlichen Strukturanpassung beim Bettenabbau könnte sie vorgezogen werden.

## Migrationsausschuß:

# Diskussion über Kriminalität von Ausländern ist differenziert zu führen

*Unter dem Tagesordnungspunkt „Ausländerkriminalität' — Konstrukt und Wirklichkeit" gab Wolfgang Gatzke vom Innenministerium (IM) des Landes Nordrhein-Westfalen einen Bericht über den Inhalt der polizeilichen Kriminalitätsstatistik. Unter der Leitung der Ausschußvorsitzenden Christiane Bainski (GRÜNE) bestand Einvernehmen, das Thema nicht zu tabuisieren, sondern offensiv anzugehen. Es wurde einvernehmlich beschlossen, um vertiefte Erkenntnisse über Hintergründe und Ursachen und den tatsächlichen Aussagewert der Zahlenwerte zu erhalten, eine Anhörung von Experten/Expertinnen durchzuführen.*

*Eine hochrangige Delegation des Gebiets Nishnij Nowgorod in Rußland hat der Erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) im Landesparlament empfangen. Die Delegation wurde geleitet von Gouverneur Skljaow (r.) und dem Vorsitzenden des Parlaments, Koseradskij (2. v. r.). Zwischen Nordrhein-Westfalen und der Region Nishnij Nowgorod bestehen seit längerem enge wirtschaftliche Beziehungen, an denen u. a. die WestLB stark beteiligt ist. Die Zusammenkunft im Landtag, an der Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender teilnahm (3. v. l.), sollte nun dazu dienen, die Kontakte auch auf parlamentarischer Ebene zu intensivieren.* *Foto: Schälte*

Vom IM-Sprecher wurde klargestellt, daß die polizeiliche Kriminalitätsstatistik vom Begriff des „Tatverdächtigen" ausgehe. In diese Statistik flössen keine Zahlen ein, die widerspiegelten, in wievielen Fällen es dann tatsächlich zu einer gerichtlichen Verurteilung gekommen sei. Schon die Aufklärungsquote (49 Prozent) schwanke mit den verschiedenen Delikten. Allein 60 Prozent der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten seien Eigentumsdelikte. Die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen im Lande entspreche für 1996 einem Anteil von 27,8 Prozent. Bei den Gewaltdelikten sei jeder dritte Tatverdächtige nicht im Besitz eines deutschen Passes.

Stelle man nur auf den Begriff der Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen ab, zeigten die dargestellten Zahlen allein eine unrealistische Überrepräsentation (Anteil nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung 11,3, im Verhältnis dazu 27,8 Prozent aller Tatverdächtigen). Diese Zahlen vermittelten ein Bild, das nicht der Realität entspreche. Es komme aufgrund verschiedener Umstände zu Verzerrungen.

Bereits die Aufklärungsquote sei eine variable Größe, die einen Vergleich der ermittelten Tatverdächtigen mit der Gesamtzahl der tatsächlichen Delinquenten nicht zulasse. Man müsse auch berücksichtigen, daß zum Beispiel Durchreisende und Illegale als Tatverdächtige erfaßt werden und deshalb eine direkte Vergleichbarkeit des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger mit Anteil an der Wohnbevölkerung, zu der diese Personengruppen selbstverständlich nicht gehören, nicht gegeben sei.

Die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen, die zur Wohnbevölkerung zu rechnen seien, betrage für das Jahr 1996 etwa 96 000. Zieht man davon noch die Zahl der Tatverdächtigen ab, denen Delikte nach dem Ausländer- oder Asylgesetz vorgeworfen werden, sinke die Zahl der Tatverdächtigen weiter auf unter 90 000. Bei der Bewertung der Zahlen der Kriminalitätsstatistik müsse auch berücksichtigt werden, daß die Anteile von Männern, Jugendlichen und Heranwachsenden bei der Wohnbevölkerung mit nichtdeutschem Paß höher liegen als bei der deutschen Wohnbevölkerung. Beispielhaft für eine solche Verzerrung sei etwa, daß Dreiviertel aller Tatverdächtigen männlichen Geschlechts seien. Auch seien Minderjährige und Jungerwachsene, die das Alter von 25 noch nicht erreicht hätten, bis zu dreimal so kriminalitätsaktiv wie ältere Menschen. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik erfasse auch keine Beziehungen und Ursachenzusammenhänge im Hinblick Sozialstrukturen. Auch in Ballungszentren sei, gegenüber ländlichen Gebieten, prinzipiell mit einer höheren Kriminalitätsrate zu rechnen. Der Anteil der nichtdeutschen Wohnbevölkerung verteile sich aber verstärkt auf Ballungszentren. Auch das Anzeigeverhalten der Bevölkerung — immerhin würden 90 bis 95 Prozent aller bekannt werdenden Delikte angezeigt — könne eine Rolle spielen.

Im Fazit seien bei der sorgfältigen Bewertung der Zahlen der Kriminalitätsstatistik statistische Verzerrungsprozesse zu berücksichtigen. Die in der öffentlichen Diskussion befindlichen Zahlen der polizeilichen Kriminalitätsstatistik könnten nur annähernd und aus den genannten Gründen auch nur verzerrt, ein Spiegelbild der Realität sein. Eine relativierte Bewertung unter Berücksichtigung etwa von demographischen Zahlen sowie sozialer und sonstiger Faktoren, die die polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht leisten könne, sei auch bei der öffentlichen Diskussion über dieses Zahlenmaterial unabdingbar. Dorothea Reder (GRÜNE) dankte wie die Vertreter aller anderen Fraktionen für den ausführlichen, sachlichen und interessanten Bericht. Besonders wichtig erschien ihr die Feststellung, daß Dreiviertel aller Delikte von Männern begangen würden. Frank Baranowski (SPD) erhielt auf die Frage, wie hoch denn der Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtzahl der dann tatsächlich verurteilten Delinquenten sei, die Auskunft, daß dieser etwa ein Viertel betrage. Bei der Zahl der Verurteilten müsse aber berücksichtigt werden, daß, im Gegensatz zur polizeilichen Kriminalitätsstatistik, hier auch Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten, die immerhin einen Anteil von 30 Prozent hätten, enthalten seien.

Oliver Wittke (CDU) kritisierte auch, daß die polizeiliche Kriminalitätsstatistik auf den Begriff des Tatverdächtigen abstelle. Sein Fraktionskollege Willi Zylajew dankte für die Hinweise, wie die statistischen Zahlen relativiert und bereinigt werden müßten. Frank Sichau (SPD) wies darauf hin, daß die Strafverfolgungsstatistik der Justiz aus dem Jahre 1996 im Sommer 1997 vorgestellt worden sei. In diesem Zusammenhang wurde aber auch deutlich, daß die beiden Statistiken keinen Schluß zuließen, wie hoch die Zahl der anfänglich Tatverdächtigen in bezug auf die dann Verurteilten sei. Es sei nicht davon auszugehen, daß eine Verurteilung, wenn es denn dazu komme, noch im selben Jahr oder gar zwingend im darauffolgenden Kalenderjahr erfolge. Insofern sei eine Zuordnung nicht möglich.

## Staatsvertrag

Der Landtag hat in zweiter Lesung ohne Debatte dem Staatsvertrag über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach Artikel 87 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, entsprechend einer Beschlußempfehlung des Hauptausschusses, zugestimmt (Drs. 12/1264).

## Sondersitzung:

# CDU wirft SPD in Sachen Garzweiler „taktische Spielchen" vor

*Zu einer Sondersitzung auf Antrag der CDU-Fraktion ist Anfang November der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung (Vorsitzender Klaus Strehl, SPD) zusammengekommen. Auf der Tagesordnung stand der CDU-Antrag (Drs. 12/2488) „Garzweiler II ist energiepolitisch und energiewirtschaftlich nach wie vor notwendig!". Zu Beginn machte der Ausschußvorsitzende darauf aufmerksam, daß zu diesem Thema am 28. November eine gemeinsame öffentliche Sitzung von Wirtschaftsausschuß und Umweltausschuß anberaumt sei, zu der Wissenschaftler und Experten geladen seien. Aufgrund dieses Umstands habe soeben der Wirtschaftsausschuß die Beratung des CDU-Antrags ausgesetzt.*

Werner Stump (CDU) warf der SPD vor, trotz großer Übereinstimmung mit der CDU in dieser Frage, verfolge sie eine „Taktik des Aussitzens, Verzögerns und in-die-Länge-Ziehens", um mit Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner „auf der Zeitschiene voranzukommen". Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende sei der Meinung, daß es zu Garzweiler II keinen weiteren Erörterungsbedarf gebe. Der sei auch im Interesse der Bergarbeiter und der betroffenen Umsiedler nicht angebracht, die wollten endlich eine Entscheidung, betonte Stump. Er forderte die SPD im Ausschuß auf, mit der „Kasperei" ihrer taktischen Spielchen aufzuhören, weil sie mit der Sache nichts zu tun hätten.
Nach Auffassung der SPD-Fraktion habe sich aus energiepolitischer Sicht durch die Vorlage neuer Gutachten und Ideenskizzen nichts geändert. Aber das sei der Öffentlichkeit klarzumachen, fügte Dr. Bernhard Kasperek (SPD) hinzu; dazu werde die gemeinsame Sitzung Ende des Monats beitragen, denn sie werde — auch für die Öffentlichkeit — ergeben, daß es an den Grundannahmen für die Notwendigkeit von Garzweiler II nichts zu deuteln gebe. Die CDU, so Kasperek weiter, „bausche" ihren Antrag auf und sollte nicht mit Vermutungen und Verdächtigungen arbeiten: „Lassen Sie uns die Diskussion und Auseinandersetzung mit den drei Gutachtern führen und danach zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen", appellierte er und beantragte, der Umweltausschuß solle sich dem Votum des Wirtschaftsausschusses anschließen und die Beratung des CDU-Antrags vertagen.
Für die GRÜNEN schloß sich Gerd Mai diesem Antrag an und begrüßte ausdrücklich die Bereitschaft des Koalitionspartners, mit den Gutachtern zu diskutieren. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß es derzeit keine aktuelle Studie gebe, die die Grundannahmen von 1991, dem Beginn des Garzweiler-II-Verfahrens, bestätigen würde. Das Gespräch mit der Wissenschaft müsse geführt, dann ausgewertet werden, um zu entsprechenden Schlußfolgerungen zu kommen.
Werner Stump (CDU) bestand darauf, weil sich CDU und SPD eigentlich einig seien, sollte man dies dokumentieren. „Deklamatorische Feststellungen" führten im Moment zu nichts, konterte Hans Krings (SPD); „die Musik spielt zur Zeit bei den Verwaltungsbehörden". Franz-Josef Pangels (CDU) formulierte seine Meinung, daß sich die Grundannahmen wesentlich verändert hätten. Mit den Experten zu reden, sei das Gebot der Stunde. Bevor der Ausschuß abstimmte (Annahme des Vertagungsantrags durch SPD und GRÜNE, bei Enthaltung der CDU), wertete der umweltpolitische Sprecher der CDU, Stump, das Verhalten der SPD als „tiefe Verbeugung vor Frau Höhn und ihrer Fraktion".

## Innenausschuß:

# Spitzenverbände für Anhebung der Antragsaltersgrenze

*Das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, erster Teil der rahmenrechtlich vorgegebenen Dienstrechtsreform, stand im Mittelpunkt eines Sachverständigengesprächs des Ausschusses für innere Verwaltung am 6. November, zu dem der Vorsitzende Klaus Stallmann (CDU) Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV NW), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Deutschen Beamtenbundes (DBB) sowie des Bundes der Steuerzahler (BdST NRW) eingeladen hatte.*

Birgitt Collisi (Städtetag NW) und die Beigeordneten Franz-Josef Schumacher (Landkreistag NW) sowie Hans Gerd von Lennep (NW Städte- und Gemeindebund) begrüßten übereinstimmend die vorgesehene Anhebung der Antragsaltersgrenze auf das 63. Lebensjahr. Sie plädierten jedoch dafür, den Kommunen die Möglichkeit einzuräumen, im Umstrukturierungsjahr 1998 die bisherige Regelung anwenden zu dürfen, wenn dies — auch unter Berücksichtigung der Versorgungsbelastung — die kostengünstigere Lösung ist. Dadurch würden auch vorgesehene Personaleinsparungen leichter realisierbar, die Kommunen hätten einen ausreichenden Zeitraum zur besseren Personalplanung zur Verfügung.
Gerd von Lennep bat zusätzlich, gesetzlich von Verpflichtungen lebensälterer Beamter abzusehen, nach Vollendung des 60. Lebensjahres an Maßnahmen zum Erwerb einer neuen Laufbahnbefähigung teilzunehmen. Das Sabbatmodell sollte nicht als Teilzeitbeschäftigung mit der Folge versorgungsrechtlicher Auswirkungen definiert werden. Korrespondierend zu dem vorgeschlagenen Modell — vier Vollzeitdienstjahre bei 75 Prozent Gehalt = ein Sabbatjahr bei 100 Prozent Gehalt) müßte ein Anspruch auf Leistungen der Krankenfürsorge während des Urlaubsjahres in entsprechender Anwendung der Beihilferegelungen sichergestellt werden. Birgitt Collisi schlug darüber hinaus vor, im Interesse der Rechtssicherheit klarzustellen, daß auch bei Erkrankung während der Beurlaubung keine Verlängerung eintritt und welche Konsequenzen eine längere Erkrankung bzw. der Eintritt des Versorgungsfalls während der Ansparphase mit sich bringt. Im übrigen begrüßte sie die vorgesehene Erprobung in einem höherwertigen Amt vor Ausspruch der Beförderung.
Dies bewertete auch Karl-Ulrich Langer (KAV NW) positiv, ebenso die vorgesehenen Flexibilisierungen der Arbeitszeit, die endlich zur Gleichbehandlung von Angestellten/Arbeitern und Beamten führten. Der stellvertretende Vorsitzende Rinkens (DBB Landesbund NW) bemängelte, das Land wolle offensichtlich die für Beamte in ihren Auswirkungen negativen Regelungen des Rahmenrechts schnell, die positiven (zum Beispiel Schaffung von Leistungsanreizen) dagegen später umsetzen. Hinzu kämen die Verschlechterungen der Jubiläumsverordnung, von denen der Tarifbereich ausgeschlossen bleibe. Auch er plädierte aus Gründen des Vertrauensschutzes für eine Heraufsetzung der Antragsaltersgrenze erst ab dem Jahre 1999 sowie für eine Verkürzung der Frist zur Beantragung der Verlängerung der Teilzeitbeschäftigung von sechs auf drei Monate, weil oftmals — etwa im Schulbereich — nur kurzfristig entschieden werden könne.
Bernd Kohl (DGB Landesbezirk NRW) wiederholte die Kernpunkte seiner schriftlich eingereichten Verbesserungsvorschläge. Kritisiert wurden dabei die Einführung einer weiteren Probezeit in einem höherwertigen Amt vor der Beförderung, das Fehlen eines gesetzestextlichen Hinweises darauf, daß eine Versetzung in ein geringerwertiges Amt nur infolge von einschneidenden Organisationsmaßnahmen möglich sein soll sowie die Verletzung von Personalvertretungsrechten bei Versetzung zu einem anderen Dienstherrn und Regelungen im Zusammenhang mit Teilzeitbeschäftigung. Bemängelt wurden ferner die Heraufsetzung der allgemeinen Altersgrenze, die zeitliche Ausweitung der Reaktivierungsmöglichkeit wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzter Beamter, unterschiedliche Nebentätigkeitsregelungen bei Teilzeit- und Vollbeschäftigung sowie bei Altersbeurlaubungen sowie die fehlende Übernahme der Bundesregelung, wonach eine unterhälftige Teilzeitbeschäftigung nicht nur während eines Erziehungsurlaubs, sondern auch anstelle einer familienpolitischen Beurlaubung zulässig ist.
Der Bund der Steuerzahler beschränkte sich auf eine schriftliche Stellungnahme, in der sowohl das Gesetzgebungsverfahren des Landes als auch Regelungen in Zusammenhang mit der Beamtenaltersversorgung und der Teilzeitbeschäftigung kritisiert wurden. Sabbatjahr und andere Formen der Teilzeitbeschäftigung wären kostentreibende Elemente. Ferner könne die Pensionslawine nicht durch Anhebung der Antragsaltersgrenze und Stärkung des Grundsatzes „Rehabilitation statt Versorgung" allein eingedämmt werden.
Des weiteren beschloß der Ausschuß zwei öffentliche Anhörungen, die Mitte Januar durchgeführt werden sollen. Betroffen sind das Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sowie die Bekämpfung der Umweltkriminalität im Bereich der illegalen Abfallentsorgung.

*Wolfgang Fröhlecke*

# Beschleunigung am ehesten in Genehmigungsverfahren erreichbar

*In einer ganztägigen Anhörung ist der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter seinem Vorsitzenden Klaus Strehl (SPD) der Frage nachgegangen, ob eine Veränderung umweltrechtlicher Vorschriften in der Lage sein könnte, Investitionen zu erleichtern und zu beschleunigen. — Wir setzen damit die Berichterstattung über das Expertenhearing vom 22. Oktober fort.*

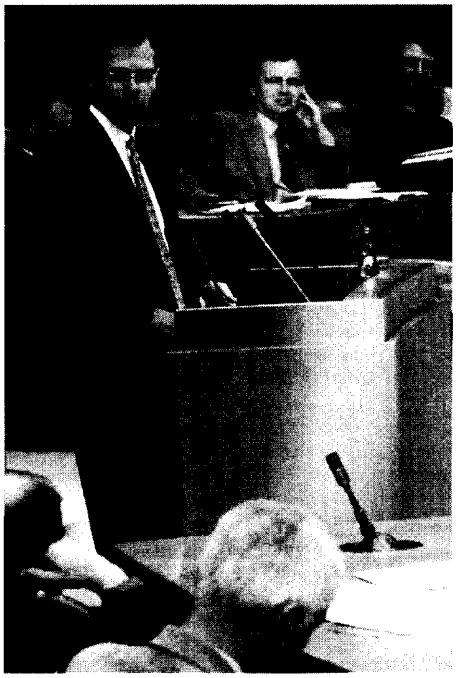
Dr. Alexander Schink vom Landkreistag NRW regte an, Vollzugsaufgaben wie die Kontrolle der Einhaltung umweltrechtlicher Vorschriften auf Personen außerhalb der Behörde wie Sachverständige und Beliehene zu übertragen. Was das Zustandekommen von Papieren der Länderarbeitsgemeinschaften angehe, so sei hier das Anhörungs- und Beteiligungsverfahren stärker zu organisieren, „damit die Vorschriften praxistauglicher werden". Beim Erlaß von Vorschriften sollte von vornherein daran gedacht werden, mit welchen finanziellen Mitteln, mit welchem Personal und welcher Behörde die Vorschriften vollzogen werden sollten. Bei freiwilligen Vereinbarungen sollten nicht nur Wirtschaft und Regierung agieren, sondern es seien auch die zu beteiligen, „die sonst davon betroffen sind und später zur Kasse gebeten werden sollen".

Für den Naturschutzbund NW und den BUND NW warnte Dr. Michael Harengerd vor einem allzu schlanken Staat, da „zuviel Schlankheit irgendwann einmal zum Tode führt". Genehmigungsbehörden seien nicht nur Dienstleister für die Industrie, sie hätten in erster Linie den Schutz des Bürgers zu gewährleisten. Nachhaltigkeit bedeute nicht nur die Stärkung des sogenannten Wirtschaftsstandorts, bei ihrer Durchsetzung gebe es Gewinner, und müsse es Verlierer geben, etwa den weitgehend ungehemmten Boden- und Freiraumverbrauch sowie den zunehmenden motorisierten Individualverkehr, wo bisher Nachhaltigkeit in keiner Weise erkennbar sei. Freiwillige Vereinbarung — ja, aber mit klaren und einschneidenden Kompetenzen beim Scheitern des anvisierten Zieles.

Als ein sehr gutes Instrument im Umweltschutz bezeichnete Waldemar Bahr von der IG Bergbau-Chemie-Energie die freiwillige Vereinbarung, aber nicht für ein einzelnes Unternehmen, sondern für ganze Branchen. Sie bezögen auch kleine und mittlere Betriebe ein und würden eher wirksam als gesetzliche Regelungen, die Jahre benötigten und bei Erlaß eventuell schon überholt sein können. Damit gewinne die Politik deutlich Zeit, und die Verwaltungen könnten sich auf anderes konzentrieren, etwa die Bekämpfung von Umweltkriminalität. An der Aushandlung der Vereinbarungen seien die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit einzubeziehen.

Für die Vereinigung der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern (IHK) verwies Friedrich Tettinger beim Öko-Audit auf die hohe Zahl eingetragener Standorte im Lande: 225. Das sei mehr als im gesamten europäischen Ausland. Es müsse aber hier, wie in anderen Bundesländern auch, Erleichterungen geben; Umweltverwaltung und Politik müßten mehr Vertrauen in diese Firmen haben, die sich dem freiwilligen Audit unterzogen hätten. Er verlangte angesichts der zu vielen und zu detaillierten Umweltvorschriften eine „uneingeschränkte Durchforstung aller regulierten Bereiche des Umweltschutzes bei gleichzeitiger Betonung der Berücksichtigung der Eigenverantwortung der Unternehmen".

Professor Dr. Martin Führ vom Öko-Institut Darmstadt sah einen Widerspruch darin, möglichst wenig behördliche Prüfung zu wollen, zugleich aber den vollen Umfang an Rechtssicherheit zu verlangen. Die Erfahrungen mit freiwilligen Vereinbarungen lehrten, daß sie nur funktionierten, wenn sie nicht von Verbandsvertretern, „sondern von den Unternehmenschefs selbst unterschrieben worden sind". Sie unterstellten auch, „daß in den Unternehmen der Hort von Kompetenz und Verantwortung sei. Das ist die Ausnahme". Solche Vereinbarungen müßten von der Politik mit ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen versehen werden, die es dem Vorreiter erlaubten, Innovationen anzustoßen und sich am Markt gegenüber Trittbrettfahrern zu



*Als letzter Experte kam Dr. Thomas Schmidt-Kötters, Mitglied der für die Beschleunigungsgesetze des Bundes zuständigen Schlichter-Kommission, in der Anhörung zu Wort.* *Foto: Schälte*

behaupten, die bei neuen Produkten auf Kosten der Umwelt günstiger fahren wollen. Für die Europäische Kommission stellte Ludwig Krämer fest, die Umwelt sei weder Eigentum der Wirtschaft noch der Verwaltung oder des Staates — „sie ist unser aller Umwelt". Man komme nicht umhin, diesen Gedanken in irgendeiner Weise auch institutionell — etwa ein Amt — und durch entsprechende Transparenzmechanismen umzusetzen. Ökonomische Instrumente zur Regelung seien nach Ansicht der Kommission ein sehr geeignetes Mittel, auch um Verhaltensänderungen zu bewirken; was die kooperativen Instrumente angehe, so sei es ein Irrglaube zu meinen, freiwillige Vereinbarungen würden schneller als Gesetze umgesetzt. Das große Problem sei hier der Vollzug, betonte er. Auf europäischer Ebene sei die Erfahrung, „daß die freiwillige Vereinbarung dann kommt, wenn man damit versuchen kann, eine gesetzliche Regelung zu umgehen, zu verschieben oder ganz zu verhindern".

In Bayern gebe es ein Vollzugsdefizit, beklagte Dr. M. Weigand vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Der Vollzug werde bei geplanten Stellenstreichungen, im Zweifel defizitärer. So sei man dankbar um jeden weiteren Teilnehmer des Öko-Audit-Systems, denn so könne sich der Vollzug auf jene Unternehmen konzentrieren, „die es tatsächlich nötig haben".

Dr. Diana Hein vom Staatlichen Umweltamt Düsseldorf wollte die Deregulierungsdebatte nur auf verfahrensrechtliche Aspekte bezogen wissen, es könne nicht um eine Vereinfachung umweltrechtlicher Vorschriften oder eine Erleichterung des Vollzugs gehen. Die Genehmigungsverfahren seien in den letzten Jahren deutlich beschleunigt worden, „eine weitere Beschleunigung ist ohne einen Qualitätsverlust bei der Prüfung, und damit verbunden der Gefahr von Einbußen bei den Umweltstandards, zur Zeit nicht mehr möglich". Öko-Audits seien innerbetrieblich zur Verbesserung der Einhaltung umweltrechtlicher Vorschriften sinnvoll, aber kein Ersatz für staatliche Überwachungsaufgaben.

In Vereinbarungen mit Firmen über die gesetzlichen Standards hinaus sah Rüdiger von Schoenfeldt von der Bezirksregierung Arnsberg den Vorteil, daß sich die staatlichen Überwachungsbehörden auch bei weiter zurückgehendem Personalbestand auf die Problemfälle konzentrieren und damit einen vielleicht noch effektiveren Beitrag zum Umweltschutz leisten könnten. Voraussetzung sei, daß ein zumindest gleicher Umweltstandard sichergestellt sein müsse und daß bei Verstößen ein staatliches Widerrufsrecht, volle Haftung des Betreibers und deutlich spürbare Sanktionen greifen müßten.

Der Jurist Dr. Thomas Schmidt-Kötters plädierte dafür, umweltrechtliche Genehmigungen auf das zurückzuführen, was ursprünglich einmal damit verbunden gewesen sei, und was eher dem Charakter einer Rahmengenehmigung entspreche. Heute gebe es zu intensive Überprüfungen im Genehmigungsverfahren, „was eine wesentlich zu enge Bindung des Betreibers, damit aber auch eine wesentlich zu starke Verantwortungsübernahme und Risikoübernahme seitens der Behörden im Genehmigungsverfahren bedeutet". Schmidt-Kötters regte an, Eigenverantwortung und Erleichterungen im Genehmigungsverfahren zu verbinden: Der Umweltbeauftragte eines Unternehmens könnte in seiner Rolle gestärkt werden und bei entsprechender Qualifikation Genehmigungsanträge begleiten. Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren ließen sich ferner in Verwaltungsvollzug und Verwaltungsorganisation erreichen; eine Stärkung der Mittelinstanzen, und die Rückführung der weit verzweigten Sonder- und Fachbehörden seien da der richtige Weg.

# Praxis der Begutachtung nähert sich in beiden Landesteilen nur schrittweise an

*In der Sitzung am 5. November waren erneut Vertreter des Medizinischen Dienste der Krankenkassen in Rheinland und Westfalen-Lippe (MDK) in einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD), anwesend. Die noch im vergangenen Jahr erheblich voneinander abweichenden Begutachtungsergebnisse (Einstufung in die Pflegestufen I bis III) haben die Mitglieder des Fachausschusses veranlaßt, die beiden MDK in Nordrhein-Westfalen um eine Annäherung zu bitten und das Ergebnis dieser Annährungsbemühungen weiterhin zu verfolgen.*

Nach Ansicht der MDK-Vertreter zeige sich inzwischen auch in NRW eine Symmetrie. Beide MDK sehen sich nach wie vor unerwartet hohen Zahlen von Begutachtungsaufträgen gegenüber. Im September 1997 waren es in Nordrhein 12 919, in Westfalen-Lippe 10 345 Begutachtungseingänge. Nach der Annäherung bei den Begutachtungsergebnissen stand im Blickpunkt der Fachausschußsitzung nun eine unterschiedliche Begutachtungspraxis vom Übergang der Patienten/Patientinnen aus dem Krankenhaus in ein Pflegeheim. Auf diesem Gebiet unterscheiden sich die beiden MDK noch: Dies habe nach Auffassung des MDK seinen Grund weniger in Auffassungsunterschieden der MDK als vielmehr mit den der Willensbildung nach dem Landespflegegesetz angesprochenen Beteiligten (Pflegekassen auf der einen und Krankenhäuser auf der anderen Seite) zu tun.

Folgerichtig habe das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) primär die Landesverbände der Pflegekassen in Westfalen-Lippe angeschrieben und gebeten, für eine gleichgerichtete Begutachtungspraxis am Krankenhausbett des Patienten einzutreten. Der MDK Nordrhein führt — im Gegensatz zum MDK Westfalen-Lippe — bereits seit dem 1. Dezember vergangenen Jahres die Begutachtung im Krankenhaus durch. Diese Praxis ergibt sich nach Darstellung des MDK Nordrhein, weil aus mehreren Gründen die Begegnung mit dem Patienten gegenüber einer aktenmäßigen Heimbedürftigkeitsprüfung vorzuziehen und im übrigen Krankenhäuser, Familienangehörige und aufnahmebereite Pflegeeinrichtungen frühzeitig Dispositionsfreiräume wünschten.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Dr. Horstmann (SPD), berichtete unter Hinweis auf sein Schreiben zur Begutachtungspraxis, daß man das Verfahren in Westfalen-Lippe, eine Begutachtung nicht am Krankenhausbett vorzunehmen, für nicht rechtskonform halte. MAGS-Ministerialdirigent Jeromin wies darauf hin, daß das Landespflegegesetz vorsehe, daß die Beteiligten zu einem gemeinsamen Verfahren beim Übergang von Patienten von Krankenhaus in den stationären oder ambulanten Pflegebereich kommen müßten. Vom Landespflegeausschuß sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, um einen gemeinsamen Entwurf dazu zu erarbeiten. Für den Landteil Rheinland sei bereits eine akzeptable Lösung erarbeitet worden; im Landesteil Westfalen-Lippe gebe es aber noch erhebliche Bedenken gegen das von den Pflegekassen vorgeschlagene Verfahren.

Dr. Holger Berg (Geschäftsführer des MDK Westfalen-Lippe) stellte fest, daß man in Westfalen die Meinung, die derzeitig praktizierte Verfahrensweise verstoße gegen das Gesetz, nicht teile. In den Richtlinien stehe, daß die Begutachtung entweder am Krankenbett oder nach kurzer Zeit nach Aufnahme in ein Heim möglich sei. Hingewiesen wurde von seiner Seite auch darauf, daß eine Begutachtung am Krankenhausbett zusätzliche Bindung von Personal bedeute. Die entsprechenden Aufträge müßten innerhalb von 24 Stunden erledigt werden. Würde man also das Verfahren der Begutachtung am Krankenhausbett generell einführen, müßten Gutachter auf Abruf bereitstehen, die in der Begutachtungsroutine mit rund zwei Wochen Vorlauf, nicht eingesetzt werden könnten.

Aus Sicht von Horst Vöge (SPD) war die Tatsache, daß die beiden MDK in bezug auf die Begutachtung nach Krankenhausaufenthalt unterschiedliche Verfahren praktizierten, nicht nachvollziehbar. Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, daß bei einer Verlagerung der Begutachtungspraxis bereits an das Krankenhausbett eine vermeidbare Unsicherheit der Betroffenen, der Angehörigen und der Träger ausgeschlossen werden könne. Einrichtungen hätten bei der Ausweisung der Pflegestufe die Schwierigkeit, ihre sozusagen in Vorleistung erbrachten Kosten in voller Höhe zu refinanzieren. Horst Radtke (SPD) sprach auch das Problem an, daß viele alte Menschen im Krankenhaus bei Antragstellung im Rahmen der Aufnahme in ein Pflegeheim aus seiner Sicht keine Chance hätten, weil diese Einrichtungen immer häufiger eine Begutachtung fordern müßten. Aus diesem Grunde sehe er auch eine Chancenungleichheit zwischen alten Menschen im Rheinland und in Westfalen-Lippe, die er für nicht gerechtfertigt halte. Wolfram Kuschke (SPD) wies aber darauf hin, daß es für eine Übergangszeit durchaus sinnvoll sein könne, zwei Verfahren zu erproben, wenn dies von allen Beteiligten mitgetragen würde. Auch er hielt es für entscheidend, daß für die Pflegebedürftigen keine Nachteile entstünden.

*Frank Schlichting*

*Die Ausstellungen „Sport ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen" und „Mit Schwung ins volle Leben — Behinderte machen Sport" des Landessportbundes in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportmuseum Köln und des Behinderten-Sportverbandes NRW hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 19. November im Landtag eröffnet. In seiner Begrüßung sagte der Präsident, in unserem Land trieben fünf Millionen Sport in einem der rund 20 000 Vereine. Ulrich Schmidt lobte die engagierte Arbeit des Landessportbundes NRW seit nunmehr 50 Jahren. Gleichzeitig freute er sich, mit einer eigenen Ausstellung auf die Bedeutung des Behindertensports aufmerksam machen zu können. Für die 90 000 Menschen im Behinderten-Sportverband sei Sport ein wichtiger Weg zur gesundheitlichen Rehabilitation. Zum Sport allgemein und zum Behindertensport nahmen anschließend LSB-Vorsitzender Richard Winkels, Frau Falk und Professor Lämmer Stellung. Das Rahmenprogramm gestalteten die Tanzformation des Behinderten-Sportverbandes NRW sowie Helmut Schulz und die Kinder des Düsseldorfer Turnvereins von 1847 und TD Rot-Weiß Düsseldorf. An der Eröffnung nahm auch Sportministerin Ilse Brusis (SPD) teil. Das Bild zeigt behinderte und nichtbehinderte Sportler bei gemeinsamem Tanz.* *Foto: Schälte*

*Das neugewählte Präsidium des Landessportbunds (LSB), an der Spitze LSB-Präsident Richard Winkels (r.), war zu Gast des Sportausschusses des Landtags mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden Heinz-Helmich van Schewick (l.). Der LSB-Präsident empfahl dabei der Rhein-Ruhr-Region, sich für die World Games 2005 zu bewerben. Da auf absehbare Zeit mit der Vergabe der Olympischen Spiele in die Rhein-Ruhr-Region nicht zu rechnen sei, sollte das Land NRW seine führende Rolle in der deutschen und europäischen Sportpolitik weiter ausbauen. Van Schewick und die „Sportfraktion" im Landtag befürworteten eine Bewerbung Nordrhein-Westfalens für die World Games. Wenn das Land die Kraft gefunden habe, Olympia auszurichten, gelte das auch für die politische Unterstützung bei der Einwerbung der nichtolympischen Weltspiele. Allerdings war man gemeinsam der Meinung, daß zunächst die entsprechenden Signale aus der Region kommen und die finanziellen Voraussetzungen stimmen müßten, um die Sache voranzubringen.* *Foto: Schälte*

# Geteilte Meinung über Ursachen für den Rückgang der Kriminalität

*Eine Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Klaus-Dieter Stallmann (CDU), den später der stellvertretende Ausschußvorsitzende Jürgen Jentsch (SPD) ablöste, hat in der zweiten Septemberhälfte eine Informationsreise in die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) unternommen, die die nordrhein-westfälischen Parlamentarier nach Washington D. C., New York und Boston führte.*

Erste Station war das Federal Bureau of Investigation (FBI) in Washington. Hier wurde der Einsatz von verdeckten Ermittlern und elektronischen Überwachungsgeräten im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel erörtert. Für den Einsatz von Abhörmikrofonen, verdeckter Emittler, für die Kronzeugeregelung und die Beschlagnahme von Vermögen, beweglichen und unbeweglichen Sachen gibt es gesetzliche Regelungen.
Eine bevorstehende Beschlagnahme muß öffentlich bekanntgemacht werden. Verdeckte Ermittler können ebenso vom Bundeszollamt, der Steuerfahndung, dem Militär, vom Geheimdienst und der DEA (Drug Enforcement Administration) eingesetzt werden. Ein verdeckter Ermittler kann sich an geringfügigen Straftaten beteiligen, nicht jedoch an Delikten mit Todesfolge. Die Tat muß immer in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen, darf nur gemeinschaftlich mit den zu beobachtenden Tätern begangen werden und muß in der jeweiligen Situation unvermeidbar sein.
Eine elektronische Überwachung muß im Einzelfall richterlich genehmigt werden. Anschließend ist der zuständige Bundesrichter ständig über den Stand der Ermittlungen, die Notwendigkeit der Fortführung sowie über vorliegende Ergebnisse zu unterrichten. Wenn sonstige Mittel — auch das Abhören von Telefongesprächen — ausgeschöpft wurden, aber zu keinem Ergebnis geführt haben, kann die elektronische Überwachung beantragt, muß dabei aber ausführlich und plausibel begründet werden. Besonders erfolgreich sind die sonstigen Überwachungsmaßnahmen in Verbindung mit einem großen Lauschangriff.
Die DEA arbeitet mit mehr als 3700 Spezialagenten und über 400 Chemikern, Analytikern und Sachverständigen. Ihre Operationsgebiete reichen über Europa, Zentral- und Südamerika bis in den fernen Osten. Dort unterhält die Behörde in vielen Städten Kontaktbüros. Neue werden vor allem im Gebiet der früheren Sowjetunion eröffnet. Die DEA ist zuständig zur Verfolgung von Verstößen gegen die Drogengesetze und damit auch zur Überwachung des Arzneimittelhandels (Narkotika). In Zusammenarbeit mit 72 Ländern verfolgt sie die großen Dealer, tauscht Daten über neue Erkenntnisse und Ermittlungserfolge aus, unterhält eine Ausbildungseinheit in Quantiko, in der Mitarbeiter darauf geschult werden, in anderen Ländern die dort zuständigen Behörden im Kampf gegen den Drogenhandel zu unterstützen. Dort werden auch Alternativprogramme angeboten, um den Anbau von Hanf und Kokain zu verdrängen. Ferner dienen Erziehungsprogramme der Verhinderung von Sucht.
Der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im Metropolitan Police Department erläuterte die Organisation, Einstellungsvoraussetzungen, Ausbildungswege, Beförderungschancen, die gleichwertigen Berufschancen von Frauen bei der Polizei, den Einsatz der freiwilligen Polizisten sowie der Hilfsdienste. Bei den freiwilligen Cops handelt es sich um unbezahlte, ehrenamtlich tätige Zivilisten, die ihre Freizeit für zwölf bis 16 Stunden pro Monat in den Dienst der Polizei stellen. Sie sind unbewaffnet, dürfen s. o. Schlagstöcke tragen, begleiten Polizisten bei der Streife, fahren in Fällen der Kleinkriminalität oftmals auch selbst zum Tatort, um Zeugen zu befragen. Sie helfen bei der Aufklärung gewaltloser Straftaten. Bei den Hilfsdiensten (Auxiliary-Services) werden unter anderem Pensionäre und Studenten beschäftigt, die über Fachkenntnisse (Betriebswirtschaft, Management, Informatik und Computertechnik) verfügen. Dabei sammeln die Studenten Berufserfahrung, die nach Abschluß des Studiums der eigenen Berufsfindung nützt. Die Behörde beschäftigt insgesamt 2700 Polizeibedienstete.
ADA (Americans for Democratic Action) ist eine Lobbyorganisation gegenüber Kongreß, Senat, Länderparlamenten und Stadträten. Weil ADA neutral vorgeht und keine bestimmten Bevölkerungsgruppen im Auge hat, wird die Organisation von den Medien geschätzt. Die Mitglieder sind 50 Jahre und älter; für die Jüngeren — insbesondere Studenten — besteht die JDA (Jouth for Democratic Action). ADA unterstützt eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzsicherung, Verbesserung des Lebensstandards und eine gerechte Vermögensverteilung verfolgt. Die Organisation nimmt Einfluß auf das öffentliche Leben und auf die Politik, sie berät Kongreßmitglieder, Regierungsvertreter und Politiker.
Beim Thema Polizei und Minderheiten ging ADA auf Distanz. Sie hält die Senkung der Kriminalitätsrate in Boston und New York für sehr fragwürdig, weil immer häufiger der Polizei Fehlverhalten und Gewalttätigkeit vorgeworfen wird. Die verfassungsmäßigen Rechte der Menschen würden verletzt, weil die Politik und damit der Gesetzgeber der Polizei zuviel Handlungsfreiheit einräumen. Den Polizeibediensteten, von denen in New York 70 und in Boston 85 Prozent weißer Hautfarbe sind, fehle oft die Sensibilität im Umgang mit den Problemen ethnischer Minderheiten.
In Boston führte die Delegation Informationsgespräche mit Repräsentanten des Bundesstaates Massachusetts, der Polizei Boston, der Harvard Universität und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens über Fragen der inneren Sicherheit, vor allem über Ursachen der Jugendkriminalität, Verbrechensbekämpfung in städtischen Wohngebieten, Rehabilitierungs- und Erziehungsmaßnahmen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand das erfolgreiche Modell des „Neighbourhood Policing".
Secretary Kathleen O'Toole, Innenministerin des Bundesstaates Massachusetts, befürwortete mit Nachdruck eine Politik zur Vermeidung eines „environment of disorder". Sie legt Wert auf Strafverhinderung und Wiedereingliederung. Schulungs- und Bildungsprogramme sollen helfen. Mit Sport, Musik, Theater, Kunst und Computerlehrgängen sollen Kinder und Jugendliche von den Straßen ferngehalten und sinnvoll beschäftigt werden. So sei, seitdem Kinder verstärkt über Brandschutz und die Folgen von Bränden aufgeklärt werden, die Zahl der Brandstiftungen zurückgegangen. Der Staat solle nicht nur auf Straftaten reagieren, sondern Anfänge und Ursachen bekämpfen.
Professor Frank Hartmann erläuterte zwei Projekte zur Einwirkung auf jugendliche Straftäter durch erzieherische Maßnahmen, die vom Criminal Justice Center der Harvard University im Zusammenwirken mit den zuständigen Behörden der Stadt Lowell durchgeführt werden. Nach Hartmanns Worten habe sich das traditionelle System der Reaktion nicht bewährt. Es müßten Wege gefunden werden, in das Leben der Kriminellen einzudringen. Besonders wirksam sei dabei eine richterliche Anordnung, nach 19 Uhr das Haus nicht mehr zu verlassen. Sich nur noch unter polizeilicher Aufsicht bewegen zu dürfen, sei demütigend

(Fortsetzung Seite 18)

*Vor dem Gebäude des FBI in Washington Aufstellung genommen: die Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung und ihre Begleitung, in der Bildmitte Ausschußvorsitzender Klaus-Dieter Stallmann (CDU).*

# Weiterentwicklung der Fachhochschulen bringt viel Diskussionsstoff mit sich

*„Gleichwertig, aber andersartig" — unter diesem Motto stehen die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen des Landes. Zu einem entsprechenden fraktionsübergreifenden Beschluß des Landtags vom 29. Januar 1997 hat das Wissenschaftsministerium (MWF) vor kurzem einen Bericht vorgelegt, der bei der ersten Erörterung im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung am 13. November von allen drei Fraktionen als solide Grundlage für die weiteren Beratungen gelobt wurde.*

Sprecher der Fraktionen benannten die möglichen Schwerpunkte und die strittigen Fragen, die in dieser perspektivischen Debatte eine Rolle spielen werden. Dietrich Kessel (SPD) meinte zur Erweiterung des Fächerspektrums, daß sich hier auf mittlere Sicht zwischen FH und Universität kaum noch Differenzen ergeben, „da steckt Musik drin" — was der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU, Manfred Kuhmichel mit der Bemerkung quittierte: „So ist es." Einen weiteren Ansatzpunkt sah Kessel in der, wie er es formulierte, „Blockadehaltung" der wissenschaftlichen Hochschulen in der Frage der Promotion für „besonders geeignete FH-Absolventen und -absolventinnen", die dazu keinen universitären Abschluß vorweisen müssen. Manfred Kuhmichel (CDU) wies auf die fortdauernde Benachteiligung der FH-Absolventen durch das öffentliche Dienstrecht hin: Die Innenministerkonferenz habe noch jüngst den Zugang von FH-Absolventen zum höheren Dienst generell abgelehnt — ob hier nicht eine nordrhein-westfälische Initiative Abhilfe schaffen könne. Zu dem im MWF-Bericht erhobenen Vorwurf, der räumliche Ausbau der FH werde durch die schleppende Bundesbeteiligung hinausgezögert, verlangte er vom Ministerium detaillierte Angaben, um diesen Vorwurf anhand konkreter Projekte im Lande nachzuweisen.
Die Ausschußvorsitzende Ingrid Fitzek (GRÜNE) erklärte, für ihre Fraktion sei bei allen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft der Aspekt der Durchlässigkeit entscheidend: Die Kooperation zwischen den einzelnen Hochschultypen müsse verbessert werden, etwa durch die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge oder durch die gemeinsame Nutzung der am Ort vorhandenen Infrastruktur. Bei den Berufungsvoraussetzungen für Hochschullehrer regte sie an, den Qualifikationsbegriff sehr weit zu fassen. Auch Fitzek sprach sich für eine Initiative in Sachen Dienstrecht aus; über Schritte dazu sollten sich die Obleute der Fraktionen in Kürze verständigen.
Begonnen hat die Sitzung mit einer von der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde, in der nach der Ausbildungsplatzsituation an den Hochschulen gefragt wurde. Die sei im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert worden, teilte die Ministerin mit. Das Angebot an Ausbildungsplätzen nach dem Berufsausbildungsgesetz habe um 9,3 Prozent zugenommen, auch in den Medizinalfachberufen habe man eine leichte Steigerung zu verzeichnen. Hier stünden 1 217 Plätze zur Verfügung, während in den Berufen nach dem Berufsausbildungsgesetz derzeit 1934 junge Menschen ausgebildet würden. Ein besonderes Lob zollte Brunn der Technischen Hochschule (RWTH) Aachen, bei der über 560 Auszubildende beschäftigt würden, das seien immerhin 30 Prozent aller Auszubildenden an den Hochschulen des Landes. Die Ministerin: „Ich habe dieses sehr erfreuliche Ergebnis zum Anlaß genommen, mich für diese gute Entwicklung beim Rektor der RWTH und seinen Mitarbeitern ausdrücklich zu bedanken." Abgeordnete schloßen die Erwartung an, daß (auch wenn nur jeder vierte nach Abschluß seiner Ausbildung übernommen werden könne) die Hochschulen angesichts der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt ihre Anstrengungen auch im kommenden Jahr fortsetzen und noch einmal verstärken werden.

## „Gasthörer"

In Ihrer Berichterstattung zur Weiterbildungskonferenz in Soest (Landtag intern Nr. 16 vom 28.10.1997) ist Ihnen ein kleiner, aber nicht unwichtiger Fehler unterlaufen. Die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler, hat nicht die Behauptung aufgestellt, daß 40 Prozent der Teilnehmer an der nordrhein-westfälischen Weiterbildung außerhalb des Landes wohnten. Sie wies lediglich darauf hin, daß das Weiterbildungsgesetz theoretisch eine solche Zahl zulasse. Flächendeckende Erhebungen zu dieser Frage gibt es nicht — die Analyse einzelner Angebotsbereiche läßt vermuten, daß die Quote der Nicht-Nordrhein-Westfalen eher unter zehn Prozent liegt.

[redacted]

Wir zitieren zur Verdeutlichung die Passage aus der Rede der Ministerin im Wortlaut des Protokolls: „Wenn ich höre, daß in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aller Heimvolkshochschulen Deutschlands angesiedelt ist, stellt sich natürlich die Frage danach, ob das in diesem Umfang als Landesaufgabe definiert werden kann. Wir müssen sicher auch in diesem Zusammenhang bedenken, daß bis zu 40 Prozent der Teilnehmertage auf Personen entfallen dürfen, die nicht in Nordrhein-Westfalen wohnen und arbeiten. Allerdings sind die besonderen Bedingungen von Heimvolkshochschulen und ihrer pädagogischen Arbeit auch aus meiner Sicht zu berücksichtigen."

*Die Redaktion*

## Geteilte Meinung ...

(Fortsetzung von Seite 17)
und daher heilsam. Das sei Teil des „Boston Projects". Die gewalttätigen jungen Delinquenten werden auch zu Gesprächen mit Sozialarbeitern und Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt eingeladen. Sie werden in Beruf und Freizeit unter Beobachtung gestellt, Familienangehörige werden über die Maßnahmen informiert, die Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt. Die vom Senat des Staates Massachusetts beschlossene Wiedereinführung der Todesstrafe hielt er für den falschen Ansatz.
Dritte und letzte Station der Informationsreise war New York City. Hier hat die neue Politik des „Community policing" auch durch verstärkte präventive Arbeit deutliche Erfolge gebracht. So werde jetzt die Kleinkriminalität entschieden ins Visier genommen, ungebührlicher Lärm, Graffiti-Schmierereien und der Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit würden rigoros bekämpft. Bei dieser Gelegenheit könnten oft schwere Vergehen aufgeklärt werden. Zugegeben wurde, daß durch diese neue Strategie der Drogenhandel von der Straße in geschlossene Räume, von New York City in die Vororte und angrenzende Gebiete verlagert worden sei.
Den Rückgang der Kriminalität hielt Jo Dixon, Professorin an der Strafrechtsfakultät der New York University — Fachbereich Soziologie — nicht für so drastisch. Sie kritisierte, daß sich immer häufiger jugendliche Delinquenten vor einem Strafgericht für Erwachsene verantworten müßten. Die Sozialarbeit mit dieser Tätergruppe werde in den USA immer bedeutungsloser. Die Kriminalisierung des Drogenmißbrauchs werde immer mehr verstärkt, Methadonprogramme und Therapie würden vernachlässigt. Das preiswerte Programm „saubere Nadel" käme nur noch in wenigen Bundesstaaten zur Anwendung. „Community policing" hält Jo Dixon zwar für sinnvoll. Da die Bevölkerung aber Gewaltdelikte am meisten fürchtet, sollte sich die Politik darauf konzentrieren und nicht auf die Ahndung von Verstößen gegen die Lebensqualität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Zuwachs der Gefängnispopulation durch Täter, die keine Gewaltverbrechen begingen, sei besorgniserregend.
Der „große Lauschangriff" stand im Mittelpunkt der Diskussion mit Mitgliedern der Richtervereinigung. Bei den telefonischen Abhörmaßnahmen bereitet der Polizei das „geklonte Telefon" noch größere Schwierigkeiten als das Handy, weil sich hier ein Täter eines fremden Anschlusses auf Kosten einer dritten Person bedient. Drogenhändler der kolumbianischen Zellen zum Beispiel benutzen mit Vorliebe das Einmal- oder Wegwerftelefon. Der abhörende Polizeibeamte darf keine Privatgespräche aufzeichnen, die nicht auf die Vorbereitung oder Durchführung einer Straftat schließen lassen. Die Verdächtigen oder deren Verteidiger sind unmittelbar nach Abschluß der Abhörmaßnahme zu unterrichten, die Bänder unverzüglich zu versiegeln.
Nach Ansicht von Professor Nadelman, Präsident der Lindesmith Foundation, muß die Gesellschaft lernen, mit den Drogen umzugehen, so wie sie auch lernen mußte, mit dem Auto oder mit Waffen zu leben. Die Forderung nach einer drogenfreien Gesellschaft, die es nie gegeben habe, sei kontraproduktiv, kostspielig, töricht, nicht glaubwürdig und in gewisser Hinsicht sogar gefährlich. Es sei sinnvoller, Alternativprojekte mit dem Ziel einer Schadensbegrenzung zu entwickeln und damit die sowohl negativen Folgen des Drogenkonsums als auch der -bekämpfung zu mindern. Erfolgreich seien die „Aktion saubere Nadel" und Methadonprogramme mit dem Ziel, die Süchtigen so weit zu entwöhnen, daß sie zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft würden, die keine anderen Drogen mehr brauchen. Bei allen Maßnahmen sei die Menschenwürde in den Mittelpunkt zu stellen.

In der Bayerischen Börse stellte Geschäftsführer Heinz W. Schmitt sein Haus als älteste Börse in Deutschland vor, mit Ursprüngen ihrer Vorläuferin, der Augsburger Börse, bis in das Jahr 1479. München ist nach Frankfurt und Düsseldorf der drittgrößte Börsenplatz in Deutschland. Im Jahr 1996 betrug der Umsatz 358 Milliarden Mark. Damit erzielte München 3,97 Prozent der Umsatzanteile der acht Wertpapierbörsen. Rund die Hälfte der inländischen Aktienemittenten haben ihren Sitz in Bayern. Mit 15 Prozent des Umsatzes ist der Freiverkehr in München das dritte Standbein. In München handeln 84 Kreditinstitute, 17 Freimakler und acht Kursmakler an der Börse.

„Enttäuschung ist die Befreiung von der Täuschung", faßte Schmitt die Erfahrungen mit dem Kooperationsvertrag mit der Frankfurter Börse und den Börsen Düsseldorf und Berlin zusammen, der die Erwartungen der Regionalbörsen nicht erfüllt habe. Obwohl durch das einheitliche Orderbuch, das sogenannte Dach-Skontro, ein einheitlicher Kurs an allen deutschen Börsen sichergestellt sei, empfählen die Banken nicht verstärkt die Regionalbörsen, sondern tätigten die Umsätze nach wie vor an der Frankfurter Börse. Die Verkürzung der Handelszeiten wirke sich nachteilig für die Regionalbörsen aus. Ihre Beteiligung am neuen elektronischen Handelssystem XETRA sollte im 3. Finanzmarktförderungsgesetz festgeschrieben werden.

Als Möglichkeiten der Regionalbörsen stellte Heinz W. Schmitt vor: den Ausbau des Freiverkehrs durch den Prädikatsmarkt, Aktivitäten in neuen Handelsbereichen, die Entwicklung von noch nicht handelbaren Finanzprodukten sowie die Wagnisfinanzierung. Eine stärkere Aufgabenteilung der Regionalbörsen in diesen neuen Entwicklungsfeldern könnte sich positiv auswirken, da neue Produkte und Geschäftsfelder sehr beratungsintensiv seien und Spezialisten erforderten.

Der Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Dr. Otto Wiesheu, teilte die Kritik des Börsengeschäftsführers am Kooperationsvertrag. Ein ernsthafter Wille zur Zusammenarbeit sei nicht erkennbar. Da die Frankfurter Börse bereits über internationale Allianzen, z. B. mit Paris und Zürich nachdenke, störten die Regionalbörsen nur. Dennoch haben sie nach Ansicht von Wiesheu Chancen bei speziellen Wertpapierprodukten, ausländischen Werten und bei Papieren kleiner und mittlerer Unternehmen, die an den großen Börsen keine Beachtung finden. Da in Zukunft Wertpapierfonds zunehmend wichtiger würden, müßten diese steuerlich mit anderen Formen der Daseinsvorsorge gleichgestellt werden. Bayern habe dazu eine Bundesrats-Initiative vorgelegt. Weiterhin verwies der Minister auf ein Zehn-Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Heranführung mittlerer Unternehmen an den Kapitalmarkt und zur Stärkung des Finanzplatzes Bayern.

Peter Bensmann (CDU) fragte, ob es nicht Aufgabe der Banken sei, Emittenten zu beraten. Winfried Schittges (CDU) interessierte sich für neue Strategien, Geldanleger für Wertpapieranlagen zu interessieren und Hans Kern (SPD) ging auf die Unterschiede zwischen Deutschland und den USA ein. Dr. Wiesheu antwortete, die Banken betrieben vorrangig Kreditfinanzierung und weniger Eigenkapitalakquisition. Das sei im deutschen Universalbankensystem begründet.

*Im Münchner Maximilianeum, dem Sitz des Bayerischen Landtags, diskutierten die „Haushälter" aus Düsseldorf mit dem Finanz-Staatssekretär Alfons Zeller (CSU, l.) und dem SPD-Mitglied des Haushaltsausschusses Herbert Franz (r.); die Vorsitzenden der beiden Landtagsausschüsse für Haushalt und Finanzen Leo Dautzenberg (CDU, 2. v. l.) und Ernst Michl (CSU, 2. v. r.) leiteten die Aussprache.*

## Haushaltsausschuß in München und Stuttgart

# Länderfront für Chancen der Regionalbörsen

*Eine Delegation des Haushalts- und Finanzausschuß mit Ausschußmitgliedern von SPD und CDU informierte sich unter Leitung des Vorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU) in München und Stuttgart über die Situation der Regionalbörsen, die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und Wege zur Begrenzung der Schulden.*

In den USA mit seinem Trennbankensystem hätten sich Banken darauf spezialisiert, Firmen „börsenreif" zu machen. Der Prädikatsmarkt München sei darauf ausgerichtet.

Bei Gesprächen mit dem Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland ging es wieder um die Börse. Auch die bayerischen Abgeordneten äußerten fraktionsübergreifend Kritik an der Frankfurter Börse und dem Kooperationsvertrag. Einigkeit bestand darin, daß die Parlamente in den Beratungen zum 3. Finanzmarktförderungsgesetz Einfluß auf Bundestag und Bundesrat im Sinne der Regionalbörsen nehmen sollten. Die Möglichkeiten, mit osteuropäischen Börsen zu kooperieren, müßten ausgelotet werden. In Deutschland sollte, wie in den USA ein börsenübergreifender Handelsverbund eingeführt werden, damit Orders dort ausgeführt werden können, wo der beste Preis zu erzielen ist. Die Einführung des EURO sei für die Zukunft der Regionalbörsen von Bedeutung. Wenn die Bundesbank dann ihr Geschäft mit Rentenpapieren stärker zentralisiere, gehe das auch zu Lasten der Regionalbörsen. Die bayerischen Abgeordneten verwiesen auf ihre Parlamentsanträge zur Stärkung der Münchener Börse. Die Ausschußvorsitzenden Franz Ihle (CSU) und Leo Dautzenberg (CDU) regten einen regelmäßigen Meinungsaustausch der Fachausschüsse in den Länderparlamenten an.

Zu Beginn des vom Vorsitzenden Ernst Michl (CSU) geleiteten Gesprächs mit dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen erläuterte Staatssekretär Alfons Zeller (Bayer. Finanzministerium) das von Bayern und Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des geltenden Länderfinanzausgleichs von Professor Arndt. Ein Länderfinanzausgleich, bei dem die finanzstarken Länder wie z. B. Nordrhein-Westfalen vom fünften auf den 14. Platz der Finanzkraft aller Länder fallen, könne nicht mehr gerecht sein. Leo Dautzenberg (CDU) bekräftigte, für die finanzstarken Länder müsse sich Leistung wieder lohnen. Durch die Schieflage im Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen könne NRW seine Neuverschuldung nicht zurückführen. Reinhold Trinius (SPD) hielt das Gutachten für ein politisches Instrument, um im Verhandlungswege zu Lösungen zu kommen, die allen Seiten gerecht würden. Johannes Strasser (SPD) meinte, es dürfe keine Diskussion geben, die auf eine Konfrontation von SPD- zu CDU-geführten Ländern hinauslaufe, sondern es gehe um alle Zahlerländer, die sich ungerecht behandelt fühlten. Dr. Otmar Bernhard (CSU) vertrat die Auffassung, mit dem Länderfinanzausgleich sei auch die Frage der Länderneugliederung angesprochen. Ausschußvorsitzender Michl stellte Übereinstimmung zwischen NRW und Bayern in dieser Frage fest und betonte, zunächst solle versucht werden, auf dem Verhandlungswege eine gerechtere Lösung zu erreichen. Eine Klage könne nur das letzte Mittel sein.

Zum Thema „Wege zur Begrenzung der Staatsverschuldung" stand der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion des Landtags NRW zur Debatte, der den bayerischen Kollegen vorab übersandt worden war. Vorsitzender Leo Dautzenberg erläuterte, in der öffentlichen Anhörung im vergangenen Jahr habe sich gezeigt, daß die Definition des Investitionsbegriffs eine zentrale Frage sei. Reinhold Trinius (SPD) betonte, die Landesregierung in NRW achte darauf, daß die Neuverschuldung nur für unabweisbare Aufgaben wie z. B. Arbeitsmarktprogramme in Anspruch genommen würde. Für Engelbert Kupka (CSU) verhält sich der Staat prozyklisch, wenn er bei schlechter Wirtschaftslage Zuschüsse kürzt und damit das Problem verschärft.

In Stuttgart berichteten die NRW-Abgeordneten ihren Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuß von den Gesprächen in Bayern. Die Baden-Württembergische Wertpapierbörse ist keine Kooperationsbörse und hat drei Prozent Anteil am Gesamtumsatz aller deutschen Börsen. Die Stuttgarter Börse nahm seit Juli 1997 ebenfalls am Dach-Skontro teil, habe jedoch aufgekündigt, weil sich für die umsatzstärksten Werte eine Verkürzung der Handelszeiten ergeben habe, teilte der Staatskommissar mit. Die Auswirkungen dieses Schrittes auf die Umsätze müßten abgewartet werden. Er zeigte sich zuversichtlich, daß Stuttgart mit einer Ni-

(weiter nächste Seite)

## Kommunale Spitzenverbände zur Finanzlage

# Hilfe vom Verfassungsgericht erhofft Land soll seinen Pflichten nachkommen

*In der von Friedrich Hofmann (SPD) geleiteten öffentlichen Anhörung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 am 5. November kritisierten die Vertreter der Spitzenverbände, ihre schriftlichen Stellungnahmen ergänzend (Zuschriften 12/1541, /1542,- /1534 und /1535), immer mehr Sondertöpfe und forderten statt dessen eine höhere Schlüsselmasse.*

Joachim Barbonus (Städtetag) erwähnte die Verfassungsbeschwerde, mit der sich die Stadt Gelsenkirchen bestätigen lassen wolle, daß nicht kommunale Fehlentscheidungen für die desolate Finanzlage ursächlich sei, und fragte, ob das Land seinen Pflichten zu ausreichendem Finanzausgleich nachkomme. Ein vorbereitendes Gutachten befinde das GFG 1996 bereits für verfassungswidrig. Stadtpolitik sei zu teuer geworden. Optimallösungen müßten überdacht und durch Lösungen zweiter Wahl ersetzt werden. 1998 müßten die Schlüsselzuweisungen deutlich aufgestockt, auf einen Strukturfonds mit Zweckzuweisungen verzichtet und die vielen Sonderdotierungen abgebaut werden. Beim Schüleransatz fehle noch die optimale Lösung. Neue Regelungen bei der Haushaltssicherung enthielten teils Lockerungen, teils härtere Zügel.

Dr. Bernd Jürgen Schneider (Städte- und Gemeindebund) stellte fest, rund 220 Gemeinden könnten ihren Haushalt strukturell nicht ausgleichen, die Deckungslücken 1997 würden über eine Milliarde Mark ausmachen, die Sozialhilfe bleibe ein finanzpolitischer Sprengsatz. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber blieben dennoch zwei Jahre im Land, wofür die Kommunen allein im Verbandsbereich 220 Millionen Mark aufbringen müßten. Auch bei Bürgerkriegsflüchtlingen laufe die Finanzierung aus. Härtefallregelungen seien für Gemeinden mit geschlossenen Kasernen nötig. Kurorte in Westfalen hätten riesige Probleme. Der Effekt der Entwicklungshilfe-Zuweisungen sei fragwürdig. Sondertöpfe sollten aufgelöst werden.

Dr. Franz Krämer (Landkreistag) rechnete vor, 63 Prozent der Ausgaben der Kreise seien für Soziales belegt und bat angesichts erwarteter rückläufiger Steuereinnahmen, die Schlüsselmasse nicht zu kürzen, sondern höchstens die Investitionspauschale. Udo Molsberger (Landschaftsverbände) beklagte unerwartete Kürzungen der Schlüsselzuweisungen durch den Nachtragshaushalt 1997 und nicht erfüllte Erwartungen bei der Entlastung durch die Pflegeversicherung. Landesmittel bei Investitionen in Pflegeeinrichtungen müßten sichergestellt werden. Beim Pflegewohngeld zeige sich erheblicher Fehlbedarf. Bei Jugendhilfe für asylbegehrende Ausländer drohten Leistungspflichten an von auswärts einreisende Personen.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Walter Grevener (SPD), Ewald Groth (GRÜNE) und Albert Leifert (CDU) wiesen die Sprecher auf die Garantenstellung des Landes hin, ohne die Gemeinden ihren Kreditbedarf überhaupt nicht decken könnten. Verfassungsrang gewinne mehr und mehr die Bindung der GFG-Mittel an die Ausgaben des Landes. Maßgeblich müßten eigentlich die Einnahmen sein.

## Haushalt 1998: Strikte Ausgaben-Disziplin

## Ergänzung zum Etatplan des Landes angekündigt

*Mit der Veräußerung des Landesanteils am Düsseldorfer Flughafen beschäftigte sich der Haushalts- und Finanzausschuß unter der Leitung von Leo Dautzenberg (CDU) am 13. November ausführlich. Weitere Themen waren der zweite Beratungsdurchgang des Haushaltsplanentwurfs 1998, die Auswirkungen der neuen Steuerschätzung und die Umsatzbesteuerung kassenzugelassener Sprachheilpädagogen/-innen.*

Staatssekretär Jörg Bickenbach aus dem Wirtschaftsministerium erläuterte den Abgeordneten auf Antrag der CDU-Fraktion das Verfahren bei der Veräußerung des Landesanteils am Flughafen Düsseldorf. Die Entscheidung sei für ein anglo-amerikanisches Verkaufsverfahren gefallen, das sehr starke Wettbewerbskomponenten enthalte, um für das Land Nordrhein-Westfalen das bestmögliche Ergebnis erzielen zu können. Alle Verfahrensschritte seien dokumentiert und von zwei, auch auf amerikanisches Recht spezialisierten, Anwaltskanzleien auf Rechtmäßigkeit überprüft worden. Der Firma Harpen sei der Status des bevorzugten Bieters wieder entzogen worden, weil sie nicht zu Nachbesserungen ihres Angebotes innerhalb einer gesetzten Frist bereit war. Dies sei nach dem erläuterten Verfahren möglich. Weitere Einzelheiten des geplanten Verkaufs erfuhren die Abgeordneten in vertraulicher Sitzung.

In der zweiten Beratungsrunde zum Haushalt 1998 ging es um die Ergebnisse der Steuerschätzung von Anfang November. Laut Staatssekretär Gerlach (Finanzministerium) sei für NRW 1997 mit Mindereinnahmen in Höhe von 1,8 Milliarden Mark und für 1998 in Höhe von 2 Milliarden Mark zu rechnen. Auf die Frage von Helmut Diegel (CDU), ob das Finanzministerium nicht — wie in anderen Ländern und im Bund bereits geschehen — eine Haushaltssperre für 1997 verhängen wolle, erläuterte Gerlach, durch die bereits vor Inkrafttreten des Nachtragshaushaltsplans im Frühjahr des Jahres verhängte Sperre seien jetzt keine sinnvollen Ergebnisse mehr zu erzielen. Das Finanzministerium setze auf eine weitere strikte Ausgabendisziplin der Ressorts; soweit dann noch erforderlich, sollten noch bestehende Kreditermächtigungen ausgeschöpft werden. Um die erwarteten Mindereinnahmen für 1998 auszugleichen, werde das Kabinett am 25. November 1997 eine Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 1998 verabschieden. Vorsitzender Leo Dautzenberg kritisierte den Zeitplan, denn damit sei eine Beratung in den Fachausschüssen nicht mehr möglich.

Zu der Problematik, ob bei den sog. „Bankenfällen" wegen Arbeitsüberlastung der Steuerfahndung und der Staatsanwaltschaften Verjährung drohe, berichteten ausführlich Vertreter des Justiz- und des Finanzministeriums. Die Verjährung betrage grundsätzlich fünf Jahre. Diese Frist beginne mit der Bestandskräftigkeit des Steuerbescheides, in dem die Einnahmen hätten angegeben werden müssen. Durch richterliche Maßnahmen wie Durchsuchungen könne die Frist bis auf zehn Jahre verlängert werden. Im Bereich der Staatsanwaltschaften würden zur Zeit 3 000 —4 000 Verfahren gegen Haupttäter bearbeitet. Nach Ansicht des Justizministeriums drohe in diesen Fällen zur Zeit keine Verjährung, auch wenn die Staatsanwaltschaften dadurch sehr belastet seien. Auf die Nachfrage von Peter Bensmann (CDU), ob die Banken, die noch nicht untersucht wurden, Unterlagen vernichten könnten, betonte der Vertreter des Justizministeriums, vorsorgliche Untersuchungen seien nicht möglich; dazu sei ein konkreter Anfangsverdacht notwendig. Das Finanzministerium ergänzte, die Steuerfahndung sei nicht durch Personalmangel daran gehindert, z. B. Durchsuchungen vorzunehmen. Bei der Abarbeitung der Fälle könnte es wegen der Arbeitsbelastung Probleme geben. Eine weitere Personalaufstockung sei jedoch schwierig, da als Steuerfahnder erfahrene Beamte und Beamtinnen benötigt würden, die zunächst in anderen Bereichen der Finanzverwaltung Erfahrungen gesammelt haben müßten.

# Länderfront...

(Fortsetzung von Seite 19)
schenfunktion überleben könne.

Nach Ansicht der baden-württembergischen Abgeordneten müßten die Vorteile einer verstärkten Zusammenarbeit herausgearbeitet werden. Auch in Zukunft werde der Präsenzhandel für Nebenwerte interessant bleiben. Die Abgeordneten beider Länder waren sich einig, daß ein kontinuierlicher länder- und fraktionsübergreifender Meinungsaustausch zu dieser Thematik sinnvoll sei.

Der Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes, Landtagsmitglied Heinrich Haasis (CDU), berichtete von Fusionsüberlegungen. Der Württembergische Sparkassen- und Giroverband betreue 24 Kreissparkassen mit einer Bilanzsumme von 165 und der Badische Verband 57 Bezirkssparkassen mit 106 Milliarden Mark Bilanzvolumen. Die durchschnittliche Bilanzsumme der Sparkassen in Württemberg betrage rund sechs, gegenüber zwei Milliarden Mark im bundesdeutschen Durchschnitt. *Silvia Winands*

## Europa-Ausschuß

# Osterweiterung, Strukturhilfen, EU-Agrarpolitik

*Die „Agenda 2000" zum künftigen Finanzrahmen der EU war eines der Hauptthemen, mit denen sich der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik am 20. Oktober beschäftigte. Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Manfred Dammeyer, berichtete über die Vorschläge der EU-Kommission zur Umgestaltung der Struktur- und Agrarpolitik sowie über die Erweiterung der Union.*

Bezüglich der Osterweiterung habe sich die Kommission für Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern ausgesprochen. Beitrittsanträge lägen außerdem von Rumänien, der Slowakischen Republik, Lettland, Litauen, Bulgarien und der Türkei vor, sagte der Minister. Allerdings handele es sich bei der Türkei um einen Sonderfall. Für alle beitrittswilligen Staaten habe die Kommission festgestellt, daß gegenwärtig keiner der Beitrittskandidaten in der Lage sei, den gemeinsamen Besitzstand der EU zu übernehmen. Einige Staaten hätten jedoch mittelfristig gute Chancen, sich entsprechend zu entwickeln. Eine verstärkte Heranführungsstrategie solle helfen, die jetzt identifizierten Mängel in den einzelnen Politikbereichen zu beseitigen.

Die Heranführungsstrategie der EU konzentriere sich auf den Aufbau von Institutionen und Verwaltungen sowie auf die Ausbildung von Fachleuten in den Beitrittsländern. Auch würden Anpassungshilfen für Unternehmen an die Gemeinschaftsnormen vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitsbedingungen, Verkehr, nukleare Sicherheit, Energie, Vermarktung von Nahrungsmitteln und der Kontrolle der Produktionsprozesse gewährt, berichtete Minister Dammeyer. Hilfestellungen gebe die Union aber auch bei der Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Umstrukturierung der Industrie sowie beim Aufbau der Verkehrsinfrastruktur.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung müsse die Europäische Union jedoch auch ihre innere Reform voranbringen. Die Agenda 2000 befasse sich deshalb grundsätzlich mit der Neustrukturierung der Ausgabenseite des EU-Haushalts, erklärte Minister Dammeyer. Eine endgültige Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission, besonders bei der Neuordnung der Struktur- und Agrarpolitik, sei jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, da sowohl die EU-Ebene als auch die Bundesregierung und die Länderregierungen sich gegenwärtig in einem Diskussionsprozeß befänden, um die jeweiligen Positionen festzulegen.

Für die Zukunft halte die Kommission den Anteil der Strukturfonds am steigenden Bruttosozialprodukt der EU von 0,46 Prozent für ausreichend, um im Zeitraum von 2000–2006 sowohl die Strukturpolitik im Bereich der jetzigen 15er Gemeinschaft als auch in den neuen Mitgliedstaaten sowie die Hilfen zur Vorbereitung des Beitritts zu finanzieren. Vorausgesetzt werde hierfür ein EU-weites Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent pro Jahr.

Vorgesehen sei außerdem eine Verringerung der Ausgaben für die 15 gegenwärtigen Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2002 um jährlich etwa eine Milliarde ECU. Die Strukturhilfemittel für die neuen Mitgliedstaaten sollen hingegen jährlich um zwei Milliarden ECU bis zum Jahre 2006 angehoben werden. Allerdings seien Übergangsregelungen für die bisherigen Mitgliedstaaten vorgesehen.

Im Bereich der Agrarpolitik empfehle die Kommission eine Vertiefung und Fortführung der bereits 1992 begonnenen Reformmaßnahmen durch eine stärkere Weltmarktorientierung in Verbindung mit Direktzahlungen sowie die Entwicklung hin zu einer kohärenten Politik für den ländlichen Raum. Im Hinblick auf eine bessere Einbeziehung des Umweltschutzes in die gemeinsame Marktorganisation wolle die Kommission einen Vorschlag unterbreiten, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Direktzahlungen für landwirtschaftliche Kulturpflanzen und Flächenstillegungen zu gewähren, sofern die Umweltauflagen eingehalten werden, teilte Minister Dammeyer mit.

# Haushaltsausschuß informierte sich in Brüssel

*Während einer Informationsreise unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Gisela Meyer-Schiffer (SPD) führte der Haushalts- und Finanzausschuß Gespräche über die Einführung der gemeinsamen Währung, über das Verfahren der EU-Kommission wegen der Eingliederung des WFA-Vermögens in die Westdeutsche Landesbank und über künftige EU-Förderungen. Gesprächspartner waren der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Vertreter der Europäischen Sparkassenvereinigung, der Westdeutschen Landesbank sowie der Europäischen Kommission.*

Das erste Gespräch fand in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen statt. Der Leiter, Folker Schreiber, erläuterte, NRW exportiere 60 Prozent der Produktion in die Europäische Gemeinschaft. Bei Ausschreibungen im Europäischen Amtsblatt benötigten interessierte Unternehmen zwei Partner aus anderen EU-Ländern. Die Landesvertretung habe ein Netzwerk aufgebaut, das wechselseitig Partner für derartige Projekte vermittele.

Für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen werbe die Landesvertretung mit ihren 17 Mitarbeitern auch mit Ausstellungen, die in den Räumen der Vertretung organisiert werden. 5 000 Interessierte besuchen das Brüsseler Büro pro Jahr.

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments Detlev Samland (SPD) aus Essen ging es um den EU-Haushalt und die sogenannte „Agenda 2000". Für 1998 soll das Volumen des EU-Haushalts 1,26 und 1999 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft betragen. 47 Prozent der Ausgaben sind Agrarausgaben, 34 werden für die Strukturfonds verwendet. Das Europäische Parlament könne über ein bis 1,3 Prozent der Ausgaben entscheiden, da die übrigen Mittel verpflichtend gebunden seien. Mit Methoden modernen Finanzmanagements solle versucht werden, Einsparungen zu erzielen. Dazu gehöre, daß bis zu zehn Prozent der eingesparten Mittel im nächsten Haushaltsjahr zusätzlich ausgegeben werden könnten. Zwei Drittel der Kosten für die Heranführung der osteuropäischen Länder sollen aus dem mit 2,5 Prozent veranschlagten Wachstum finanziert werden. Nach Ansicht von Detlev Samland ist eine

(weiter nächste Seite)

*Zur Auswertung der Anhörung „Fünf Jahre nach Rio" hatte der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik am 10. November den Nord-Süd-Beauftragten des Ministerpräsidenten Dr. Klaus Lefringhausen (l.) eingeladen; neben ihm Europaminister Professor Manfred Dammeyer (SPD) und die stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann (SPD) im Gespräch mit Werner Jostmeier (CDU). Foto: Schälte*

# Wirtschaftsausschuß

## Energiepolitische An- und Absichten

*Im öffentlichen Teil der von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ging es am 5. November um Energiepolitik.*

Zum achtseitigen Antrag der Koalitionsfraktionen „Neue Impulse für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung: Rationelle Energienutzung und die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen voranbringen" (Drs. 12/2207) mußte noch das Votum des Umweltausschusses abgewartet werden. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) verwies auf seine Erklärung im Plenum (Bericht in Ausgabe 12/1997) und betonte, der Anteil der Windkraft solle festgeschrieben werden. Christian Weisbrich (CDU) hielt die Änderungsvorschläge zum Beratungserlaß des Innenministers von 1989 mit Nahwärme-Vorrang und angestrebtem Verzicht auf Gasversorgung für problematisch. Ein Öko-Bonus im Stromeinspeisungsgesetz (des Bundes) ginge zu Lasten der Verbraucher. Energie werde im Energieland NRW am Ende unerschwinglich teuer werden, befürchtete er. Auch ökologisch ausgerichtete Energiepolitik müsse die Kosten im Auge behalten. Das „City-Gate-Modell" (Ausrichtung an Stadtwerke-Konditionen) hielt Weisbrich betriebswirtschaftlich und rechtlich für falsch. Der Landtag mache sich mit solchen Empfehlungen lächerlich. Weisbrich kündigte einen eigenen Antrag seiner Fraktion zur Energiepolitik an.
Helga Gießelmann (SPD) wies dagegen auf Exportchancen und eine wichtige technologiepolitische Aufgabe hin. Im Grundlastbereich seien andere Versorgungssysteme notwendig. Staatssekretär Joachim Westermann begrüßte den Antrag, auch als struktur- und beschäftigungspolitischen Beitrag, und wies auf die Vorreiterrolle des Landes bei Zukunftsenergien und bei Windenergie hin. Öffentliche Förderung bis zur Großserienproduktion müsse sein.

## Solarproduktion in Gelsenkirchen

Bei den Anfang November abgeschlossenen Vereinbarungen zwischen Bund, Land und Investoren zur Solarzellenproduktion in Gelsenkirchen und Nordbayern gehe es, erläuterte Staatssekretär Westermann, um drei Produktionsschritte: Siliziumblöcke, Solarzellen (mit Investitionen von 30 Millionen Mark für 25 Megawatt Jahreskapazität und 30 Arbeitsplätzen sowie weitere 60 Millionen Mark und 200 Arbeitsplätzen für Waver-Fertigung) und Modulzellen (10 Millionen Mark, 70 Arbeitsplätze). Bund und Land übernähmen je 25, der Investor 50 Millionen Mark. Auf weitere Nachfragen von Weisbrich wies Westermann auf Entspannung bei den Energiepreisen und auf erhebliche Perspektiven für Windenergie in China hin.
In einem vom Wirtschaftsministerium dem Landtag am 12. November zugeleiteten Tabellenband „Energieland NRW, Daten, Fakten 1997" (Information 12/520) wird das REN-Programm als eines der erfolgreichsten Sonderprogramme mit enorm starker Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern bezeichnet.

## Wettbewerb in Grenzregionen

Den CDU-Antrag „Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise" (Drs. 12/1798) begründete Bernhard Tenhumberg (CDU) im Wirtschaftsausschuß am 5. November mit Wettbewerbsnachteilen für den grenznahen Raum und mit bürokratischen Hemmnissen. So dürfe ein Erfinder nicht produzieren, weil er keinen Meistertitel habe. Unternehmen brächen weg wegen der Straßenbaupolitik, sagte er unter Hinweis auf den Tagesordnungspunkt „Sonntagsfahrverbot für LKWs mit Blumen und Zierpflanzen über 7,5 Tonnen". Im Grenzland schielten viele nach den Niederlanden. Nirgends gebe es so hinderliche Strukturen wie in NRW. Helga Gießelmann (SPD) wunderte sich über den Antrag, weil die Umsetzung sich gegen Bonn richte, sah aber auch Gemeinsamkeiten. Alexandra Landsberg (GRÜNE) wies auf Bemühungen der Enquetekommission „Zukünftige Erwerbsarbeit" hin, die an Möglichkeiten des Landes arbeite. Loke Mernizka (SPD) sah die sehr gute Zusammenarbeit in Euregios als erfolgreiche Umsetzung an und warnte, nicht alle niederländischen Wege seien für Deutschland geeignet. Staatssekretär Joachim Westermann ergänzte, bei näherem Hinschauen erweise sich manches als nicht mehr so gut. Er führte zur „Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der deutsch-niederländischen Grenzregion" (Vorlage 12/1184) aus, aggressive niederländische Werbung sei durch bilaterale Gespräche inzwischen abgestellt worden. Ernst zu nehmen seien Hinweise auf Nachteile bei deutschen Produktionskosten, also bei Bau-, Lohn-, Energie- oder Lebenshaltungskosten und bei den Steuern. Maßgeschneiderte Vereinbarungen mit den niederländischen Finanzbehörden („tax-rulings") veranlaßten sogar mittlere Unternehmen zur Verlagerung. Von niederländischen Finanzbehörden verweigerte Informationen vereitelten alle deutschen Versuche, mißbräuchliche Steuervermeidung zu bekämpfen.

Die steuerliche Bevorzugung von Konzernfinanzgesellschaften seit Anfang 1997 führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Nach einer KPMG-Untersuchung stellten 1 600 Holdings von deutschen Unternehmen 85 000 Arbeitsplätze in den Niederlanden. Staatssekretär Bickenbach werde eine geplante neue Arbeitsgruppe zur Wirtschaftsförderung in den Grenzregionen leiten.

Für das geplante Transportlogistik-Zentrum im Gebiet Arnheim-Nimwegen werde grenzüberschreitende Zusammenarbeit angestrebt. Eine einheitliche Linie sei jedoch noch nicht gefunden.

## Abgeordnete fragen, Minister antworten:

## Bei Telefonterror keine Hilfe vom Staat

Eine Fangschaltung, um bei Telefonterror Anrufer zu ermitteln, muß vom Opfer selbst beantragt und auch bezahlt werden. Das ergibt die Antwort des Innenministers auf die Kleine Anfrage der CDU-Mitglieder des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drs. 12/2532). Die vom innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Heinz Paus angeführten Abgeordneten hatten aus dem Runderlaß des Innenministers an die Polizeibehörden vom 28. Juni 1996 einen Vorrang von Daten- bzw. Täterschutz vor den Schutzinteressen der Opfer von Telefonbelästigung abgeleitet. Sie hatten als Gründe für Schutzmaßnahmen von belästigten Bürgerinnen und Bürgern durch die Polizei aufgeführt: beständige Demütigung, psychische Nötigung, Angst, Verunsicherung bis hin zu körperlichen Schäden als Folgen von anhaltendem Telefonterror und telefonischer sexueller Belästigung.
Der Innenminister sieht jedoch bei solchen Fällen weder Gefahrenabwehr noch Strafverfolgung als Voraussetzungen für die Anordnung einer Fangschaltung als gegeben an. Vielmehr gehe für die öffentliche Gewalt der Schutz des Fernmeldegeheimnisses vor. Eine Ausweitung der Vorschriften der Überwachung des Fernmeldeverkehrs komme nicht in Betracht.

## Haushaltsausschuß...

(Fortsetzung von Seite 21)

Osterweiterung der EU ohne Reformen nicht möglich.
Bei einem Zusammentreffen mit Vertretern der Europäischen Sparkassenvereinigung, der deutschen Sparkassen und der WestLB ging es um Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei den Sparkassen und um das Verfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Vorwurfs unerlaubter Beihilfen im Zusammenhang mit der Übertragung des landeseigenen Wohnungsbauvermögens auf die WestLB. Die Vertreter der Landesbank erklärten, sie könnten die rechtliche Zulässigkeit der Kapitalmaßnahmen belegen. Es sei gutachterlich dargelegt, daß das Land NRW eine marktübliche Gegenleistung erhalte.
Am zweiten Tag der Informationsreise informierten sich die Parlamentarier bei Vertretern der Europäischen Kommission über die Einführung der gemeinsamen Währung, über Programme der EU zur Bildungspolitik und über die Regionalpolitik. Aus dem sogenannten Ziel-2-Programm (Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind) werden u. a. kleine und mittlere Unternehmen, wirtschaftsnahe Infrastruktur, die Wiederherrichtung von Industriebrachen und die Entwicklung der Humanressourcen gefördert. Projektbeispiele seien der Flughafen Dortmund, die Internationale Bauausstellung Emscher Park, der Binnenhafen Duisburg, Güterverkehrszentren, Qualifizierungsmaßnahmen sowie das grenzübergreifende Gewerbegebiet Aachen-Heerlen. *Silvia Winands*

## Jetzt auch in NRW:

# Straßenbau privat vorfinanziert

*In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde verteidigte Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) im Verkehrsausschuß am 13. November die Absicht der Landesregierung, dringende Baumaßnahmen von Landesstraßen privat zu finanzieren. Er berichtete in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Ausschußsitzung außerdem über den Stand der Verkehrssicherheit in NRW (Vorlagen 12/1625 und 12/1629), über die flächendeckende Einführung von Tempo 30, über Verträge zwischen den Verkehrsverbünden und der Deutschen Bahn AG und über Kosten der Einführung des Integralen Taktfahrplans (Vorlagen 12/1638 und 12/1645). Seine Berichte zu den Themen „Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts von Lastkraftwagen" und zu „Gebühren für die Entwässerung überörtlicher Straßen" wurden zu Protokoll gegeben. Bei der Beratung des Haushaltsentwurfs 1998 sagte Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) einen Bericht über Arbeitsplatzeffekte von Fahrradstationen zu. Der CDU-Antrag zum Fernstraßenbau im mittleren Ruhrgebiet (Drs. 12/2386) wurde nach kontroverser Aussprache von der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN abgelehnt.*

In der von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Private Finanzierung von Landesstraßen" bestätigte Minister Clement die Absicht, vier Straßenbau-Projekte mit einem Finanzvolumen von 300 Millionen Mark, darunter die Westtangente Plettenberg, privat vorzufinanzieren. Das sei eine mit dem Finanzminister abgestimmte Entscheidung der Landesregierung, bei der die Einbrüche bei den Landeseinnahmen, der Verlust von 36 000 Arbeitsplätzen in der NRW-Bauwirtschaft und die Dringlichkeit sowie Baureife der Maßnahmen berücksichtigt worden seien. Die Investitionsbank habe einen Finanzmehrbedarf von nur 0,18 Prozent errechnet. Gerhard Wächter (CDU) äußerte sich überrascht und erfreut, zumal SPD und GRÜNE noch vor neun Monaten private Finanzierungen abgelehnt hätten. Heinz Hunger (SPD) räumte den Meinungswandel ein, wies auf die neuen Haushaltslöcher hin und kündigte privat vorfinanzierte sinnvolle Investitionen mit Impulsen für die mittelständische Wirtschaft auch in anderen Politikfeldern an. Johannes Remmel (GRÜNE) bestätigte, die GRÜNEN seien nicht gegen jeglichen Straßenneubau; private Vorfinanzierung sei aber teurer, und Ausgaben für die Unterhaltung von Straßen seien sinnvoller.
Bei ihrem Antrag „Fernstraßenbau im mittleren Ruhrgebiet" gehe es der CDU, äußerten die Abgeordneten Oliver Wittke und Gerhard Wächter, um das Höherstufen im bestehenden Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf. Eine solche Änderung komme nur bei Zustimmung aller Beteiligten in Betracht. Das habe das Gespräch zwischen Landes- und Bundesregierung im September 1996 ergeben. Heinz Wirtz und Gerd-Peter Wolf (beide SPD) lehnten den CDU-Antrag als „Show" ab, da bereits Pläne erstellt und Vermessungen durchgeführt würden. Johannes Remmel (GRÜNE) hielt eine Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans erst im Jahr 2000 für aktuell. Im übrigen seien für Verkehrsprobleme im Ruhrgebiet vor allem die Benutzung der Autobahnen für kurze Wege ursächlich. Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) räumte hohen Zeitdruck beim Ausbau der A 40 mit teilweiser Tunnelführung ein. Die beabsichtigte Zurückstufung der DüBoDo (A 44) halte er für positiv. Oliver Wittke (CDU) meinte, die Änderung des Bundesverkehrswegeplans sei nur als einvernehmliche Paketlösung möglich, die aber von den GRÜNEN nicht mitgetragen werde.
Seinen Verkehrssicherheitsbericht 1997 (Vorlagen 12/1625 und /1629) ergänzte Minister Clement um den Hinweis, daß die Zahl Verunglückter von 1994 bis 1996 um acht und die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten um 14 Prozent zurückgegangen seien, obwohl Kraftfahrzeugbestand und geschätzte Jahresfahrleistung zugenommen hätten. 11 475 im Straßenverkehr 1996 verunglückte Kinder seien zwar weniger als 1994, aber immer noch zuviel. Tempo 30 innerorts als Regelfall sei angezeigt, wenn die meisten Unfälle mit Kindern im Umkreis bis zu einem Kilometer vom Elternhaus passierten. In diesem Zusammenhang lud der Minister die Ausschußmitglieder zur Fachtagung „Kinder sehen es anders" am 25. März 1998 nach Dortmund ein.
Charlotte Kann (SPD) sprach das Thema Sicherheit der Fußgänger an Ampelanlagen und die städtebezogen deutlichen Unterschiede laut der vom Ministerium vorgelegten Untersuchung an. Er sehe keine Möglichkeit, auf Städte, etwa den „negativen Spitzenreiter" Düsseldorf, einzuwirken, antwortete Clement und empfahl einen öffentlichen „best-practice"-Wettbewerb. Eine zweite obligatorische Ausbildung für Fahranfänger sei leider nicht erreicht worden, meinte Clement zu Möglichkeiten, sicheres Fahrverhalten zu verbessern, und äußerte Bedenken, ob junge Leute dazu freiwillig bereit seien.
An der flächendeckenden Einführung von Tempo-30-Zonen halte die Landesregierung fest. Clement zählte die Kernpunkte der Landesinitiative von 1992 auf: Tempo 30 so großflächig wie möglich, Verzicht auf teuren Straßenumbau, Entschärfen von Gefahrenpunkten, keine übermäßige Möblierung, Vorrang für Busse und Bahnen, keine Beeinträchtigung des Wirtschaftsverkehrs auf Hauptstraßen.
Zu der auf Wunsch der GRÜNE-Fraktion behandelten 53. Ausnahmeverordnung, wonach bestimmte Sattelfahrzeuge im kombinierten Ladeverkehr bis zu 44 Tonnen Gesamtgewicht haben dürfen, teilte der Minister mit, allein im Regierungsbezirk Düsseldorf gebe es zur Zeit 400 solche Dauerausnahmegenehmigungen, manche seit 20 Jahren. Die Straßenbauverwaltungen befürchteten Schäden an Brückenbauwerken. NRW habe im Interesse der Förderung des kombinierten Ladungsverkehrs zugestimmt.
Künftige Forderungen der Kommunen an Straßenbaulastträger für die Einleitung von Niederschlagswasser in kommunale Kanalisationen waren Anlaß für die ebenfalls von der GRÜNEN-Fraktion beantragte Behandlung des Themas „Gebühren für die Entwässerung von überörtlichen Straßen". Clement bestätigte, das Oberverwaltungsgericht Münster habe Anfang 1997 Gebührenforderungen für grundsätzlich zulässig erklärt. Anstelle laufender Gebührenzahlungen könne, wie bisher, einmalige Kostenbeteiligung als sachgerechter Interessenausgleich vereinbart werden. Bei sehr konstruktiver Mitwirkung des NRW-Städte- und Gemeindebunds seien mit dem Bund höhere Pauschalen, auch wegen steigender Umweltstandards, ausgehandelt worden. Meistens stünden sich die Kommunen damit besser als mit Gebühren.

*Ausführlich berichtete Minister Clement (l.) dem von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Verkehrsausschuß. Foto: Schälte*

## Integraler Taktfahrplan ab Mai 1998

*Über die Einführung des integralen Taktfahrplans, der im Mai 1998 in Kraft treten soll, informierte Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) am 13. November den Verkehrsausschuß (Vorlage 12/1638).*

Um „Nahverkehr aus einem Guß" zu schaffen, würden Taktfahrpläne aller Bahnlinien miteinander verknüpft. Es werde dichtere Takte, garantierte Bedienungszeiten, mehr Komfort, Reisezeitverkürzungen und sichere Umstiegsmöglichkeiten geben. Neue Schienenfahrzeuge könnten bis zu 140 Stundenkilometern gefahren werden. Das Land stelle in den nächsten fünf Jahren 450 Millionen Mark für 200 neue Fahrzeuge zur Verfügung. In Ballungsräumen werde es zusätzliche RegionalExpress-Züge und im ländlichen Raum mehr Züge auf Strecken geben, die bisher nur selten bedient worden seien.
Helmut Harbich (CDU) bedauerte, daß die Verkehrsverbünde nicht beteiligt worden seien und vermißte schriftliche Vereinbarungen. Im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr gebe es täglich Klagen über schlechte Anschlüsse. Harbich begrüßte die Absicht der Landesregierung, die Transfermittel des Bundes voll an die Verkehrsverbünde weiterzuleiten. Peter Eichenseher (GRÜNE) erwartete Mehrleistungen der Bahn als nach dem Stand von 1993/94. Gerhard Wächter (CDU) befürchtete, einzelne Kommunen würden durch den Taktfahrplan zu Verkehrsleistungen gezwungen, die sie nicht bestellt hätten, und die ihre Finanzkraft übersteigen könne. Minister Clement hielt den mit der DB AG abgeschlossenen Vertrag für eine gute Chance.

## Arbeiterkind mit Bildungshunger: Vor 100 Jahren wurde Fritz Steinhoff geboren

# Niemand hätte dem Landarbeiter und Bergmann politischen Ruhm vorhergesagt

**Von**
**Wolfram Köhler**

*Der kleine, fast zierliche Mann war tief in den Sessel der ersten Reihe der SPD-Fraktion versunken. Als plötzlich die lauernden Fernsehscheinwerfer grell aufleuchteten und ihn in gleißendes Licht tauchten, richtete er sich auf. Jeder im Plenarsaal wußte in diesem Augenblick: Das Mißtrauensvotum gegen Karl Arnold (CDU) war gelungen, und der neue Ministerpräsident hieß Fritz Steinhoff. Dieser 20. Februar 1956 war der Höhepunkt im Leben des SPD-Politikers, der vor hundert Jahren geboren wurde.*

*Fritz Steinhoff (r.) wird nach der Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen durch Landtagspräsident Josef Gockeln (l.) in der Plenarsitzung am 20. Februar 1956 im alten Landtag vereidigt.*
*Foto: Archiv*

Niemand hätte ihm politischen Ruhm vorausgesagt, als er am 23. November 1897 als eines von elf Kindern einer Bergarbeiterfamilie in Wickede, Kreis Dortmund, zur Welt kam. Als Schuljunge hatte er die Ziegen und die Kuh von Verwandten hüten müssen. Mit fünfzehn wurde er Landarbeiter und mit achtzehn Bergmann. Im Ersten Weltkrieg kam er als Torpedobootheizer zur Marine — „Immer unter Deck, da konnten sie nur kleine Kerle gebrauchen", ironisierte er sich später selbst. Die meuternden „roten Matrosen" von Kiel, die das Kriegsende einleiteten, waren seine Kameraden.
Steinhoff gehörte zu jener Generation aufgeweckter Arbeiterkinder, die jugendbewegt von einem ungeheuren Bildungshunger erfüllt waren. Sie wußten: Wissen ist Macht! Hier wollten sie aufholen. Der Verband der Bergarbeiter schickte den intelligenten jungen Mann für zwei Semester auf die Akademie für Arbeit in Frankfurt, wo Erik Nölting Wirtschaftstheorie lehrte, später sein Ministerkollege. An der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin hörte er bei Theodor Heuss. Ende der zwanziger Jahre war Steinhoff hauptamtlicher Parteisekretär im Ruhrgebiet, dessen Sprache westfälischer Provenienz er zeitlebens sprach. Nach 1933: Widerstand, Verfolgung und viele Jahre Haft im Zuchthaus Herford und im KZ Sachsenhausen. Jahre später erzählte er in kleinem Kreis, als verrate er ein Geheimnis: „Ich hatte ins Zuchthaus ein Reclam-Heftchen mit Goethes ‚Faust' durchschmuggeln können, das war monatelang meine einzige Lektüre." Er begann lächelnd zu rezitieren. Bei Steinhoff war das nicht aufgesetzt, keine kokette Pose. Er war eine grundehrliche Haut. Wer ihn etwas näher kennenlernte, begegnete diesem eher spröden, etwas verschmitzten Manne mit Achtung.

Dem Landtag gehörte er seit dem 2. Oktober 1946 an, seit der Ernennungsphase. Insgesamt war er fünfzehn Jahre Mitglied des Landtags. Besonders geliebt hat er das Amt des Oberbürgermeisters von Hagen, das er bald nach Kriegsende übernahm. Hier lernte er die jungen FDP-Politiker kennen, mit denen er 1956 Arnold stürzte, Willy Weyer und die Fabrikantentochter Liselotte Funke. Trotz der großen ideologischen Gegensätze der damals ganz ungewöhnlichen SPD-FDP-Zentrums-Koalition, geriet das Kabinett Steinhoff während der knapp zweieinhalb Jahre seines Bestehens niemals in eine Krise oder Zerreißprobe. Der Ministerpräsident kümmerte sich um die große Linie und die Bundesratssachen. Seine Ressortkollegen ließ er ohne Dreinreden arbeiten. Die leidige Konfessionsschule wurde nicht erneut zum Problem gemacht. Dafür wurde Praktisches erledigt: Verbesserung der Lehrerausbildung (an Universitäten) und des zweiten Bildungsweges, Gründung der TH Dortmund, energische Förderung der Atomforschung und Errichtung der Kernforschungsanlage im Stetternicher Forst bei Jülich. Dann aber: Am 19. Dezember 1956 unterzeichnete Ministerpräsident Steinhoff, der keiner Kirche angehörte, in der Päpstlichen Nuntiatur in Bad Godesberg den Vertrag über die Errichtung des Ruhrbistums Essen. Auch auf die anderen Diözesen des Landes und auf die evangelischen Landeskirchen ging in Gestalt von Kirchenverträgen unter Steinhoff ein warmer Regen an Geld und Privilegien nieder.
Steinhoffs Regierungsbilanz konnte sich sehen lassen. Natürlich hat er vieles nur fortgeführt und zu Ende gebracht, was schon unter Arnold angelaufen war. Sein kluges Verhalten lag aber gerade darin, daß er nicht aus ideologischem Eifer oder eitler Besserwisserei alles umkrempeln und die Landespolitik neu erfinden wollte. Steinhoff hat die Landesgeschäfte mit der praktischen Vernunft eines Oberbürgermeisters geführt, der nicht auf rosaroten Wolken schwebte. Ihm halfen dabei Mutterwitz und eine Portion Bauernschläue.
Beim Wähler fiel das Steinhoff-Weyer-Experiment mit Pauken und Trompeten durch. Bei der Landtagswahl im Sommer 1958 errang die CDU die absolute Mehrheit. Steinhoff verließ sein Feld, die Kommunal- und Landespolitik, und ging in den Bundestag. Dabei spielte auch eine Rolle, daß die SPD ihren Fraktionsvorsitzenden nicht mehr wollte. Als Oppositionsführer war er ihr jetzt nicht mehr energisch genug, zumal die SPD durch Wahlniederlagen im Bund und im Kommunalen zu dieser Zeit arg gebeutelt wurde.

## Neue Hoffnung

Die neue Liebe der Fraktion galt dem Rechtsanwalt Fritz Kassmann, dem brillanten Redner im Maßanzug — die SPD auf dem Wege von der Arbeiter- zur Volkspartei. Steinhoff litt an seiner Rolle als Hinterbänkler im sterilen „Raumschiff Bonn". Neue Hoffnung kam auf, als es um den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1962 ging. Steinhoff war noch immer populär. Aber er wollte zunächst nicht, dann doch, weil die Freunde drängten. Aber auch Kassmann hatte Freunde. Dramatische Versammlungen, Kampfabstimmungen, Verzichte ... Der Spitzenkandidat für 1962 hieß schließlich Heinz Kühn.
Das politische Schicksal Steinhoffs war damit endgültig besiegelt. Den Bezirksvorsitz Westliches Westfalen, den er einst von Fritz Henssler „geerbt" hatte, gab er an Werner Figgen. Als Fritz Steinhoff im Oktober 1969 starb, knapp 72 Jahre alt, war es schon lange einsam um ihn geworden. Ein paar alte Kampfgefährten hielten Freundschaft mit dem kinderlosen Ehepaar. Heinz Kühn sprach in seiner Totenrede von den Tiefen und Höhen im Leben dieses bescheidenen, eindrucksvollen Mannes.

*Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der SPD-Abgeordnete Friedrich Hofmann ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag. „Wer Friedrich Hofmann erlebt, erlebt einen Menschen, der durch und durch mit dem Ruhrgebiet eng verbunden ist, obgleich er nicht dort, sondern in Bayern geboren und aufgewachsen ist", stellte der Präsident in seiner Laudatio fest. Den Strukturwandel in der Region habe er beruflich miterlebt und in seiner politischen Arbeit mitgestaltet und kenne die Probleme in der Stahlindustrie, fühle sich den Menschen verbunden und verschließe sich trotzdem nicht der erforderlichen Umstrukturierung. Ulrich Schmidt berichtete, nach der Lehre und Beschäftigung als technischer Zeichner und später als Detailkonstrukteur auf der Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg sei Friedrich Hofmann 1960 zur Thyssen Stahl AG nach Duisburg-Hamborn gewechselt. 1974 sei dann der Wechsel zur IG Metall Duisburg erfolgt. Im Rat der Stadt Duisburg habe er als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1982 bis 1985 maßgeblich die politische Arbeit mitbestimmt. Seit 1985 sei er Mitglied des Landtags. Seine Erfahrungen habe er in eine ganze Reihe von Ausschüssen eingebracht. Zu den Schwerpunkten der Arbeit im Landtag gehöre aber vor allem die Kommunalpolitik. Seit 1995 sei er Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik. Das rechte Bild zeigt Friedrich Hofmann (r.) mit seiner Ehefrau Rosa (l.) und dem Präsidenten (M.). — Ebenfalls mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist die CDU-Abgeordnete Hannelore Brüning ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt nahm die Ehrung vor und überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einem kleinen Festakt. In seiner Laudatio machte der Präsident darauf aufmerksam, Frau Brüning gehöre zu den Abgeordneten, die aus einem Arbeitsverhältnis heraus gestartet und bis heute ihrer beruflichen Tätigkeit treu geblieben seien. „Es ist gut zu wissen, daß es Menschen gibt, die ihren im Berufsalltag erworbenen Sachverstand auch in die politische Arbeit einbringen", sagte Schmidt. Nach der kaufmännischen Lehre und Tätigkeit in der Buchhaltung habe Frau Brüning 1970 gemeinsam mit ihrem Ehemann einen selbständigen Handwerksbetrieb in der Branche Sanitär-Heizung-Klimatechnik aufgebaut. Bis heute sei sie als mitarbeitende Ehefrau in diesem Betrieb tätig. Politisch sei sie seit 1980 als Mitglied des Rates der Gemeinde Neuenkirchen und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende tätig. Dem Landtag gehöre sie seit 1990 an und habe ihre Arbeit verschiedenen Ausschüssen gewidmet. Der Schwerpunkt liege vor allem in der Wirtschaftspolitik. Mit Beginn der 12. Wahlperiode nehme sie im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie das Amt der Vorsitzenden wahr. 1970 bereits sei sie in die CDU eingetreten. Das linke Bild zeigt Frau Brüning mit dem Landtagspräsidenten (l.) und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (M.). Fotos: Schälte*

# FC Landtag präsentierte sich in bestechender Spätform

Der saftig grüne, gepflegte Rasen der Sportanlage an der Freiheitsstraße in Erkrath und der letzte sonnige Herbsttag des Oktobers hatten noch einmal die Spielfreude des FC Landtag geweckt. Gegner war eine Mannschaft des Generalvikariats Essen, die sich jeden Mittwoch im Training fitmacht. Die Mannschaft des FC Landtag nahm das Spiel sofort in die Hand, glänzte durch gekonnte Kombinationen und hatte in Abwehrorganisator Wolfgang Euteneuer eine überragende Spielerpersönlichkeit. So konnte Dirk Stopp zwangsläufig bereits in der zwölften Minute auf eine Flanke von Bernd Hallwass aus halblinker Position zur 1:0-Führung einschießen. Die folgende Überlegenheit des FC Landtag war nicht nur sichtbar, sondern auch hörbar. Dreimal krachten die Schüsse von Günter Langen, Werner Mayer und Heinz Köster vor den Pfosten. Die Männer um Pater Dr. Martin Klier, dem geistlichen Rektor der katholischen „Akademie Wolfsburg" versuchten nun ihrerseits den Ausgleich zu erzielen. Bei einem Freistoß aus 25 Metern zeigte einmal mehr Jupp Siebert im Tor des FC Landtag sein großartiges Stellungsspiel. Seine Faustabwehr kam zu Hans Kraft, dieser überwand mit einem gekonnten Steilpaß die aufgerückte gegnerische Mannschaft, so daß Dirk Stopp in der 35. Minute das Leder über den herausstürmenden gegnerischen Torwart zum 2:0 ins Tor lupfen konnte.

Nach dem Seitenwechsel kam durch auswechslungsbedingte Umstellungen ein wenig Sand ins Getriebe des FC Landtag, so daß die gegnerische Mannschaft ein wenig Oberwasser bekam und Oliver Heck auf 1:2 verkürzen konnte. In der Folgezeit bemühten sich beide Mannschaften in einem guten und fairen Spiel, das Ergebnis zu verändern. Wieder gab es mehrere Chancen, die über Günter Langen von rechts oder von Rainer Maedge und Michael Ruppert von links eingeleitet wurden. In der 60. Minute war es Jürgen Coße, der einen Musterpaß von Karl Heinz Petry aus dem Schulministerium aufnahm und zum verdienten 3:1-Endergebnis verwandelte. Das anschließende gemütliche Beisammensein, das von Werner Mayer und seiner Frau Uschi gemeinsam mit dem Platzwart vorbereitet worden war, hat das Generalvikariat Essen und den Landtag von Nordrhein-Westfalen freundschaftlich näher zusammengebracht.

*Das Bild zeigt Erkraths Bürgermeister Unger (l.) bei der Begrüßung der Abgeordneten Günter Langen (2. v. l.) und Dr. Hans Kraft (r.) sowie von Pater Dr. Martin Klier (2. v. r.)*

## SPD-Fraktion

### Ein großer Erfolg für die NRW-Frauenpolitik

Als eindrucksvolle Bestätigung für die nordrhein-westfälische Frauenpolitik und erfreuliches Signal für das geplante Landesgleichstellungsgesetz hat die stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Brigitte Speth, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur nordrhein-westfälischen Frauenquote kommentiert. Brigitte Speth:
„Ich erwarte, daß die Quotengegner endlich akzeptieren, daß die leistungsbezogene nordrhein-westfälische Regelung ein notwendiges und legitimes Instrument ist, um die Benachteiligung von Frauen im Beruf abzubauen. Jetzt muß endlich Schluß sein mit den Klagen männlicher Konkurrenten."

Brigitte Speth stellte heraus, daß die Quotenregelung auch wichtiges Element des geplanten Landesgleichstellungsgesetzes sein werde. Die SPD-Landtagsfraktion erwarte die Vorlage eines Gesetzentwurfs der Landesregierung, der die berufliche Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes präzisieren, intensivieren und alle Maßnahmen für Land und Kommunen rechtlich verbindlich machen solle.

„Das Landesgleichstellungsgesetz zählt für uns zu den wichtigsten Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode. Es ist ein wichtiger Beitrag zum Abbau der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben. Dem Land als Arbeitgeber kommt hier eine besondere Vorbildfunktion zu. Das Landesgleichstellungsgesetz darf sich nicht auf reine Gleichbehandlungsmaßnahmen beschränken. Dies würde lediglich den Status quo verfestigen. Ausgleichende Maßnahmen, wie sie die Frauenquote darstellen, brechen diesen Mechanismus auf."

Die SPD-Landtagsfraktion hat das von der Landesregierung erzielte Ergebnis bei den Verhandlungen über die Veräußerung des Landesanteils am Rhein-Ruhr Flughafen Düsseldorf. Sie stimmte einstimmig dem Abschluß des entsprechenden Vertrages zwischen der Landesregierung und dem Erwerberkonsortium Hochtief/Aer Rianta und dem Abschluß des ergänzend erforderlichen Vertrages zwischen der Landesregierung, der Stadt Düsseldorf und dem Erwerberkonsortium zu.

Dabei geht die SPD-Landtagsfraktion davon aus, daß bei der Umsetzung der Verträge die Interessen der Flughafenanwohner beim Lärmschutz verstärkt beachtet werden. Außerdem geht sie davon aus, daß die Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung des wichtigsten internationalen Verkehrsflughafens in NRW gewahrt bleiben, einschließlich der Verlängerung der Hauptstart- und Landebahn auf die für Interkontinentalflüge erforderliche Länge.

## CDU-Fraktion

### CDU fordert Haushaltssperre in NRW

„Ohne eine sofortige Haushaltssperre kann der Haushalt 1997 nicht mehr ausgeglichen werden. Wenn Finanzminister Schleußer nicht umgehend die Haushaltssperre verhängt, steht das Land NRW am Ende des Jahres endgültig vor dem absoluten finanziellen Ruin." Helmut Diegel, der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, rechnet fest damit, „daß das Haushaltsloch 1997 1,5 Milliarden Mark beträgt". Offensichtlich sei der NRW-Finanzminister „mit seiner Weisheit am Ende", erklärte der CDU-Finanzexperte zu Schleußers Haushaltsdebakel.
„Wir werden es erleben, daß die Finanzpleite auch zu schwierigen und chaotischen Haushaltsplanberatungen für 1998 führen wird", sagte Diegel. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen hatte die abschließenden Haushaltsplanberatungen in seiner Fraktion bereits um eine Woche verschoben, wie der CDU-Politiker erfuhr. „Die Landesregierung hat uns mit ihrer Finanzpolitik die Pleite eingebrockt, jetzt muß sie dafür auch geradestehen", forderte Diegel.

*Ausbildungsplatz-Lücke bei der Landesverwaltung*

Einen „krassen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit" hat der Vorsitzende des Landtags-Unterausschusses „Personal", Peter Bensmann (CDU), bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung festgestellt. „Nicht genug damit, daß die Zahl der Ausbildungsstellen in der Landesverwaltung von 9 174 im Jahr 1996 auf 8 643 im kommenden Jahr reduziert worden ist, muß die Landesregierung der Öffentlichkeit erklären, warum bereits seit Jahren jede vierte dieser Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben ist", kritisierte Bensmann. Nach seinen Worten wirke es „wenig glaubwürdig, wenn Wirtschaftsminister Clement mit vollmundigen Sonntagsreden um mehr Ausbildungsplätze in der Wirtschaft wirbt, seine Landesregierung aber gleichzeitig Ausbildungsstellen unbesetzt läßt und darüber hinaus sogar noch in unverantwortlicher Weise zusammenstreicht". Bensmann wies darauf hin, „daß das Ausbildungsdefizit bei der Landesregierung nicht nur die Plätze im dualen System betrifft, sondern auch die Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst". So sehe der Landeshaushalt für 1998 nur noch 9826 Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst vor. „Das ist gegenüber 1996 eine Reduzierung um 1346 Stellen für Nachwuchskräfte", rechnete der CDU-Politiker vor. „Es wird höchste Zeit, daß Wirtschaftsminister Clement erst einmal vor der eigenen Tür kehrt und dafür sorgt, daß die Landesregierung ihren Beitrag zu mehr Ausbildungsplätzen leistet."

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Frauenförderungsgesetz reformieren!

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum nordrhein-westfälischen Frauenförderungsgesetz gibt der Landtagskoalition endlich freie Hand für eine Neufassung. Sie ist dringend nötig: pro Jahr, in dem das Frauenförderungsgesetz galt, wurde der Frauenanteil an den Beschäftigten des Landes und der nordrhein-westfälischen Gemeinden noch nicht einmal um ein halbes Prozent gesteigert. Im höheren Dienst der Gemeinden sank der Frauenanteil sogar.

Der Europäische Gerichtshof hat verfügt, welche Beförderungspraxis er nicht für vereinbar mit EU-Recht hält: „... allein die Tatsache, daß zwei Bewerber unterschiedlichen Geschlechts gleich qualifiziert sind", bedeute nicht, „daß sie gleiche Chancen haben." Es komme immer darauf an, daß nachprüfbare Bewertungskriterien im Einzelfall angewendet werden könnten. „Solche Kriterien dürfen allerdings gegenüber den weiblichen Bewerbern keine diskriminierende Wirkung haben."

Ein typisches Beförderungskriterium, das Männer in der Regel bevorzugt, ist beispielsweise das Dienstalter. Frauen haben häufig unterbrochene Berufsbiographien wegen Kindererziehung. Im Gegensatz zum Wehrdienst werden diese aber nicht dem Dienstalter hinzugerechnet. Fähigkeiten, die häufiger Frauen als Männer haben, werden demgegenüber bei Leistungsbewertungen nicht positiv gewertet: so nützt etwa Erfahrung in ehrenamtlicher Arbeit bei der Behindertenhilfe einer Lehrerin wenig. Solche Verfahren dürfen nach dem Urteil des EuGH nicht mehr angewendet werden.

Das neue Landesgleichstellungsgesetz muß die Hilfskriterien, die zur Qualifikationsfeststellung herangezogen werden, genauer auflisten und männerfördernde Relikte beseitigen. Weitere Verbesserungswünsche sind in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen: verbindliche Zielquoten in Frauenförderplänen, starke Gleichstellungsbeauftragte, Quotierung von Entscheidungsgremien und die Nutzung des Instruments „Mittelvergabe" zur Frauenförderung.

*) **Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen**

# Personalien

**Wilfried Bergerhoff**, SPD-Landtagsabgeordneter und Gärtnermeister aus dem oberbergischen Wiehl, hat für seine Dahlien im Freilandwettbewerb der vor kurzem zu Ende gegangenen Bundesgartenschau drei Goldmedaillen, zehn Silbermedaillen und eine Bronzemedaille gewonnen. Darüber hinaus erhielt er zum fünften Mal die Große Goldmedaille des Zentralverbandes Gartenbau für ein vielfältiges Dahliensortiment in guter Qualität, die an den erfolgreichsten Aussteller verliehen wird. Der Wiehler Gärtnermeister, der sich seit Jahren engagiert der Ausbildung junger Menschen widmet, hat sich auf der Gelsenkirchener BUGA in 15 verschiedenen Aufgaben mit 45 Dahliensorten beworben und pflanzte dafür 1 200 Dahlienpflanzen.

✶

**Professor Heinrich A. Große-Sender**, Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen und seit dem Wintersemester 1991/92 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf ist von Rektor **Professor Dr. Gert Kaiser** die Ehrenmedaille der Heinrich-Heine-Universität verliehen worden. Nach Angaben der Universität wurden damit seine großen Verdienste gewürdigt. In der Begründung heißt es dazu, seit dem Wintersemester 1991/92 habe Große-Sender mit großem Engagement und Erfolg Übungen zum Parlamentarismus in der Bundesrepublik abgehalten. Der Jurist Große-Sender stammt aus Bottrop. Seit mehr als 25 Jahren ist er Kölner Bürger. Von 1973 bis 1975 leitete er das Büro des Kölner Oberbürgermeisters, danach das Liegenschaftsamt. Seit dem 1. Juli 1983 ist Professor Große-Sender Direktor beim Landtag NRW.

✶

**Wilhelm Stührenberg**, Ministerialdirigent a. D., ist am 8. November im Alter von 84 Jahren verstorben. Er wurde in Hochdahl-Millrath beerdigt. In einem gemeinsamen Nachruf haben Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Personalratsvorsitzender Peter Geelen sowie Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender der Trauer der Landtagsverwaltung Ausdruck gegeben. Wilhelm Stührenberg leitete von 1974 bis 1977 die Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne".

LANDTAG INTERN
Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX 8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern": Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Bernd Schulte (CDU)

*In die Lüdenscheider Kommunalpolitik zog es den damals 25jährigen Christdemokraten Bernd Schulte anno 1975 mit dem Anspruch, „den Oberen mal zu zeigen, wie man richtige Opposition macht". Die Sache scheiterte: Die „Schwarzen" gewannen überraschend die Kommunalwahlen und beendeten die 19jährige Vorherrschaft der Sozialdemokraten. Seit 1994 „kann der Oppositionsanspruch verwirklicht werden", schmunzelt Schulte leicht gequält. Da nämlich ging der Lüdenscheider Union mit dem Koalitionspartner FDP auch die Macht im Rat „verloren".*

*Der gelernte Diplom-Verwaltungswirt fand schon 1969 zur CDU. Ausgerechnet in der Zeit, als die unruhigen „68er" Jugend und Studenten in ihren Bann zogen, entdeckte Schulte sein Alternativ-Modell bei den Konservativen. Bereits ein Jahr später war Schulte CDU-Vorstandsmitglied im Stadtverband Lüdenscheid, 1975 Vorstand im Märkischen Kreis. Da hatte er längst schon an der Seite Matthias Wissmannns im Bundesvorstand der Jungen Union gesessen.*

*Mit Unterstützung der Jung-Unionisten versuchte Schulte schon 1975 naßforsch den Durchmarsch in den Düsseldorfer Landtag — vergeblich. „Ich war damals zu jung und zu grün", weiß der Lüdenscheider heute rückblickend. Die 20jährige Berufsphase als Verwaltungsbeamter der Stadt Lüdenscheid und beim Evangelischen Kirchenkreis sei mehr als wichtig für die eigene Entwicklung gewesen. „Daß es erst 1995 klappte, bereue ich nicht."*

*Im Düsseldorfer Landtag bleibt der 47jährige den alten Leidenschaften treu. Bauen, Planen, Stadtentwicklung im Städtebauausschuß, dazu der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform. Besonders bedauert Schulte, daß sich bei der Strukturreform „nichts tut". Trotz großer Gemeinsamkeiten mit der CDU opferten die GRÜNEN ihren Reformeifer leider immer wieder auf dem „Altar der Koalitions-Raison".*

*Als CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Lüdenscheid kennt Schulte die Probleme der „Menschen vor Kohle". Die Wechselwirkung zwischen den Erfahrungen auf Stadt- und Kreisebene und der Landespolitik ist es, die den Abgeordneten am Düsseldorfer Mandat reizt. Wobei die Kommunalpolitiker nach den Erfahrungen des Sauerländers am Rhein einen schweren Stand haben. „Jeder Kommunalpolitiker, der sich kritisch im Ausschuß meldet, wird als Städte-Lobbyist abgeputzt", weiß Schulte. Allerdings habe sich im Dauerkonflikt zwischen Land und Gemeinden ein parteiübergreifendes Bündnis der Kommunalpolitiker im Landtag zusammengerauft.*

*Die geplante Übertragung von Zuständigkeiten auf die Kommunen versteht Schulte denn auch weniger als Entgegenkommen des Landes. „Das Diktat der leeren Kassen zwingt das Land, Aufgaben auf die unteren Ebenen abzuwälzen. Im Gegenzug werden die Kommunen dann von kostspieligen Auflagen befreit."*

*Richtig sauer wird der Lüdenscheider, wenn er auf die Benachteiligung des ländlichen Raumes durch das Land zu sprechen kommt. „Wir werden deutlich schlechter gefördert als die SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet", klagt Schulte. Derzeit entwickelt der CDU-Bezirk Sauer-/Siegerland eine neue Strategie für die fünf südwestfälischen Kreise, um sich mehr Gehör zu verschaffen. Am Beispiel der Polizeireform zeichnet der CDU-Abgeordnete die Probleme der ländlichen Region auf: NRW wolle weitere Polizeiwachen schließen und werde die Präsenz der Polizei auf dem Land damit verschlechtern. Wenn zudem künftig Polizeibehörden kreisübergreifend arbeiten müßten, werde der direkte Draht des Bürgers zur Polizei verlängert. Schulte: „Die Sicherheit leidet."*

*Und auch mit dem „Großstadt-Sozialdemokrat" Michael Vesper (GRÜNE) hat Schulte seine Schwierigkeiten. Der Bauminister wolle den öffentlich geförderten Miet- und Geschoßwohnungsbau gezielt im Umkreis von Bahn-und Bushaltestellen ansiedeln. „Taktdichten und Bahnlinien wie in den Großstädten können ländliche Gemeinden aber nicht bezahlen", kritisiert Schulte. Und dann gerät der ruhige CDU-Politiker in Rage: NRW solle den Wohnungsbau deshalb besser dort fördern, wo die Gemeinde einen Siedlungsschwerpunkt ausweise. Fleißig wie eine Ameise wechselt der Multifunktionär zwischen seinen Ämtern als CDU-Fraktionschef in Lüdenscheid, Mitglied im CDU-Bezirks- und Kreis- und Stadtvorstand. „Für Hobbys bleibt da nicht viel Zeit", klagt der verheiratete Politiker. Ausgleich findet Schulte in Garten und freier Natur. Vielleicht rührt daher die geistige Nähe zu manch grünem Gedanken. „Es gibt Berührungspunkte mit den GRÜNEN —, aber noch ist das Wasser zu tief." Heute sei die Zeit für eine schwarzgrüne Zusammenarbeit auf Landesebene nicht reif. Que sera, was wird sein?*

*Wilfried Goebels*

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche" ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NRW, POSTFACH 10 11 43, 40002 DÜSSELDORF
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 2382

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*

## Zur Person

# Geburtstagsliste

Vom 29.11. bis 9.12.1997

29. 11. **Angelika Gemkow** (CDU), 48 J.
3.12. **Wilhelm Droste** (CDU), 37 J.
5.12. **Franz Riscop** (CDU), 64 J.
5.12. **Willi Nowack** (SPD), 47 J.
8.12. **Bernd Schulte** (CDU), 48 J.
9.12. **Dr. Bernd Brunemeier** (SPD), 54 J.

✶

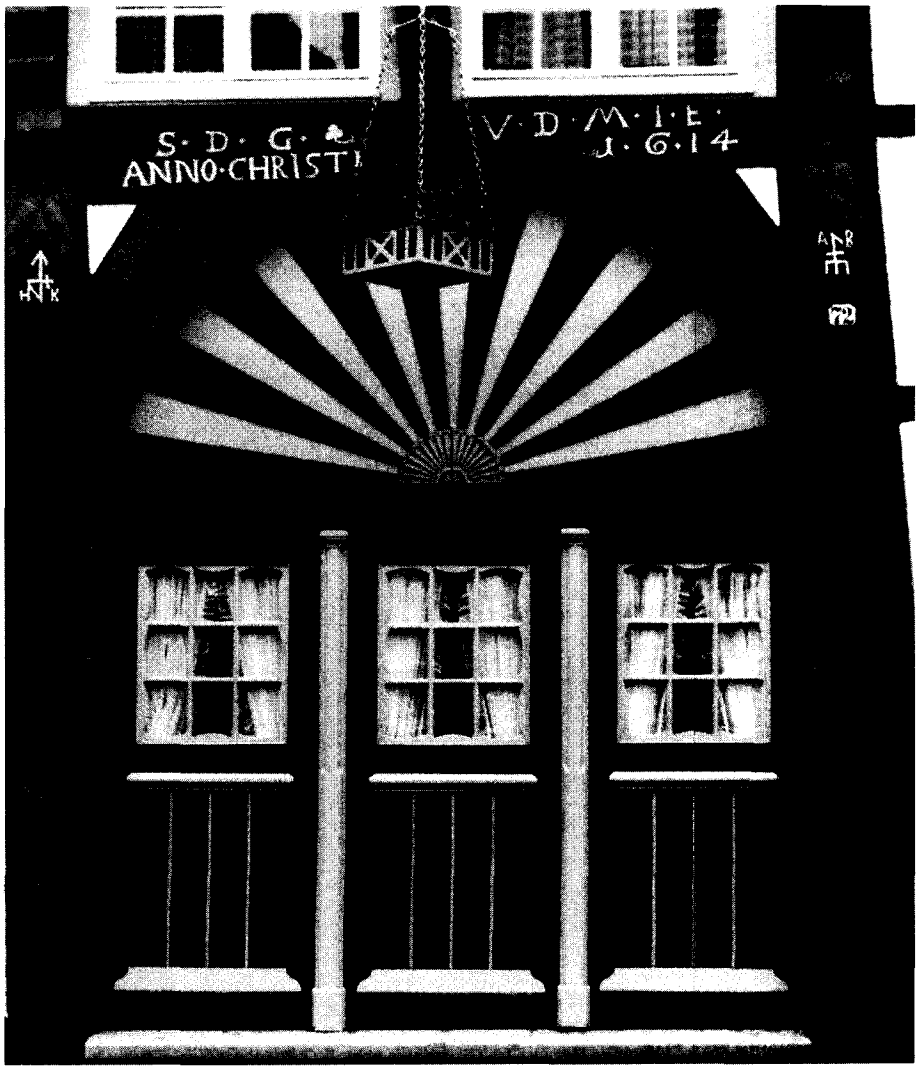
**Bodo Champignon** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist als Bezirksvorsitzender der AWO im westlichen Westfalen wiedergewählt worden. Auf der Bezirkskonferenz in Sprockhövel wählten die 257 Delegierten mit 229 Jastimmen, bei 19 Gegenstimmen und neun Enthaltungen den Dortmunder Politiker erneut zum Vorsitzenden. Der Bezirk Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt ist mit seinen über 70 000 Mitgliedern, 13 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von über einer Milliarde Mark im hauptamtlichen Bereich der größte in Deutschland.

✶

**Loke Mernizka** (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ist für seine fast 30jährige kommunalpolitische Tätigkeit von der Stadt Siegen die Stadtplakette verliehen worden. Die Ehrung nahm der Siegener Bürgermeister **Karl-Wilhelm Kirchhöfer** vor. Laut Satzung erhalten die Siegener Stadtplakette Kommunalpolitiker, die „in besonderer Weise für die Gemeinschaft tätig gewesen sind". Der Politiker hatte schon 1969 dem Rat der damaligen Stadt Hüttental angehört. Von 1977 bis 1990 war Loke Mernizka Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Siegen. Wegen seiner überregionalen politischen Aufgaben — er ist u.a. Mitglied im Ausschuß der Regionen der EU — legte der Abgeordnete sein Mandat im Siegener Rat am 31. Juli 1997 nieder.

✶

**Ernst-Martin Walsken** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist erfolgreich auf Räuberjagd gegangen. Als er auf der Jülicher Straße in Düsseldorf in sein Auto steigen wollte, hörte der Politiker eine alte Frau laut schreien. Gleichzeitig sah er ein Stück weiter einen Mann mit einer Handtasche wegrennen. Walsken, der regelmäßig joggt, nahm sofort die Verfolgung auf. Hinter einer Straßenecke sah er einen etwa 30jährigen in einem Gebüsch hocken und dann ohne Handtasche weiterlaufen: „Ich habe ihn wenig später eingeholt und ihm zugerufen: ‚Du hast das Portemonnaie eingesteckt'!" Tatsächlich warf der Verfolgte die geraubte Geldbörse auf die Straße. „Mein Gott, hat die Frau sich gefreut", beschrieb Walsken den Augenblick, als er der beraubten Frau Handtasche und Portemonnaie samt Inhalt wieder übergeben konnte. Der Düsseldorfer Polizeipräsident **Rainer Wittmann** hat dem Abgeordneten inzwischen in einem Schreiben für sein „entschlossenes und mutiges Handeln" gedankt. Leider reagierten nur wenige Mitbürgerinnen und Mitbürger „ähnlich wie Sie", heißt es darin. Wittmann schloß: „Sie haben mit Ihrem beherzten Eingreifen dem Opfer und natürlich auch der Polizei sehr geholfen."




# Kaiser Otto I. gewährte Rechte

*Auf eine lange Geschichte blicken die beiden Städte Wiedenbrück und Rheda zurück. Viele schmucke Fachwerkhäuser aus dem 16. bis 18. Jahrhundert prägen den malerischen Stadtkern von Wiedenbrück. Die Urkunde, mit der 952 Kaiser Otto I. für Wiedenbrück die Münz-, Markt- und Zollrechte gewährte, ist kostbarer Besitz des westfälischen Archivamtes. In Rheda-Wiedenbrück erwartet Besucherinnen und Besucher eine der größten Wasserburgen Nordwestdeutschlands: das Schloß Rheda, dessen Ursprünge bis in die Zeit um 1170 reichen. Wie viele Schlösser vereinigt auch diese Anlage Bauteile aus mehreren Epochen zu einer Einheit. Das Schloß liegt in der Stadt. Der Stadtteil Rheda ist im Schatten der Burg gewachsen, die dann zum Schloß Rheda wurde. Und immer wieder Fachwerk mit schönen Tür- und Torportalen (Bild). Im Stadtteil Rheda etwas versteckter, in Wiedenbrück dominierend. Das älteste Fachwerkhaus in Rheda-Wiedenbrück steht seit 450 Jahren. Beide Stadtteile durchfließt die Ems, die im Zuge der Landesgartenschau vor zehn Jahren vom Wasserlauf II. Ordnung wieder zum Fluß wurde und sich seitdem in einer Auenlandschaft entfalten kann, der Emsaue, einem innerstädtischen Naturpark, der 1988 für die zweite Landesgartenschau Nordrhein-Westfalen geschaffen worden war. Die Stadt Rheda-Wiedenbrück ist trotz ihrer beiden historischen Kerne eine junge Stadt. 1970 wurden die Stadtteile und vier umliegende Gemeinden zusammengeführt.*

*Foto: Stadt Rheda-Wiedenbrück*